Die internationale Gewerkschaftsbewegung in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Inaugural-Dissertation

Zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Max Liebe
aus Berlin

Tag der mündlichen Prüfung: 28. November 1935
Tag der Promotion: 17. Februar 1937

Berlin 1937

Druck: „SZARO", Werkstätte für graphische Kunst, Berlin SW 61

775

Referenten: Prof. Dr. A. Baeumler
Prof. Dr. H. Jecht

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Die Entwicklung des sozialistischen Gewerkschaftsgedankens in Frankreich vom revolutionären zum reformistischen Syndikalismus 5

2. Der Internationale Gewerkschaftsbund und der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland 40

3. Die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen das neue Deutschland 63

4. Die Krise des internationalen Sozialismus 95

5. Volksfront und Gewerkschaftseinheit 134

Anhang 143

Literaturverzeichnis 149

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535702_0110

Die Entwicklung des sozialistischen Gewerkschaftsgedankens in Frankreich vom revolutionären zum reformistischen Syndikalismus

Die Entwicklung des „proletarischen Sozialismus" erschöpft sich in dem Aufeinanderprallen unausgeglichener Gegensätze. In einer Bewegung, die ihre Rechtfertigung aus dem gesetzmäßigen Verlauf der Wirtschaft selbst herleiten wollte, mußten notwendig alle Meinungsverschiedenheiten über die Taktik weitergreifen und schließlich zu völlig verschiedenen Ansichten über den Sinn einer Arbeiterbewegung überhaupt führen. Denn in einer solchen gesetzmäßigen Entwicklung der Materie repräsentiert jede einzelne Erscheinung den gesamten Vorgang, und verschiedene Deutungen einzelner Abschnitte führen notwendig zu verschiedenen Erklärungen der ganzen Entwicklung.

Versucht man, wenigstens den gemeinsamen Ansatzpunkt festzulegen, so ergibt sich nur, daß mit der Tatsache der Lohnarbeit, durch die der Arbeiter keine Beziehung mehr zu den Produktionsmitteln hat und die selbst eine Erscheinung des kapitalistischen Wirtschaftsystems ist, unabhängig von allen ständischen Unterschieden eine Klasse entstanden ist, die — von den Kapitalisten ausgebeutet — mit der Entwicklung dieses Wirtschaftssystems wächst, sich als Klasse begreift und nun mit dem Anspruch auftritt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vernichten und von sich aus eine neue, klassenlose Gesellschaft zu schaffen. Dabei sollen nicht nur die Grenzen des Standes, sondern auch die der Nationen verschwinden.

Aber schon über die Wahl der Mittel, die diese Klasse zu ihrer Organisation und zum Kampf gegen ihre Unterdrücker gebrauchen soll, herrschten im sozialistischen Lager von jeher so weittragende Meinungsverschiedenheiten, daß bereits der erste Versuch einer internationalen Organisierung der Arbeiterschaft

an ihnen scheiterte. Auf der einen Seite erklärte man, daß der Arbeiter den Kampf, der ihm durch den wirtschaftlichen Verlauf auferlegt war, auch nur im Gebiet und mit den Mitteln der Wirtschaft führen könne. Diese Auffassung, die vornehmlich von französischen Sozialisten vertreten wurde, lieferte die Voraussetzung für Aufbau und Aufgabe der Gewerkschaften.

Die andere Seite sah den stärksten Schutz des Gegners, des kapitalistischen Bürgertums, in der bestehenden staatlichen Ordnung, durch die die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Sicherung des Profits gewährleistet seien. Sie wollte also den Staat von innen her erschüttern, um die Staatsgewalt schließlich in einem Akt des Aufruhrs den Bürgern zu entreißen und in die Hände der Arbeiterschaft zu legen, wobei der dadurch entstehende Arbeiterstaat lediglich als eine Form des Uebergangs zur klassen- und staatlosen Gesellschaft angesehen wurde. Innerhalb der politischen Situation betrachtete diese Seite die politische Partei als das beste Organ zur Vorbereitung des Umsturzes und zugleich als besten Gradmesser für die Stärke der Arbeiterklasse. Sie führte deshalb ihren Kampf in den Parlamenten.

Trotz dieser Unterschiede, aus denen oft genug tiefe Feindschaft entstand, bekannten sich anfangs beide Richtungen zu dem revolutionären Akt, der die Gesellschaft von Grund aus umgestalten sollte und zu dessen Vorbereitung die ständige Gegnerschaft zur bürgerlichen Klasse rein erhalten werden mußte, der also ein Paktieren mit dem Bürgertum selbst um taktischer Vorteile willen nicht zuließ.

Hier aber sollte die Entwicklung im sozialistischen Lager*) einen anderen großen Gegensatz aufreißen, der sich in den beiden bereits geschiedenen Tendenzen gleichmäßig auswirkte. In dem Maße, in dem die Organisationen der Arbeiterschaft wuchsen, mußten sie auch danach trachten, konkrete Erfolge aufzuweisen. Denn es zeigte sich bald, daß man die Massen mit dem bloßen Versprechen einer fernen Revolution weder sammeln noch zusammenhalten konnte, sondern daß es sichtbarer Zeichen bedurfte, die die Richtigkeit des Weges und die wachsende Macht

*) Die Begriffe „Sozialismus", „Klasse", „Proletariat" usw. werden in der vorliegenden Arbeit in referierenden Darstellungen im Sinne derer gebraucht, deren Meinungen wiedergegeben werden.

der Klasse bestätigten. Zu solchen Zeichen konnten nur Teilerfolge dienen, durch die die Lage der arbeitenden Schichten schrittweis gebessert wurde. So gewann die politisch-parlamentarische Richtung mit dem Steigen ihrer Abgeordnetenzahlen eine immer größere Verantwortung, die es ihr schließlich nicht mehr erlaubte, das Parlament schlechthin als Agitationsmittel zu betrachten, durch das man Regierungen stürzen konnte, sondern die eine positive Mitarbeit an solchen Reformen unerläßlich machte, die der Arbeiterschaft zugute kamen. Denn eine Ablehnung solcher Reformpläne von Seiten einer großen sozialistischen Fraktion hätte der gegnerischen Propaganda die Wege geebnet und innerhalb der Arbeiterschaft verständliche Zweifel an der sozialen Gesinnung ihrer Vertreter wachgerufen.

In ähnlicher Weise mußten die Gewerkschaften neben ihrem fernen Kampfziel immer mehr Gewicht auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder die Erhöhung der Löhne legen.

Durch diese Maßnahmen kam es notwendig zu einem neuen Zwiespalt in der sozialistischen Taktik. Denn die Zustimmung zu den von staatlichen Organen oder von den Unternehmern vorgeschlagenen Reformen und die Mitarbeit an ihrer Verwirklichung bedeutete zugleich eine Anerkennung dieser Organe und war im Grunde unvereinbar mit der ursprünglichen revolutionären Unversöhnlichkeit. Auf diese Weise bildeten sich in jedem der beiden schon vorhandenen Lager der sozialistischen Bewegung neue Gegensätze: die einen wollten an der grundsätzlichen Ablehnung der bestehenden Ordnung und ihrem spontanen Umsturz durch eine revolutionäre Handlung festhalten, während die anderen die Verwirklichung des Sozialismus durch eine fortlaufende Kette von Reformen gesichert sahen.

Diese aufgezeigten sich ständig erweiternden Gegensätze hielten die sozialistische Bewegung gefangen, zwischen ihnen vollzog sich ein Kampf, der auf die Dauer heftiger und unerbittlicher wurde als der Kampf, den man dem gemeinsamen Klassengegner angesagt hatte

Der Verlauf dieser Entwicklung soll jedoch an einer einzelnen Bewegung, am französischen Syndikalismus, aufgezeigt werden, um desto deutlicher erkennen zu lassen, in welche Situation der Zusammenbruch der sozialistischen Organisationen in Deutsch-

land und die Machtergreifung durch die NSDAP. fiel, welche Reaktionen dieses Ereignis in den internationalen Gewerkschaftskreisen auslösen mußte, und welche Wendung die Entwicklung des ökonomischen Sozialismus durch den Herrschaftsantritt einer neuen, im Wesen politischen Art des Sozialismus nimmt.

Die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen Frankreichs, die sich im Jahre 1895 auf dem Kongress von Limoges zur Confédération Générale du Travail zusammenschlossen, hatten schon eine Entwicklung hinter sich, die dem neuen großen Verband eine ganz bestimmte Prägung gab. Der ursprünglich gestellten Aufgabe gemäß waren die nach der Pariser Kommune geschaffenen Gewerkschaften nichts als Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft, deren Zielsetzung weit mehr von den Forderungen des täglichen Lebens als von den Forderungen einer Doktrin aus bestimmt war. Im Gegensatz zur politischen Partei, die von der doktrinären Seite zur praktischen Gestaltung durchzustoßen versuchte, entwickelte sich die Ideologie der Gewerkschaftsbewegung entsprechend dem Verlauf des Kampfes um die Arbeitsbedingungen und war damit von vornherein zu einer langsameren, aber weiter und tiefer greifenden Bewegung gezwungen. Die ständige Berichtigung und der neue Anstoß, den hier der Gedanke von den Tatsachen aus erfuhr, gab ihm schließlich eine größere Sicherheit, als sie die zwar umfassender angelegten, aber um vieles unbeständigeren Konzeptionen der Partei besitzen konnten. Zugleich aber konnte diese so entwickelte und propagierte Idee von den Aufgaben der Arbeiterschaft mit einem unvergleichlich höheren Geltungsanspruch auftreten, und ihr Bestehen oder Versagen in den künftigen Entscheidungen mußte nachhaltigere Folgen haben als das Gelingen oder Mißlingen eines parlamentarischen Manövers.

Zunächst jedoch standen die schlecht organisierten, zusammenhanglosen französischen Gewerkschaften gedanklich ganz unter dem Einfluß der Partei und galten als deren Spezialorganisationen, deren Aufgabe darin bestand, den engen Rahmen der eigentlichen Partei zu erweitern und weitere Kreise der Arbeiterschaft auf dem Wege der beruflichen Vereinigung der politischen Bewegung näher zu bringen. Mit dieser Bindung an die Partei waren die Gewerkschaften aber zugleich allen Schwankungen und Gefahren unterworfen, die einer Bewegung aus der parla-

mentarischen Tätigkeit erwachsen. Sie wurden unmittelbar betroffen von allen Meinungsverschiedenheiten, Streitereien und Spaltungen, die sich zumeist wegen unbedeutender Fragen in der Partei vollzogen, und ihre Entwicklung wurde dadurch gehemmt und schließlich unterbunden.

Diese zerfahrene und ziellose Entwicklung konnte auch dadurch nicht gefördert werden, daß im Jahre 1884 der französische Innenminister Waldeck-Rousseau die bisher illegal bestehenden Syndikate anerkannte. Ihnen fehlte der gemeinsame organisatorische Gedanke, lokale Interessen standen im Vordergrund, das wirtschaftliche Ziel war nicht bestimmt. Und innerhalb dieser Unordnung stießen die verschiedenen politischen Tendenzen aufeinander.

Erst in den Jahren 1891/92 entstand dieser fehlende organisatorische und wirtschaftliche Gedanke. Es war der Gedanke Pelloutiers, der die Arbeitsbörsen entstehen ließ, die wenigstens eine lokale Zusammenfassung der Syndikate darstellten und dabei eine Reihe konkreter sozialpolitischer Aufgaben, wie Streikunterstützung und Arbeiterbildung, zu erfüllen hatten. In den Arbeitsbörsen entstand den verschiedenen Gewerkschaften eines Ortes zum ersten Mal ein sichtbarer Mittelpunkt und eine eigene Aufgabe. Und sobald diese Eigenart der Aufgabe wirklich begriffen wurde, begann die Auseinandersetzung mit den politischen Organisationen, die so heftig wurde, daß sie 1894 auf dem Kongreß von Nantes zum Bruch zwischen der sozialistischen Partei und den in einer eigenen Förderation zusammengeschlossenen Arbeitsbörsen führte. Mit dieser Trennung ist innerhalb der sozialistischen Bewegung Frankreichs der erste große Gegensatz aufgerissen: der zwischen politischer und wirtschaftlicher Führung des Kampfes. Er gehört zu den entscheidenden Ereignissen der „sozialistischen" Geschichte; denn mit ihm war jede Einheit der Aktion der Arbeiterschaft fortan fragwürdig geworden.

Die nunmehr auf ihre eigene Kraft angewiesenen Gewerkschaften sahen sich zwei Schwierigkeiten gegenüber. Zunächst reichte der lockere Verband der Förderation der Arbeitsbörsen nicht aus, um wirklich alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren und zu sammeln; er bot also kein Gegengewicht gegen die Partei.

Dieser Mangel wurde schon im folgenden Jahre behoben durch die Gründung der Confédération Générale du Travail, die zu

Beginn neben 18 Arbeitsbörsen und 28 Industrie- und Berufsverbänden auch 126 bisher selbständige Gewerkschaften erfaßte, ein Organisationswerk, das 1902 durch die Eingliederung der ganzen Förderation der Arbeitsbörsen im wesentlichen abgeschlossen wurde. Mit der Errichtung und Durchgliederung dieses neuen großen Verbandes sind die Syndikate als selbständiger Faktor und mit einem eigenen Hoheitsgebiet in den Bereich des französischen Sozialismus eingetreten.

Neben der organisatorischen Abgrenzung ergab sich jedoch als zweite notwendige Aufgabe die Entwicklung einer eigenen Ideologie, durch die allein die Gewerkschaften sich auch innerlich von der Partei unabhängig machen konnten und die andererseits auch das Programm liefern mußte, mit dem man die bisher noch nicht erfaßten Arbeitermassen sammeln konnte.

Es ist den Arbeiterbewegungen fast aller Länder eigen gewesen, daß sie mit einem noch geringen Maß der Selbstkenntnis und des Handlungsvermögens Forderungen stellten, die von ihrer augenblicklichen Stellung aus weder zu begreifen noch zu rechtfertigen waren. In diesen weit gespannten Ansprüchen lag zu Beginn ihre Stärke, denn mit ihnen wurde in einer Zeit der Stabilisierung und der Verengung zum ersten Mal wieder Zukunft sichtbar. Aber gleichwohl bedurften sie der Begründung. Der Versuch der Arbeiterschaft, ihren geschichtlichen Ort zu begreifen und mit ihm ihre geschichtliche Aufgabe zu erweisen, hat überall in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nationale Lösungen erfahren, obwohl er international angelegt war. So wurde in Frankreich die Emanzipation des Arbeiters als direkte Fortsetzung der mit der Revolution von 1789 einsetzenden Bewegung der Gesellschaft betrachtet, durch die das Bürgertum fähig geworden war, seine Kräfte wirken zu lassen. Denn der Augenblick, in dem das Bürgertum sich diese Macht erkämpft hatte, schien zugleich der Höhe punkt seiner Entwicklung zu sein.

Für Proudhon, der der französischen Arbeiterbewegung diese historische Argumentation geliefert hat, befand sich die Bourgeoisie seit 1789 im Verfall. Es war ihr nicht gelungen, von sich aus ein neues System der Gesellschaft zu formen, sie hatte sich vielmehr damit begnügt, den Trennungsstrich zwischen den mit politischen Privilegien versehenen und nicht versehenen Schichten, der bisher über ihr lag, nunmehr unterhalb ihres Bereichs er-

neut zu ziehen. Sie war in den Kreis der alten Mächte eingetreten, ohne diese Mächte zu beseitigen, und ihr Auftreten wäre ohne weitere Folgen geblieben, wenn es sich in der folgenden Zeit nur um die Gestaltung staatlichen Lebens gehandelt hätte.

Aber das Bürgertum, dem das politische Prinzip fremd war, schuf sich in der Wirtschaft die ihm eigene Macht, die zu einer Zeit, da die Ideen von 1789 mit den legitimistischen Bestrebungen in unfruchtbarem Kampfe lagen, bald genug inmitten der politischen Erschöpfung ihr Recht geltend machen sollte.

Denn mit dem Fortschritt der technischen Entwicklung, in dem der menschliche Geist seine Reichweite in unbegrenztem Maße erlebte, wurde zugleich die einzige Art des Fortschritts sichtbar, deren dieser Geist noch fähig zu sein schien, und der sich auf ihn gründende wirtschaftliche Aufbau konnte hieraus Rechtfertigung und Autorität herleiten.

Etwas anderes kam in der Folge für Frankreich hinzu: mit dem der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Geld konnte man die Politiker in Abhängigkeit bringen und in den Parlamenten mit politischen Mitteln wirtschaftliche Interessen vertreten lassen. Der Aufstieg der wirtschaftlichen Macht wurde möglich durch eine zunehmende Schwäche des politischen Gedankens in der Nation.

Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Aufstieg und der ihn begleitenden, zunehmenden Konzentration des Geldes ging aber auch jene Bildung von Arbeitermassen in den Städten, mit deren Lebensbedingungen allmählich die Kehrseite dieser bisher unbedenklichen Fortentwicklung der Rationalität und des Leistungsvermögens der Wirtschaft sichtbar wurde. So konnte es geschehen, daß die wichtigsten der sich bildenden Arbeiterorganisationen den Arbeiter allein im Gegensatz zur bestehenden Wirtschaftsordnung begriffen und sich deshalb ganz und gar auf den Boden wirtschaftlicher Auseinandersetzungen begaben. Dadurch, daß dieser Gegensatz das weitere Geschick dieses Landes beherrschte und daß er alle künftigen Spannungen einschloß, wurde die Autonomie, ja auch die moralische Herrschaft der Wirtschaft über das Politische vollständig. — Der so gefaßte Sozialismus war zwar ein Gegensatz zum Kapitalismus, aber er blieb mit diesem auf der gleichen Ebene. Damit war zugleich die Schwäche

und die Enge aller Arbeiterbewegungen bestimmt, die sich die Verwirklichung dieses „Sozialismus“ zur Aufgabe gemacht haben. Damit ist aber auch in der Anlage einer der Gründe gegeben, die die heutige Krisis des marxistischen Gedankens hervorgerufen haben.

Den in der C. G. T. zusammengeschlossenen französischen Gewerkschaften stellte sich die Situation des Arbeiters ähnlich dar wie den sozialistischen Gruppen der anderen Länder. Sie erblickten den Schwerpunkt der Arbeiterfrage in der Trennung der Arbeiterschaft von den Produktionsmitteln und in der durch das System der Lohnarbeit garantierten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch eine Schicht anderer Menschen, denen die Produktionsmittel gehörten, die selbst aber nicht mit ihnen arbeiteten, sondern von einem durch die Arbeit anderer geschaffenen Mehrwert lebten. Da nach Ansicht der Marxisten diese Art der Ausbeutung der Arbeiterschaft in allen Industrie- und Berufszweigen die gleiche war, verwischten sich in dieser Hinsicht die Unterschiede der einzelnen Berufe und wurden so bedeutungslos, daß schließlich die Arbeiterschaft sich durch alle Berufe hindurch als e i n e Klasse begreifen mußte, deren Aufgabe es war, den durch das herrschende Wirtschaftssystem entstandenen Widersinn zu beseitigen und die Produktionsmittel wieder in den Besitz der Produzenten, also der Arbeiter, zu überführen. Diese neue Verteilung der Produktionsmittel und der Güter sollte gesichert werden durch die Abschaffung der Klassen und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft. Dies ist das fast allen Ländern gemeinsame Ausgangsschema.

Entscheidend war dabei, welche Bedingungen die Arbeiterklasse erfüllen mußte, um zu diesem Umsturz der bestehenden Ordnung reif zu sein. Es ist die Frage nach der politischen Befähigung der Arbeiter, die Proudhon für Frankreich aufwarf und beantwortete: „Das Problem der politischen Befähigung der Arbeiterklasse läuft darauf hinaus, sich zu fragen: a) ob die Arbeiterklasse in ihren Beziehungen zur Gesellschaft und zum Staat das Bewußtsein ihrer selbst gewonnen hat, ob sie sich als ein kollektives, moralisches und freies Wesen unterscheidet von der bürgerlichen Klasse, ob sie ihre Interessen von dieser trennt und ob sie darauf hält, sich nicht mehr mit dieser zu verwechseln; b) ob sie eine Idee besitzt, d. h. ob sie sich einen Begriff von ihrer eigenen Be-

schaffenheit gemacht hat; ob sie die Gesetze, Bedingungen und Formeln ihrer eigenen Existenz kennt; ob sie deren Bestimmung und Ziel sieht; ob sie sich selbst begreift in ihren Beziehungen zum Staat, zur Nation und zur allgemeinen Ordnung; c) ob endlich die Arbeiterklasse fähig ist, zur Gestaltung der Gesellschaft praktische Schlüsse aus dieser Idee zu ziehen, die ihr eigen sind, und in dem Fall, daß ihr durch den Zusammenbruch oder den Rückzug der Bourgeoisie die Macht zufällt, eine neue politische Ordnung zu schaffen und zu entwickeln."[1]) Oder allgemeiner: „Die politische Befähigung besitzen, heißt das Bewußtsein seiner selbst als Glied einer Gemeinschaft besitzen, die Idee, die sich daraus ergibt, bejahen und ihre Verwirklichung betreiben."[2])

Den Ort, den die französische Arbeiterklasse damals (1864) in diesem Aufstieg vom Bewußtsein bis zur Verwirklichung ihrer Aufgabe erreicht hatte, bestimmte Proudhon so, daß seit 1848 das Selbstbewußtsein der Arbeiter erwacht sei, und daß sie in der Folge auch eine Idee erworben hätten, die diesem Bewußtsein entspräche, wenn auch diese Idee ihnen erst unvollständig und nicht nicht mit allen Folgen enthüllt sei. Aber „die Arbeiterklassen, ihrer selbst gewiß und schon zur Hälfte aufgeklärt über die Prinzipien, die ihren neuen Glauben bilden, sind noch nicht dazu gelangt, von diesen Prinzipien eine entsprechende allgemeine Praxis, eine ihnen angepaßte Politik herzuleiten: Beweis ihre gemeinsame Abstimmung mit der Bourgeoisie, Beweis die politischen Vorurteile aller Art, denen sie untertan sind."[3])

Damit war die Aufgabe der französischen Arbeiterbewegungen für die nächsten Jahrzehnte festgelegt: es galt, die Idee zu klären und in ihr gemäßen Organisationen zu verwirklichen. Diese Aufgabe mußte mit größerer Besinnung auf die wirkliche Situation des Arbeiters und mit weiterer Sicht wieder aufgenommen werden, als der übereilte Versuch des Herrschaftsantritts der Arbeiterschaft in Gestalt der Pariser Kommune gescheitert war. Und gerade in diesem Zurückgreifen auf die wirklichen Bedingungen des Arbeiters sahen die Gewerkschaften nunmehr ihre besondere Aufgabe.

In den Gewerkschaften, die sich von der Partei losgesagt und den ersten großen Gegensatz in die sozialistische Bewegung Frankreichs hineingetragen hatten, war der andere künftige Widerspruch, der in der sozialistischen Entwicklung aufbrach,

schon dadurch angelegt, daß sie als Organisationen, die innerhalb eines bestehenden Systems für die allmähliche Besserung der Arbeitsbedingungen eintraten, sich gleichzeitig eine revolutionäre Aufgabe stellten, die den Sturz der bestehenden Ordnung beabsichtigte und die zu ihrem Gelingen der täglichen Absage an dieses System bedurfte.

In diesen revolutionären Aufgaben fühlte sich die C. G. T. um die Jahrhundertwende ganz als Erbin der Tradition aus den Anfängen des materialistischen Sozialismus. Als reine Arbeiterorganisation, die von Arbeitern geleitet wurde, wollte sie den revolutionären Umsturz auch nur aus dem Gebiet der Arbeit selbst herleiten. Denn die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen und der Kampf, der notwendig zwischen diesen Klassen einsetzte, waren ja Ergebnisse des herrschenden Arbeitssystems; sie wurden deshalb im Betrieb am eindringlichsten spürbar und mußten auch im Betrieb sich am besten ausfechten lassen. Es gab keinen anderen Weg als den Kampf, denn „der Nicht-Produzent, d. h. der Unternehmer, der Kapitalist, kann die Existenz seiner Vorrechte nur aufrechterhalten, indem er den Produzenten, d. h. den Arbeiter, in Fesseln hält.“[4]) Niedrige Löhne bei hoher Arbeitszeit, schlechte hygienische Bedingungen bei immer raffinierter werdender Ausnutzung der Arbeitskraft, dies waren die Mittel, mit denen der Profit gesteigert und die Not der Arbeiterschaft vergrößert wurde. Vorteil und Nutzen des Unternehmers waren gleichbedeutend mit Verelendung und Schädigung der Arbeitnehmer. Und ein anderes kam noch hinzu: in den immer zahlreicher werdenden Großbetrieben hatte der Arbeiter nicht nur jede Beziehung zu den Produktionsmitteln verloren, sondern er hatte auch keinerlei Zugang mehr zu seinem Arbeitgeber. Denn zwischen beide hatte sich die Schicht der Angestellten gelegt, jener Direktoren und Betriebsleiter, deren Leistung daran gemessen wurde, daß sie bei möglichst niedrigem Aufwand möglichst gute Ergebnisse mit dem Betrieb erzielten. Die Macht dieser Schicht vergrößerte sich noch, wenn das Unternehmen einer anonymen Gesellschaft gehörte, für die der Betrieb als solcher keinen Sinn mehr besaß. Schließlich gab es nur noch die auseinandergehenden Belange zweier Klassen, deren eine dem Prinzip des Profits und deren andere dem Prinzip der Lohnarbeit unterworfen war.

Dieser Klassenkampf, in dem die Verantwortungslosigkeit beider Gruppen stieg, war die notwendige Folge eines nur wirtschaftlich orientierten Systems, in dem es keine über beiden Interessenssphären liegende gemeinsame Lebensordnung gab. Er wurde in seiner ganzen Härte und mit all seinen Folgerungen zur Grundidee der französischen Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit, aus der sich die anderen Teile der syndikalistischen Ideologie leicht ableiten lassen.

Die Klassenkampfidee hatte für die Gewerkschaften eine ganz andere Bedeutung als für die Partei. Während diese sie einfach als einen Bestandteil ihrer Doktrin vertrat oder vergaß, hatten die Gewerkschaften sie in Einklang zu bringen mit ihrer reformatorischen Aufgabe: der fortschreitenden Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Dieser reformatorische Teil schloß an sich eine Zusammenarbeit mit den Unternehmern nicht aus, vielmehr schien eine solche Zusammenarbeit hier zuweilen größere Aussichten zu eröffnen, wie es das Beispiel der reformistischen, christlichen Gewerkschaften des öfteren gezeigt hat. Aber die Syndikalisten wollten die reformistische Aufgabe nicht von der revolutionären trennen, sondern betrachteten sie als deren direkte Vorbereitung.

So wurde ihnen der Kampf um die Besserung der Lebensbedingungen ein Teil des großen revolutionären Kampfes, und er forderte die gleichen Methoden und die gleiche Art des Einsatzes; nur waren seine Ziele beschränkter. Deshalb war auch in diesem Abschnitt der gesamten gewerkschaftlichen Aufgabe keine Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern möglich. „Außerhalb des Unternehmertums und gegen es . . . muß die Gewerkschaftsbewegung sich frei entwickeln und handeln."[15]) Auch die Furcht, bei einer Zusammenarbeit der revolutionären Ziele oder wenigstens den revolutionären Geist nicht rein erhalten zu können, spielte eine Rolle. Man wußte sehr wohl, daß auch bei einer Zusammenarbeit in kleineren Fragen Konzessionen notwendig wurden, und zudem hätte eben die bloße Möglichkeit einer Kollaboration, selbst wenn sie nur sozialpolitische Fragen betraf, bei den Arbeitern vielleicht Zweifel über die Ausschließlichkeit des wirtschaftlichen Gegensatzes erregt.

Den Syndikalismus der Vorkriegszeit kennzeichnet eine tiefe Furcht vor der Ansteckung des Proletariats durch die bürger-

liche Welt. Immer wieder legt er es darauf an, den Klassengegensatz rein und unverfälscht zu erhalten und jede Anpassung an die kapitalistische Welt zu vermeiden. Dies erklärt seine entschiedene Abneigung gegen jede parlamentarische Tätigkeit und die Verachtung der Parteiarbeit. Denn wie soll eine Partei das Klasseninteresse einwandfrei vertreten können, da sie doch keine Klassenorganisation darstellt? In der Tat schließt sie die verschiedensten Elemente zusammen, die wohl die gleiche Willensrichtung bekunden können, die aber nicht immer jene unerläßliche natürliche Voraussetzung, die Zugehörigkeit zur Klasse der Proletarier, besitzen. Und wer vermag zu prüfen, ob all jene Advokaten, Schriftsteller und Journalisten, die in der Partei die Sache des Arbeiters zu vertreten sich anmaßen, dies nicht bloß als eine der vielen möglichen Arten betrachten, ganz im Sinn des Bürgertums Karriere zu machen und somit auf dem Rücken des Proletariats ihrem persönlichen Ehrgeiz zu genügen?

Und diese schon wegen ihrer Zusammensetzung zur Vertretung der Klasseninteressen wenig geeignete Partei ist obendrein noch gezwungen, sich den Manövern der anderen Parteien anzupassen. Da sie sich auf den Boden des Parlaments begibt, erkennt sie das Gesetz des Parlaments an, und ihr Widerspruch bedeutet nichts anderes als die im Parlament zugelassene, ja fast die von ihm gewünschte Opposition.

Wieweit diese Konzession an die Legalität gehen konnte, bewies der Fall jenes Sozialisten Millerand, der sich 1900 einem bürgerlichen Kabinett als Minister zur Verfügung stellte. Zwar war dieser Schritt durchaus nicht von allen Seiten der Partei gebilligt worden, und die Meinungsverschiedenheiten, die sich aus ihm ergaben, wurden noch im gleichen Jahre auf dem Kongreß der wiederbelebten Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris in größtem Rahmen ausgetragen. Aber hatte nicht auf eben jenem Kongreß Karl Kautsky einen Kompromiß gefunden, der zwar besagte, daß der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett nur ein vorübergehender Notbehelf sein kann und daß der Kongreß der Partei über das Verbleiben dieses Ministers zu entscheiden hat, der es jedoch im Prinzip zuließ, daß ein Sozialist seine Kraft dem Bürgertum zurVerfügung stellte und als Sozialist feindliche Interessen deckte? Die Anhänger des reinen Klassenkampfes mußten die Begründung dieses Kompromisses

Verrat empfinden: „Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staate nicht das Werk eines bloßen Handstreiches sein, sondern kann nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden."[6])

Und hatte nicht Jaurès auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von Amsterdam 1904 den noch revolutionären deutschen Sozialisten vorgeworfen, sie hätten wohl Wahlerfolge und einen großen Parteiapparat, aber keine wirkliche Macht in den entscheidenden Fragen ihres Landes, weil sie weder eine eigentlich revolutionäre, noch eine parlamentarische Politik verfolgten! Ihnen hatte er den großen Einfluß gegenübergestellt, den die französischen Sozialisten durch ihre parlamentarische Tätigkeit auf das Geschick ihres Landes ausüben konnten. Zwar hatte damals der Kongreß sich mit 19 gegen 5 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen dagegen ausgesprochen, die „bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß anstelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt."[7])

Und er hatte erklärt, daß die Folgen einer solchen revisionistischen Taktik nur darin bestehen könnten, „daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt."[8])

Aber bei der geringen Macht und dem schwachen Ansehen, das die sozialistische Internationale gegenüber ihren einzelnen Landeszentralen besaß, kümmerten sich die französischen Sozialisten wenig um diese Resolution und setzten ihre alte Taktik des Paktierens mit der bürgerlichen Welt fort. Die Gewerkschaften jedoch bekräftigten ihre revolutionäre Haltung. Während in Deutschland die Gewerkschaften sich fast ausschließlich der sozialpolitisch-reformistischen Aufgabe zuwandten und der Partei die politisch-revolutionäre überließen, lagen zu Beginn des 20.

Jahrhunderts die Verhältnisse in Frankreich gerade umgekehrt. Die sozialistische Partei hatte sich seit langem für die reformistische Taktik entschieden, während die Gewerkschaften noch am Prinzip des reinen Klassenkampfes und an dem alten sozialistischen Grundsatz festhielten, daß das Gebiet der Illegalität des Augenblicks immer das Gebiet ist, auf dem sich die Legalität der Zukunft vorbereitet. Dieser tiefwurzelnde Unterschied und nicht bloß das Streben nach organisatorischer Selbständigkeit war es, der den Kongreß von Amiens 1906 veranlaßte, jede Fusion mit der Partei kategorisch abzulehnen, ein Beschluß, der zur Charte des französischen Syndikalismus geworden ist.

Fast die gleichen Gründe waren für die Feindschaft der Gewerkschaften gegenüber dem Staat maßgebend. Schon die staatliche Anerkennung durch Waldeck-Rousseau war von den Syndikalisten als ein Versuch betrachtet worden, die revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft zu kanalisieren, ihnen den Elan zu rauben und sie so allmählich dem Staat dienstbar zu machen. Griffuelhes, unter dessen Leitung die C. G. T. ihre eigentlich revolutionäre Zeit erlebte, bezeichnete die Reaktion gegen die Demokratie, d. h. gegen den Staat, nach der anfänglichen Beherrschung der Gewerkschaften durch die Partei und der folgenden Loslösung als den dritten entscheidenden Abschnitt der syndikalistischen Entwicklung.[9]) Es war das gleiche Mißtrauen gegen jeden Anspruch auf Autorität und die gleiche Furcht vor der Infizierung der Arbeiter durch bürgerliche Einrichtungen, die sich in der Ablehnung des Staates durch die Gewerkschaften geltend machte. Sie konnten dem Staat weder eine Aufgabe noch einen Wert zuerkennen, sondern betrachteten ihn lediglich als eine Einrichtung, die der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Dauer und Sicherung verleihen sollte. „Seine Verfassung und seine Grundlagen machen ihn zum Verteidiger der Rechte der Bourgeoisie, gegen die wir uns im Kampfe befinden. Er ist das Organ der Herrschaft einer feindlichen Klasse. Er stellt die Anpassung veralteter Formen der Vergangenheit an die heutige Zeit dar. Auch morgen würde ein einfaches Vertauschen des Etiketts der Regierung, das aus dem selben Geiste erfolgte, keine ernsthafte Besserung in der Lage der Ausgebeuteten bringen. Gegründet auf die Anerkennung des Privateigentums, kann der Staat nur ein Feind der Arbeiterklasse sein, die die Abschaffung dieser Form

des Eigentums und ihre Ersetzung durch die Einführung des Kommunismus betreibt. . . . Wir sprechen auch dem Staat republikanischen Etiketts, der uns regiert, die Fähigkeit ab, einen gerechten Ausgleich zwischen den vielen und komplexen Interessen herzustellen die in unserem Lande wie in jeder modernen Gesellschaft bestehen.“ [10])

So ist der anarchistische Gedanke im französischen Syndikalismus der Wirklichkeit am nächsten gebracht worden. Denn hier wurde der Kampf gegen den Staat als Staat mit großer Energie und auf breiter Front aufgenommen und mit einer dem Anarchismus gemäßen Methode geführt. Man verachtete die Legalität, die dem Kampf enge Grenzen und damit geringe Aussichten setzte. „Die Gewerkschaften haben in großer Mehrzahl seit langem den Rahmen des Gesetzes durchbrochen; sie haben das ihnen von der öffentlichen Gewalt gesteckte Ziel überschritten; sie haben dem Gesetz zum Trotz gestritten und gekämpft, oft genug gegen den Geist des Gesetzes. Sie haben in keinem Augenblick die Legalität respektieren wollen.“ [11])

Der Kampf gegen den Staat wurde aufgenommen als ein Ringen gegen eine der vielen Machtstellungen des Kapitalismus, das seinen Sinn aus der Gesamtaktion der Arbeiterschaft empfing. „Wir führen diesen Kampf nicht dadurch, daß wir Abgeordnete in die beratenden Körperschaften schicken. Wir führen ihn in unseren Organisationen, indem wir das moralische Niveau der Arbeiter heben und ein Klassenbewußtsein schaffen. Je stärker dies Bewußtsein wird, desto mehr wird die Autorität des Staates sinken, und an dem Tage, an dem dies Bewußtsein sich voll und ganz entfalten wird, wird die Autorität des Staates zu einem Nichts geschmolzen sein. Dieses Ziel verfolgen wir, und deshalb konnte man mit Recht sagen, daß die C. G. T. einen Staat im Staate bildet.“ [12])

So hatten die Gewerkschaften mit der Verachtung der Legalität und der parlamentarischen Tätigkeit die Freiheit des eigenen Handelns gewonnen, und aus der Verpflichtung zu den Grundsätzen des Klassenkampfes erwuchs ihnen das Mittel der *direkten Aktion*.

Wenn man das Prinzip der Internationale, nach dem die Emanzipation des Arbeiters nur sein eigenes Werk sein sollte, ernst nahm, so durfte man es nicht nur für das ferne Ziel einer künf-

tigen Revolution gelten lassen, sondern mußte es auch in jeder Phase des täglichen Kampfes anwenden. Nur so konnte die Erfahrung der Gegenwart der Aufgabe der Zukunft dienstbar gemacht werden, und darin vor allem bestand der Sinn der direkten Aktion, deren häufigste und bedeutungsvollste Aeußerung der Streik war.

Im Streik sollte — so lehrten die Syndikalisten — der Arbeiter nicht nur seine materiellen Forderungen durchsetzen; weit wichtiger war es, daß der Streik eine praktische Erziehung zur Revolution darstellte, eine Vorschule, in der alle zum revolutionären Akt notwendigen Eigenschaften geweckt und erprobt werden konnten. Hier war der Arbeiter ganz auf sich selbst gestellt, und in der Not entdeckte er seine Kraft und sah, wie es ihm möglich wurde, ganze Teile der kapitalistischen Produktion stillzulegen. Hier aber bekämpfte er auch die feindliche Klasse, das Unternehmertum, direkt und ohne parlamentarischen Umweg. Und in dem Augenblick, in dem die Belegschaft eines Betriebes die Arbeit niederlegte, mußten die anderen Unternehmer des gleichen Industriezweiges versuchen, die dadurch ausfallende Produktion in ihrem Betriebe durch Mehrarbeit nachzuholen, um sich den sonst verlorengehenden Profit zu sichern. Dies aber mußte für die Arbeiter jener Betriebe das Zeichen sein, sich dem Streik anzuschließen, und je weiter der Streik griff und je erbitterter er auf beiden Seiten geführt wurde, desto größer mußte auch das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft werden, und desto mehr Arbeiter mußten erkennen, daß sie ihr Klasseninteresse nur in einer kämpferischen und einsatzbereiten Organisation auf die Dauer vertreten könnten.

Wenn aber die Unternehmer schließlich Streikbrecher einstellten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, so konnte der ausgesperrten Arbeiterschaft dann nur ihr Recht auf Arbeit unabweisbar bewußt werden. Denn in diesem Augenblick empfand sie, daß die Produktionsmittel eigentlich ihr gehörten, und daß kein anderer das Recht habe, über sie zu verfügen oder mit ihnen zu arbeiten. In diesem Fall war es möglich, daß der Streik demonstrativen Charakter annahm und zur Aktion auf der Straße oder zur Sabotage ausartete. Während jedoch Straßendemonstrationen propagandistischen Wert haben, und zudem durch das gemeinsame öffentliche Auftreten der Arbeiterschaft ihr innerer Zusammen-

halt gefördert werden kann, lehnten die Syndikalisten die Betriebssabotage zumeist ab. Sie taten dies nicht etwa aus der Scheu vor der Gewalt, die sich in der Zerstörung der Maschinen äußert, sondern aus der Sorge um die industrielle Entwicklung. Denn durch eine solche Sabotage konnte leicht mancher Fortschritt in der industriellen Entwicklung nichtig gemacht werden, das Proletariat war jedoch auf diesen Fortschritt angewiesen, da von ihm die Vergrößerung der Arbeitermassen abhing.

Diese Begründung entsprang ganz und gar der Situation des aufsteigenden Kapitalismus, in der jeder technisch-industrielle Fortschritt auch die wirtschaftliche Kapazität erweiterte und mithin zur Einstellung neuer Arbeiter führte. Das mit dem Aufstieg der Wirtschaft zusammenhängende Wachsen der Arbeiterklasse war jedoch die erste Bedingung einer proletarischen Revolution.

In diesen Gedanken folgten die französischen Gewerkschaften der marxistischen Doktrin. Für sie hing das Schicksal des Sozialismus vom Aufstieg des Kapitalismus ab [12a]), und gerade hier fiel der proletarischen Aktion und besonders dem Streik eine neue, auf den ersten Blick noch nicht sichtbare Aufgabe zu. Die Entwicklung des Kapitalismus setzte auch zielbewußte, energische Kapitalisten voraus. Aufgabe der Arbeiterschaft war es deshalb, die Unternehmer mit immer neuen Forderungen und Aktionen in Unruhe zu halten und sie dadurch zu zwingen, den Aufschwung des Kapitalismus zu fördern, um die Verluste ausgleichen oder die höheren Löhne tragen zu können. Die dadurch notwendigen Maßnahmen, wie die Verbesserung der Maschinen, sollten dann später wieder dem Sozialismus zugute kommen, der ja nach der Revolution für seinen Aufbau eines hoch entwickelten technisch-industriellen Systems bedurfte.

Hier lag im Gegensatz zu fast allen anderen marxistischen Organisationen, die sich ihre Taktik von der Taktik des Kapitalismus vorschreiben ließen, ein Versuch, die Initiative auf die Arbeiterorganisationen zu übertragen und die Unternehmer gleichsam zu zwingen, dem Sozialismus zu dienen. Das Bewußtsein dieser Initiative war jedoch ganz beschränkt, und für die Gesamtaktion wie für Propaganda hat die Idee einer schicksalhaften Heraufkunft des Sozialismus aus dem Kapitalismus die maßgebende Rolle gespielt.

Die vielen einzelnen Aktionen und Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung sollten jedoch Abschluß und Vollendung finden in der letzten großen Aktion der gesamten Arbeiterschaft, durch die das kapitalistische Wirtschaftssystem schließlich außer Kraft gesetzt werden sollte: im Generalstreik. Er setzte jedoch die völlige Reife und das völlig ausgeformte Klassenbewußtsein des Proletariats voraus und stellte im Grunde gar keine Aktion, sondern eher ihr Gegenteil dar. Denn trotz aller im Streik erfolgenden Erziehung der Arbeiterschaft war der Streik doch schließlich nur Widerstand, und die sich aus ihm ergebende psychologische Folge war das Gefühl der Kraft, die in der Passivität lag. In dem Augenblick aber, in dem es galt, alle vorhandenen Kräfte zusammenzufassen, um eine bestehende Ordnung zu beseitigen, mußte gerade dieses Gefühl zur Gefahr werden. So wurde der Generalstreik als eine passive Revolution betrachtet, in der das kapitalistische System nicht zerschlagen, sondern nur in allen seinen Funktionen außer Kraft gesetzt wird. Der plötzliche Stillstand der gesamten Arbeit, der fast ohne Kommando durch die spontan sich verbreitende Gewißheit des rechten Augenblicks einsetzte, sollte das Signal dafür sein, daß der Arbeiter endgültig entschlossen sei, seine Kraft nicht mehr in den Dienst der kapitalistischen Produktion zu stellen, sondern die Produktionsmittel wieder zum Eigentum dessen zu machen, der sie zu handhaben weiß. Die Arbeiter würden also nach einer bestimmten Zeit wieder in die Fabriken gehen und ihre Arbeit aufnehmen, diesmal aber unter eigener Leitung und für die Wohlfahrt der eigenen Klasse. So würde die Revolution sich im Bereich der Wirtschaft und mit wirtschaftlichen Mitteln vollziehen und allein das Werk des Arbeiters sein.

Gleichwohl waren diese Vorstellungen so ungewiß und verschwommen, daß aus ihnen sichtbar wird, wie wenig eigentlich der Syndikalismus und darüber hinaus fast der ganze internationale Sozialismus ein Verhältnis zur wirklichen Macht gehabt hat. In der Tat sind die Syndikalisten nicht über jene undurchsichtige Auffassung einer „organischen Revolution“ hinausgekommen, die Proudhon ihnen vorgezeichnet hat: „Eine wahrhaft organische Revolution, Ergebnis des gesamten Lebens, ist, obwohl sie ihre Vorläufer und Vollstrecker hat, im Grunde das Werk keines Einzelnen. Sie ist eine Idee, zuerst elementar und aufsprießend wie

ein Keim, eine Idee, die im ersten Augenblick nichts Bemerkenswertes zeigt, da sie der alltäglichen Klugheit zu entstammen scheint, und die ganz plötzlich, wie die Eichel in der Erde, wie der Embryo im Ei, ein ungeahntes Wachstum nimmt, und mit ihren Institutionen die Welt erfüllt.“ [13])

Es ist gewiß, daß man mit solchen Vorstellungen eine wirkliche Revolution weder vorbereiten noch durchführen kann, und der Generalstreik, jene vielgepriesene Form der syndikalistischen Revolution, hat in der Gedankenwelt der französischen Gewerkschaften niemals eine feste, greifbare Gestalt angenommen, sondern ist zu einem „Mythus“ ausgeartet, der vielleicht propagandistisch seine Wirkung tat, der aber eben deshalb die Leiter der Gewerkschaften jeder konkreten revolutionären Aufgabe und Verantwortung enthob. Es wurde in keinem Augenblick sichtbar, wodurch sich dieser letzte revolutionäre Generalstreik von den vielen anderen vorbereitenden Generalstreiks unterscheiden sollte. Offenbar rechnete man damit, daß in diesem Fall die innere Widerstandskraft der Bourgeoisie endgültig erschöpft sei, sodaß sich die Unternehmer freiwillig des Anspruchs auf die Betriebe und auf die sie stützende öffentliche Gewalt begäben, ein Wunsch, der sichtlich im Widerspruch stand zu der Auffassung, daß der Klassenkampf in möglichst unerbittlicher Form geführt werden müsse, um die Energie des Bürgertums zu stärken. Es ist bezeichnend, daß gerade der Akt der Umwandlung der Gesellschaftsordnung in der syndikalistischen Ideologie völlig unklar blieb, sowohl was seinen Beginn, wie auch was seine Durchführung betrifft. Denn es zeigt, daß auch der revolutionäre Syndikalismus im Grunde im Gedanklichen und Konstruktiven stecken geblieben ist. Seine ganze Stärke lag in der Opposition, und dem ungeheuren Kraftaufwand in der Negation entsprach eine verschwommene Idee der Umgestaltung und ein kleinbürgerliches Ideal der Zukunft.

Die Leiter der französischen Gewerkschaften haben sich über die künftige sozialistische Gestaltung der Gesellschaft wenig Gedanken gemacht, denn sie glaubten in den Syndikaten schon die Institutionen zu besitzen, die nach dem revolutionären Generalstreik ohne weiteres die Rolle des Staates übernehmen könnten. Darin bestand für sie vor allem der Vorzug der gewerkschaftlichen Organisation vor der parteimäßigen, daß sie nicht nur ein

Mittel zur Bekämpfung der alten Ordnung, sondern gleichzeitig ein der Arbeiterklasse gemäßes System zur Herstellung und Verteilung der Produktionsgüter darstellte. Dies galt obendrein als ein neuer Beweis für die größere Sicherheit der wirtschaftlichen Taktik, denn selbst die revolutionäre Partei bedurfte nach der Revolution noch des Staates, wenn auch als Uebergangsform der Diktatur des Proletariats; und sie nahm damit eine Reihe von Wagnissen und Verzögerungen auf sich, die die Leitung eines Staatswesens mit sich bringt.

Durch die syndikalistische Revolution hingegen war der Staat sofort überflüssig, und entsprechend der föderalistischen Organisation des Gewerkschaftsbundes konnte die Dezentralisation aller Funktionen erfolgen: Produktion und Güterverteilung sollten von den Syndikaten des einzelnen Ortes geregelt werden. So wenigstens hatte Proudhon den Gewerkschaften, die er inhaltlich gewiß mehr beeinflußt hat, als die eigentlich syndikalistischen Theoretiker Sorel, Lagardelle und Berth, mit seinem mutualistischen System den Weg vorgezeichnet. Obwohl dies System, das mit begrenzten Produktionsverhältnissen rechnete, mit der zunehmenden Zentralisation ganzer Wirtschaftszweige unvereinbar wurde, ist von gewerkschaftlicher Seite aus in der Vorkriegszeit keine wesentlich neue Konzeption einer sozialistischen Zukunftsgestaltung gefaßt worden, denn allgemeine Redensarten wie die, daß man auf den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft „die Gesellschaft der Liebe, der Schönheit, der Harmonie und der endlich frei gewordenen Arbeit“ [14]) errichten wolle, haben wenig Wert inmitten realer Machtkämpfe und bilden eher eine Gefahr als eine Verheißung.

Der Gedanke des Klassenkampfes und der Errichtung einer staatlosen Gesellschaft führte notwendig über die Grenzen des einzelnen Volkes hinaus. Denn darin bestand ja der Sinn des Klassenkampfes, daß er vom gesamten Proletariat aller Länder geführt werden mußte und daß er für die internationale Arbeiterschaft ungefähr die Rolle spielte, die bisher die Kriege im Leben der Völker gespielt hatten. Denn würde in einem einzelnen Volke die proletarische Revolution früher stattfinden als in den anderen, so wäre das aus ihr entstehende staatlose Gebilde vor die bange Frage gestellt, wie es sich ohne staatliche Funktionen gegenüber den anderen noch bestehenden Staaten behaupten wollte.

Aus diesen Erwägungen waren die Gewerkschaften mehr als die Parteien gezwungen gewesen, die Aktion der Arbeiterschaft auch wirklich international durchzuführen. Die französischen Syndikalisten haben jedoch trotz der grundsätzlichen Anerkennung der Notwendigkeit einer international angelegten Aktion in der Vorkriegszeit gegenüber der unter deutschem Einfluß stehenden internationalen Gewerkschaftsorganisation, die keinerlei Befehlsgewalt über die ihr angeschlossenen Landeszentralen besaß, ein ständiges Mißtrauen bewahrt und sich sogar eine Zeit hindurch jeder Teilnahme an ihren Arbeiten enthalten.

Der Konflikt der C. G. T. mit der „Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen", die erst seit 1913 den Namen „Internationaler Gewerkschaftsbund" führt, hat vor allem 1907 auf der Konferenz in Christiania eine Rolle gespielt. Da die französischen Gewerkschaften trotz aller gegenteiligen Beteuerungen wohl unparlamentarisch, keineswegs aber unpolitisch waren, hatten sie gefordert, daß auf das Programm dieser Tagung auch die Fragen des Antimilitarismus und des Generalstreiks gesetzt würden. Der Sekretär der Konferenz, Legien, lehnte diese Forderungen mit dem Bemerken ab, die Konferenz sei für Fragen allgemein-politischer Art nicht zuständig. Daraufhin nahmen die französischen Gewerkschaften an zwei Konferenzen nicht teil. Griffuelhes behauptet, obendrein von der Konferenz in Christiania einen Brief erhalten zu haben, indem jene die C. G. T. aufforderte, die besagten Fragen gemeinsam mit der politischen Arbeiterorganisation Frankreichs zu behandeln.

Damit hatte die Konferenz sowohl den Selbständigkeitsdrang des französischen Gewerkschaftsbundes beleidigt, wie auch ihre Unzuständigkeit in einer Frage erklärt, die den französischen Syndikalisten von lebenswichtiger Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse schien.

Zwei Gründe waren es, die ihnen einen entschiedenen Antimilitarismus auch für die Gewerkschaftsorganisationen unerläßlich machten. Einmal hatte es sich bei mehreren Streikfällen gezeigt, daß die gerade in der Armee dienenden Arbeiter zu Streikbrecherdiensten gezwungen werden konnten oder daß Truppenteile zum Schutz von Streikbrechern bereitgestellt werden konnten. Zum zweiten aber hatte der Arbeiter gemäß der marxistischen Lehre ja kein Vaterland, für das er Krieg führen konnte.

da er keinen Besitz hatte. So wurde selbst die Nützlichkeit eines Verteidigungskrieges für den Arbeiter geleugnet. Da zudem ein Krieg die normale wirtschaftliche Entwicklung unterbricht und der Aufstieg der Gewerkschaften nur in Frieden gelingen kann, mußte die Bekämpfung jeder Kriegsgefahr zu einer selbstverständlichen Aufgabe der C. G. T. werden. So erklärte Jouhaux, daß allein durch die Aktion der Arbeiterschaft 1901 die französisch-englische Kriegsgefahr beseitigt und das „glückliche Resultat der Entente cordiale" erreicht worden sei.[51]) Anläßlich des Konflikts mit der internationalen Gewerkschaftsorganisation beschäftigte sich 1908 die C. G. T. auf dem Kongreß von Marseille mit der Kriegsfrage und faßte den Beschluß, „sich jedem Kriege durch den revolutionären Generalstreik zu widersetzen."[16])

Diese Resolution war wesentlich eindeutiger und revolutionärer als der Beschluß, den die Sozialistische Arbeiter-Internationale auf ihrem Kongreß in Stuttgart im Jahre zuvor bezüglich der Haltung, die die sozialistischen Parteien im Kriegsfalle einnehmen sollten, gefaßt hatte und in dem ein Generalstreik oder ein bewaffneter Aufstand als Mittel zur Verhütung des Kriegsausbruches abgelehnt worden war. Den sozialistischen Parteien war es hier lediglich zur Pflicht gemacht, bei ihren Regierungen den Versuch zu unternehmen, den Krieg zu verhindern und im Kriegsfall sich für eine möglichst schnelle Beendigung der Waffenhandlungen einzusetzen.

Als daher die deutsch-französischen Spannungen wuchsen, war nichts natürlicher, als daß Jouhaux, der schon damals den französischen Gewerkschaftsbund leitete, in einer Antikriegskundgebung in Berlin die deutsche Arbeiterschaft zur gemeinsamen Aktion gegen den drohenden Krieg aufrief und erneut den Generalstreik als das Mittel pries, das als einziges den Versuch einer militärischen Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern sabotieren könnte.

In der Aktion gegen den „Militarismus" Deutschlands und gegen die Kriegsgefahr schien der ganze revolutionäre Elan, der im Innern mit der entschiedenen Absage an jede Art des bürgerlichen Lebens begonnen hatte, nach außen weiter zu schwingen und sich im Bereich der internationalen Politik in seiner ganzen Folgerichtigkeit noch einmal zu bestätigen. In dieser Situation brach der Weltkrieg aus, in den der französische Arbeiter mit der

gleichen Begeisterung zog wie der deutsche, und der zugleich das Ende des revolutionären Syndikalismus bedeutete.

Die Kriegsbegeisterung der Arbeiterschaft wurde von den Syndikalisten nicht als Widerlegung der Klassenkampfideologie empfunden. War denn nicht jene Bedingung der Reife des Proletariats elastisch genug, das alles als Rückfall der politisch noch nicht reifen Arbeiterklasse in die bürgerliche Gedankenwelt zu erklären? Oder war es nicht sogar möglich, diesen nationalen Verteidigungswillen mit den Interessen der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen?

Schon in den ersten Tagen des Krieges schrieb Jouhaux an den dänischen Gewerkschaftssekretär Baumeister, über den die internationale Verbindung aufrecht erhalten wurde, einen Brief, in dem eine solche Rechtfertigung der französischen Arbeiterschaft unternommen wurde. „Als einerseits der Einfall in Luxemburg und Belgien und andererseits der Ueberfall unseres Landes zur Tatsache geworden war, konnten wir in einem Kampfe, bei dem das Recht der kleineren Völker, die Existenz unseres Landes und die Zukunft der Demokratie auf dem Spiele stand, nicht teilnahmslose Zuschauer bleiben. — Wir waren stets Gegner des Militarismus. In dieser schrecklichen Stunde war es mir deutlicher als je, daß der deutsche Militarismus eine Gefahr ist, die wir bekämpfen müssen, und daß der preußische Militarismus, in demselben Maße wie der russische, ein schlechtes Prinzip ist, dessen Verschwinden den Weltfrieden bringen muß.“ [17])

In dieser Begründung entsprach nur die zweite Hälfte der alten syndikalistischen Ideologie, der erste Teil zeigte den Beginn einer Wandlung an, in deren Verlauf der demokratische Gedanke zur Voraussetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit wurde. Zwar war in der C. G. T. schon immer eine reformistisch-demokratische Minderheit vorhanden, aber sie hatte bis zum Kriege keine entscheidende Rolle gespielt. Die nun einsetzende Entwicklung bestand nicht etwa nur im zahlenmäßigen Wachsen dieser Minderheit, sondern sie war eine wirkliche Wandlung der alten Revolutionäre selbst, deren Ablauf man am besten daraus ermessen kann, daß Jouhaux, der die Leitung der C. G. T. noch in ihrer revolutionären Epoche übernommen hatte und der sich oft und eindeutig genug zum klassenkämpferischen, revolutionären Prin-

zip bekannt hatte, auch heute noch die völlig reformistischen sozialistischen französischen Gewerkschaften führt.

In dieser gedanklichen Umformung haben ideelle und organisatorische Momente in der gleichen Weise gewirkt. Den Lehren, die man aus dem Krieg ziehen zu müssen glaubte, war es zuzuschreiben, daß innerhalb der syndikalistischen Ideologie die pazifistischen Gedanken stärker hervortraten und die kämpferisch revolutionären verdrängten. Dazu kam eine allmähliche Angleichung an die internationale Gewerkschaftsorganisation. Die Schwierigkeiten, denen die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes seit Kriegsausbruch begegnete und die nur einen ganz lockeren Zusammenhalt auf dem Umweg über neutrale Staaten ermöglichten, hatten es mit sich gebracht, daß eigentlich nur die Gewerkschaften der verbündeten Staaten direkt miteinander verkehren konnten, und daß somit innerhalb der Gewerkschaftsinternationale sich die gleichen Grenzen aufrichteten, die im militärischen Kampf Freund und Feind schieden. Da naturgemäß die Mehrzahl der Landeszentralen zu den alliierten Mächten gehörte und jetzt dem deutschen Einfluß, der bislang im I. G. B. vorgeherrscht hatte, entzogen war, war der Weg für einen französischen Einfluß frei.

Durch die nunmehr einsetzende engere Mitarbeit an den Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsorganisation, die sich nach dem Kriege unter einigen Schwierigkeiten zusammenfand, gelang es den französischen Gewerkschaften zwar, einige ihrer wesentlichen Forderungen nunmehr auch zu Forderungen des I. G. B. zu machen; zugleich aber wurden sie damit auch dem Einfluß der anderen, demokratisch-reformistischen Landeszentralen zugänglicher, und die Unterschiede, die solange den französischen Gewerkschaften eine Sonderstellung verschafft hatten, wurden bedeutungsloser und beschränkten sich bald auf belanglose Fragen rein organisatorischer Art.

Die Angleichung an den I. G. B. war im Grunde eine Angleichung an allgemeinere europäische Ideen. Der Wunsch nach einer dauernden Sicherung des Friedens, hinter dem die Siegerstaaten den Wunsch nach einer Verewigung des Versailler Vertrages verbargen, veranlaßte die Arbeiterorganisationen, sich fortan zu Kündern des Weltfriedens aufzuwerfen. Diese neue pazifistische Aufgabe schien innerlich dadurch gerechtfertigt, daß

man die Arbeiterschaft als hilfloses Opfer der Kriege betrachtete, das also das größte Interesse haben müsse, an der Organisation des Friedens mitzuarbeiten. Sie traf sich aber auch mit den anderen pazifistischen Konzeptionen, die damals im Umlauf waren und die ganz anderer, z. T. freimaurerischer Herkunft waren, an denen jedoch der Versuch einer internationalen Organisation der Völker für die Marxisten zumindest eine Vorstufe für ihre eigenen Pläne einer internationalen Organisierung bilden konnte.

Mußte nicht, wenn überhaupt einmal die Geltung eines überstaatlichen Verbandes anerkannt war, die Entwicklung folgerichtig so weiter laufen, daß mit der wachsenden Autorität dieses Verbandes die äußere und innere Autorität der alten Nationalstaaten abnahm? Und wurde dadurch nicht eines der wesentlichen Hindernisse zur Formung der „sozialistischen Gesellschaft" beseitigt? Es kam also von vornherein alles darauf an, einem solchen überstaatlichen Verband eine hinreichende Autorität zu schaffen, und dies Ziel lohnte den vollen Einsatz der Arbeiterorganisationen.

So kam es, daß die Idee des Völkerbundes nicht nur von den sozialistischen Parteien, sondern auch von den Gewerkschaften aufgenommen und anerkannt wurde. Zur Konferenz, die der I.G.B. im Jahre 1919 in Bern abhielt, hatten die französischen Vertreter deshalb beantragt, die Frage des Völkerbundes auf die Tagesordnung zu setzen, und als sich Bedenken dagegen erhoben, erklärte der Franzose Bourderon, daß „die Zeit angebrochen sei, die gebietet, daß sich die Gewerkschaften auch mit politischen Fragen, welche Menschheitsfragen sind, beschäftigen."[18]) Tatsächlich wurde auf dieser Konferenz eine Resolution angenommen, in der gefordert wurde, daß der Völkerbund „zu einer vom Druck der einzelnen Staatsregierungen befreiten Rechtsgemeinschaft" werden solle.[19])

Die Gewerkschaften sollten bald genug zur wirklichen Mitarbeit an der Verwirklichung der Völkerbundsidee aufgerufen werden, und zwar auf einem Gebiet, das ihnen ganz plötzlich neue Möglichkeiten zu eröffnen schien: in der internationalen Organisation der Arbeit, wie sie im Teil XIII des Versailler Vertrages vorgesehen war.

In der Präambel dieses Teils haben die Humanitätsideen Ausdruck gefunden, die die Schöpfer des Völkerbundes bewogen haben, der eigentlich politischen Zentrale noch ein besonderes In-

stitut für sozialpolitische Fragen anzugliedern. Die Zustimmung zu dem Gedanken, daß der Weltfriede nur gesichert werden kann durch den Frieden der Arbeit, setzte von der Seite der Gewerkschaften den Verzicht auf eine revolutionäre Taktik und die Bejahung reformistischer Ziele voraus. Denn das nun begründete „Internationale Arbeitsamt", dem alle Mitgliedstaaten des Völkerbundes angehören, hatte sich nicht nur die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Aufgabe gemacht, sondern es ließ diese Zusammenarbeit unter der Aufsicht und der Mitwirkung der Regierungen stattfinden.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes widersprach also völlig der Ideologie des alten Syndikalismus, von der sich die französischen Gewerkschaften schon so weit gelöst hatten, daß sie im Arbeitsamt und vor allem in der Arbeitergruppe der jährlich tagenden großen Arbeitskonferenzen eine der wichtigsten Rollen spielten. Vom reformistischen Standpunkt aus, der eine schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft bezweckte, war die Errichtung einer internationalen Arbeiterorganisation jedoch ein wesentlicher Fortschritt. Denn abgesehen davon, daß in der Präambel des Teiles XIII das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung als eine der wesentlichen Vorbedingungen zur Sicherung des sozialen Friedens anerkannt war und daß die Regierungen verpflichtet waren, den Arbeitnehmervertreter ihrer Delegation und seine technischen Berater im Einvernehmen mit den repräsentativsten Arbeiterorganisationen zu bestimmen,[20]) konnte die Arbeitergruppe ihre Forderungen im Internationalen Arbeitsamt unabhängig wirklich als Forderungen der internationalen Arbeiterschaft vertreten. Während also bisher die Gewerkschaften eines einzelnen Landes nur auf die Regierung ihres Landes wirken konnten, war hier der Rahmen wesentlich erweitert und ließ Raum für einen Gegensatz der gesamten Arbeiterschaft zu den Arbeitgebern oder den Regierungen überhaupt; und die Internationale Solidarität, die seit dem Kriege sehr fragwürdig geworden war, konnte sich in der gefahrlosen Zone halbdiplomatischer Verhandlungen erneut bekräftigen. Dabei wurde die Arbeit der Gewerkschaften im I.A.A. wesentlich dadurch erleichtert, daß der erste Direktor des Amts, der im Mai 1932 verstorbene Albert Thomas, aus den Reihen der französischen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen war.

Die Mitarbeit an der internationalen Sozialgesetzgebung, die ein Ausdruck für den Wandel der gewerkschaftlichen Kampfmethoden wurde, brachte naturgemäß auch eine Verlagerung des Kampfzieles mit sich. Während bisher der Teilerfolg nur von der künftigen proletarischen Revolution her gewertet wurde, gewann er nun eine selbständige Bedeutung, und da die revolutionäre Unzugänglichkeit kein Gegengewicht mehr bot, machte jeder errungene Fortschritt das künftige Programm kleiner und die Menschen versöhnlicher. Da unmittelbar nach dem Kriege eine Reihe alter Forderungen der französischen Gewerkschaften erfüllt wurde, (z. B. der Acht-Stundentag) schien die Möglichkeit, eine sozialistische Gesellschaft durch dauernde Reformen zu errichten, sich zu bestätigen, bis schließlich im Laufe der folgenden Jahre auch die Umwandlung der Produktionsordnung zu einer bloßen propagandistischen Forderung wurde und die wirkliche Arbeit der Syndikate sich auf die einfache Sicherung oder Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft beschränkte, eine Einschränkung, die mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise besonders deutlich wurde.

Bis dahin bedurfte es jedoch noch einer Klärung innerhalb der C. G. T. selbst, durch die die revolutionäre Periode des französischen Syndikalismus — auch äußerlich sichtbar — endgültig abgeschlossen wurde. Denn wie es früher in der revolutionären C. G. T. eine reformistische Minderheit gegeben hatte, so gab es in der Nachkriegszeit im reformistisch werdenden Gewerkschaftsbund eine revolutionäre Minderheit, die, eben weil sie revolutionär war, energisch ihr Recht geltend machte und schließlich 1921 sogar versuchte, den Reformisten das Steuer aus der Hand zu reißen und die C. G. T. wieder zu einer revolutionären Organisation zu machen. Sie hatte jedoch ihre Stärke überschätzt, denn auch auf dem Kongreß von Lille, auf dem sie die Mehrzahl der Delegierten auf ihrer Seite glaubte, blieb sie eine Minderheit. Das Manöver mißglückte, und der Kongreß sprach sich in seiner Mehrheit für die Weiterführung des eingeschlagenen Kurses aus.

Aber die Opposition hatte sich zu weit hervorgewagt, um diese Niederlage einfach hinnehmen zu können und vielleicht den Versuch später zur geeigneten Zeit zu wiederholen. Deshalb versammelten sich die revolutionären Delegierten gesondert, und noch gegen Ende des gleichen Jahres wurde aus der Oppositionsgruppe

eine selbständige Organisation mit eigenen Statuten und Einrichtungen. Sie faßte alle revolutionären Elemente der französischen Gewerkschaftsbewegung zusammen: Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten. Da die Kommunisten in dieser neuen Organisation, der man den Namen Confédération Générale du Travail Unitaire (C. G. T. U.) gab, das Uebergewicht besaßen und den Einfluß der Syndikalisten alten Stils bald zurückdrängen konnten, war es nicht verwunderlich, daß die C. G. T. U. sich der roten Gewerkschaftsinternationale anschloß und entsprechend den Ideen, die Lenin über die Stellung der Gewerkschaften entwickelt hatte, bald eindeutig unter die Herrschaft der Kommunistischen Partei Frankreichs geriet.

So war seit 1921 der alte revolutionäre Syndikalismus aufgespalten in zwei Gruppen, die sich heftig bekämpften, deren jede aber nur einen Teil der syndikalistischen Gesamtaufgabe fortführte. Die C. G. T. übernahm aus der syndikalistischen Tradition vor allem die Unabhängigkeit gegenüber jeder Partei, wenn auch in weit gemildeter Form und nicht mehr mit dem Bewußtsein des Gegensatzes, sondern der Arbeitsteilung innerhalb der gemeinsamen Aufgabe. Dafür wandte sie sich immer klarer reformistischen Zielen zu.

Die revolutionäre klassenkämpferische Tradition hingegen wurde in der C. G. T. U. weiter geführt, aber sie bedeutete nicht mehr eine selbständige gewerkschaftliche Aufgabe, sondern empfing ihre Zielsetzung durch den Befehl einer politischen Partei und stellte nichts anderes dar als den verlängerten Arm dieser Partei, mit dessen Hilfe die Arbeiter unter dem Vorwand einer gewerkschaftlichen Aufgabe für politische Zwecke gewonnen werden sollen. Zwischen und in beiden Organisationen finden sich allerdings noch versprengte kleine Gruppen mit revolutionär-syndikalistischen Tendenzen. Sie genießen die Rechte der Minderheit und haben weder innerhalb noch außerhalb der Gewerkschaften einen nennenswerten Einfluß.

Mit dieser Spaltung und den heftigen Kämpfen, die ihr folgten, war die Solidarität des französischen Proletariats wiederum erschüttert und deshalb die sozialistische Arbeiterschaft selbst in ihrer Widerstandskraft gegen fremde Einflüsse geschwächt. Denn in den einmal aufgebrochenen Gegensätzen fand man keine mittlere Linie der Einigung, sondern die Interessen strebten weiter

auseinander, da jede der beiden französischen Gewerkschaftsorganisationen im festen Glauben an die Richtigkeit ihres Wegs konsequent weiterschritt. Es zeigte sich jedoch in den folgenden Jahren, daß die C. G. T. die Einbuße an Bedeutung und Mitgliederbestand, die sie durch die Abspaltung der C. G. T. U. erfahren hatte, wieder gutmachen konnte, sodaß sie wieder die repräsentativste französische Gewerkschaftsorganisation wurde. Deshalb kann auch ihre weitere Entwicklung durchaus als kennzeichnend gelten für die Wandlung, die der Sozialismus der 2. Internationale durchmacht.

Für die im Kriege beginnende und dann fortschreitende Humanisierung der Gewerkschaften ist ein Vortrag bezeichnend, den Jouhaux 1930 in einer Sitzung des Comité National d'Etudes Sociales et Politiques gehalten hat, und der einen Beitrag zum Wandel der Gesinnung der „Gewerkschaftsführer" darstellt. „Wenn man nach dem Kriege . . . begriffen hätte, sagt der Leiter der C. G. T., daß die Arbeiter auch Menschen sind, die denken, die überlegen, die Würde besitzen, so ist es wahrscheinlich, daß die Fortschritte viel schneller gemacht wären, als es geschehen ist." [21] Denn man hat die Arbeiterklasse verkannt: schon im, vor allem aber nach dem Kriege richtete sich die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen darauf, dem allgemeinen Nutzen und nicht nur dem Sonderinteresse, das sie mit dem Allgemeininteresse verflochten, zu dienen.

In diesen Aeußerungen wurde die Begrenzung des syndikalistischen Gedankens und seine innere Verflachung gewiß nur deshalb zugegeben, um die Unternehmer, deren Vertreter in der gleichen Sitzung über die Wandlung der Anschauungen der Arbeitgeber sprach, zu größeren Zugeständnissen an die Gewerkschaften zu bewegen. Gleichwohl war der Schritt von einer Ideologie, die die Herrschaft der Arbeiterklasse forderte, bis zu jener Bitte um die bloße Anerkennung der Menschenwürde des Arbeiters gleichbedeutend mit der Anerkennung der bestehenden Ordnung, innerhalb welcher der Arbeiter nicht mehr allein von seiner wirtschaftlichen Stellung aus, sondern als Mensch seine Gleichberechtigung verwirklicht sehen will. Dieses Eingeständnis bedeutete zwar noch nicht, daß etwa die ganze sozialistische Gewerkschaftsbewegung Frankreichs so dachte, und es schloß nicht aus, daß man nicht in jedem Augenblick die alten Thesen von

der Abschaffung der Lohnarbeit wieder hervorholen konnte, aber es stellte die letzte Möglichkeit jeder Konzession dar, die ein solcher „Sozialismus" überhaupt machen konnte, ohne sich selbst ganz aufzugeben. Und deshalb gewinnt die Tatsache, daß der seit zwei Jahrzehnten das Geschick der C. G. T. an erster Stelle bestimmende Sekretär öffentlich diese Möglichkeit überhaupt vertreten konnte, für den weiteren Lauf des materialistischen Sozialismus eine schwer zu überschätzende Bedeutung.

Gewiß hatte sich seit Kriegsende vieles geändert; 1930 ist vor allem das Jahr, in dem in Frankreich die wirtschaftliche Konjunktur rückläufig wird und die ersten Zeichen der Krise spürbar werden, jener Krise, die die anderen Völker schon vorher erfaßt hatte, die dennoch von den Marxisten unterschätzt und falsch ausgelegt wurde und vor deren neuen Gegebenheiten sie solange hilflos standen, bis diese Wirklichkeit ihnen fast jede Handlungsfreiheit genommen hatte. Und gewiß hatte sich auch in der Stellung der Unternehmer zu dem Arbeiter manches geändert, eine Wandlung, die Arthur Fontaine, der erste Präsident des IAA., der die Sitzung des Studienkomitees leitete, mit der Anerkennung der Gewerkschaften von Seiten der Arbeitgeber beginnen ließ, wobei es sehr wahrscheinlich ist, daß eben diese Anerkennung auch das Ihre zur Wandlung der Anschauung der Arbeiterschaft beigetragen hat.

Das alles aber reicht nicht aus, den Wandel der marxistischen Ideologie etwa von außen her zu erklären; es ist vielmehr ein tiefgreifender innerer Prozeß, der sich hier vollzieht, und wenn man jüngst sagen konnte, die Geschichte der sozialistischen Bewegung sei „die Geschichte einer Idee, die sich dauernd verwirklicht",[22] so besagt diese Formel, an den Tatsachen gemessen, daß die Geschichte dieser sozialistischen Bewegungen die dauernde Enthüllung der Schwäche ihrer „Idee" ist.

Deutlich wurde das besonders dadurch, daß auf der gleichen Sitzung Jouhaux als die eigentliche Forderung der Gewerkschaften den Abschluß von Kollektivverträgen hinstellte, und mehr noch durch die Art, in der er die Forderung begründete. Denn es ist nicht nur die wirtschaftliche Situation, die solche Kollektivverträge deshalb notwendig macht, weil in den meisten Industriezweigen die Arbeiter keinen direkten Zugang zu den Unternehmern haben, sofern sie nicht sogar unter anonymen Arbeit-

gebern schaffen. Es ist ein viel allgemeinerer Gedanke, der hier wirkt und der in der Politik in gleicher Weise seinen Ausdruck gefunden hat wie in der Wirtschaft. „Wir stellten an den Beginn jeder Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens das große Prinzip, das schon in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts sichtbar wurde und das der Krieg allen klarer und eindeutiger hatte erscheinen lassen: daß die individuellen Beziehungen zwischen Menschen und Völkern ersetzt werden müßten durch kollektive Beziehungen. Wir forderten, daß diese neuen Kollektivbeziehungen niedergelegt würden in einer neuen Verfassung der Völker. Dies geschah in der Folge im Pakt des Völkerbundes, im Teil XIII des Friedensvertrages und seiner Präambel"[23]) Dies geschah aber nicht in der Wirtschaft, in der nunmehr auch kollektive Garantien geschaffen werden müssen, um alle im Arbeitsverhältnis erfaßten Parteien zu sichern.

Es war der Trieb der Erhaltung, aber nicht der Trieb der Entwicklung, der sich in solchen Versuchen kundtat, und das so nach Formeln suchende Leben wollte äußerlich sichern, was es von innen her nicht mehr zu behaupten vermochte. Für die Arbeiterbewegung bedeutete das Suchen nach festen Normen vor ihrem Sieg, daß sie aufgehört hatte, Bewegung zu sein, und daß das Erreichte ihr wichtiger wurde als das Erstrebte. So mußte es kommen, daß man schließlich von der Organisation, aber nicht mehr vom Ziel aus wertete.

In den Jahren 1930-1933, in denen die Wirtschaftskrise Frankreich in immer weiterem Umfange ergriff, erfuhr diese Schwächung des „sozialistischen Gedankens" noch von außen her eine Beschleunigung. Hatte man in fast allen marxistischen Lagern die Zukunft des proletarischen Sozialismus von der möglichst schnellen technisch-wirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht, durch die der Kapitalismus sich selbst überschlagen sollte, so zeigte die wachsende Krise, daß der technische Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung sich trennten, und daß alsbald die fortschreitende Rationalisierung des Arbeitsprozesses zu einer Zeit, in der die wirtschaftliche Kapazität ständig geringer wurde, eine ganz andere Wirkung hatte, als die im wirtschaftlichen Aufstieg geschaffene Doktrin voraussah. Denn statt der dauernden Vergrößerung der Arbeiterklasse stellte sich jetzt das Phänomen der steigenden Arbeitslosigkeit ein und bedeutete für eine Or-

ganisation, die ihre Macht auf die im Arbeitsprozeß befindlichen Menschen stützte, eine immer drohender werdende Gefahr. Mit dem Wachsen der Arbeitslosigkeit verminderte sich die Stoßkraft der Arbeiterklasse, und in den marxistischen Organisationen schwächte der Kampf um die Existenz den Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung. Deshalb war es natürlich, daß die Gewerkschaften danach trachteten, wieder eine normale Wirtschaftslage zu schaffen, um ihre Organisationen auf dem bisherigen Stand zu halten. Zwar hatte die C. G. T. durch die Krise nicht unter einer Abnahme des Mitgliederbestandes zu leiden, die in einigen anderen Landeszentralen (Deutschland, England, Polen, Oesterreich usw.) manchmal recht empfindlich war, aber die Kampfkraft der Arbeiterschaft sank. „Es käme einer Selbsttäuschung gleich, wollte man bestreiten, daß die Krise eine moralische Schwächung der ganzen Arbeiterklasse zur Folge hatte und daß die Arbeiterschaft, ohne sich ernsthaft dagegen zu wehren, oft willkürliche Maßnahmen hinnahm, die gegen ihre Würde und gegen ihre materielle Existenz gerichtet waren.“ [24])

Der internationale Charakter der Krise mußte die international eingestellten Gewerkschaftsorganisationen geradezu zu international angelegten Lösungsversuchen herausfordern, wobei naturgemäß der Schwerpunkt der Bemühungen nicht mehr bei den einzelnen Landeszentralen, sondern bei dem Internationalen Gewerkschaftsbund selbst lag. Die eigene Entwicklung der C. G. T. wurde dadurch vorläufig zu einem homogenen Teil der internationalen Entwicklung.

Die internationalen Gewerkschaftskreise haben sich von der Wirtschaftskrise überraschen lassen. Noch auf dem Kongreß von Stockholm (1. - 11. Juli 1930) hatte Leipart in seinem Wirtschaftsreferat erklärt, der Wiederaufbau der Weltwirtschaft habe erfreuliche Fortschritte gemacht. Und schon im Oktober des gleichen Jahres mußte die vom I. G. B. und der Sozialistischen Arbeiter - Internationale nach Köln einberufene „Gemeinsame Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ feststellen, „daß die Wirtschaftskrise in fast allen Ländern mit ungeheurer Wucht wütet.“ [25]) Angesichts dieser veränderten Situation kam es darauf an, schnell Schuld und Verantwortung zu verteilen und daraus die eigene Daseinsberechtigung erneut zu erweisen. Die eine Hälfte dieser Aufgaben erledigte man mit der Erklärung,

die Krise sei entstanden „ durch das Unvermögen der Machthaber über die kapitalistische Wirtschaft, den in den Nachkriegsjahren neu aufgebauten und verbesserten Wirtschaftsapparat im Interesse der Gesamtheit zu leiten, — und durch eine Wirtschaftspolitik, die von dem fehlerhaften Grundsatz ausging, das Wohlergehen der einzelnen Länder könne unter Mißachtung der Wirtschaftslage der Nachbarländer und der Welt gesichert werden.“ [26]) Damit hatte man wieder ein Argument gegen die Unternehmer gefunden, aber man war weit davon entfernt, aus dem in neuem Licht erscheinenden Gegensatz revolutionäre Folgerungen zu ziehen. Denn weit wichtiger als dieser Gegensatz war für die Gewerkschaften die beginnende Zergliederung des von ihnen als einheitlich begriffenen europäischen Wirtschaftsraumes durch die Politik der Schutzzölle und der Kontingentierungen, die sie nicht auf ökonomische Notwendigkeiten, sondern auf Einflüsse rein politischer Art zurückführten. „Diese Politik führt nicht bloß zum wirtschaftlichen Ruin, sondern verschärft auch die Gegensätze zwischen den Völkern und bedeutet eine Gefahr für den Frieden.“ [27])

Es kam für den I. G. B. alles darauf an, den internationalen Charakter der Wirtschaftskrise und die internationalen Lösungsmöglichkeiten herauszustellen. Denn dadurch fiel ihm fast über Nacht eine Aufgabe zu, der die einzelnen Landeszentralen nicht gewachsen waren und die deshalb die internationale Gewerkschaftsorganisation, die bisher ein unverbindlicher Sammelpunkt mit bloß organisatorischen Funktionen war, in die Lage versetzte, selbständige Arbeit zu verrichten und eine von der Autorität der Landeszentralen gelöste Macht zu bekommen. Wenn es gelang, überzeugend darzutun, daß die alle Völker ergreifende Not nur durch die entschiedene Abkehr von der Methode der gegenseitigen Abschließung und durch ein Arbeitsprogramm von internationaler Geltung gebannt werden konnte, so würde obendrein das so notwendig werdende gemeinsame europäische Wirtschaftssystem auch die politischen Grenzen der alten Nationalstaaten auflockern. Mit der sich daraus ergebenden Entwertung des nationalen Gedankens wäre wiederum ein Hindernis beseitigt, das von jeher der Verwirklichung des Sozialismus entgegenstand und das jetzt drohender wurde als je. Denn „die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Be-

gleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklassen bedrohen."[28]) Es galt also, einen Plan zu finden, der der wirtschaftlichen Not und dem steigenden Nationalismus gleichermaßen Einhalt gebot, einen Plan, der — europäisch angelegt — auch das internationale Bewußtsein der Arbeiterschaft stärken mußte.

Hier kam dem I. G. B. das vom Direktor des IAA., Thomas, vorgeschlagene Programm großer öffentlicher internationaler Arbeiten zu Hilfe, dem er schon in der Vorstandssitzung vom November 1931 zustimmte, der aber natürlich auch eine internationale Finanzierung notwendig machte und deshalb auf die Zustimmung und das gegenseitige Vertrauen der Regierungen angewiesen war, also die politischen Unwägbarkeiten im wirtschaftlichen Plan mit hinnehmen mußte.

Deshalb gewann die Sicherung der politischen Voraussetzungen für das internationale Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der I. G. B. proklamierte, eine steigende Bedeutung, die noch dadurch wuchs, daß es sich nicht nur um die bloße Verwirklichung eines Arbeitsprogramms, sondern vor allem auch um die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen handelte. Länder, in denen die „nationale Leidenschaft" herrschte, boten weder den Gewerkschaften Raum zur Mitarbeit, noch sicherten sie die europäische Ruhe, da sie die Freiheiten einschränkten und eher die Macht des Willens, als das Recht der Situation gelten ließen. Gegenüber solchen Kräften der Unruhe mußten die Gewerkschaften sich immer mehr zu den Formen politischen Lebens bekennen, die ihnen zugleich den sicheren Bestand ihrer Organisation wie auch die Möglichkeit einer weiten internationalen Zusammenarbeit der Staaten im Sinne der Völkerbundsideologie garantierten.

Aus diesem Grunde hing alles davon ab, daß es gelang, „alle Kräfte zur Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren durch die internationale Abrüstung, — — durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie immer auftreten mag, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlage jeder sozialen und freiheitlichen Politik ist."[29]) So hatten die Gewerkschaften den weiten Weg von der revolutionären Klassenkampfidee, die keinen Kompromiß mit irgendeiner der bestehenden Formen zuließ, bis zur Anerkennung der Demokratie als einer Voraussetzung der sicheren gewerkschaftlichen

Arbeit durchlaufen. Sie trafen sich hier mit den politischen Organisationen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die von anderem Ausgangspunkt und unter anderen Bedingungen zum gleichen Schluß gekommen war.

In dem Augenblick, in dem mit der Sicherung der Demokratie und darüber hinaus mit der Aufstellung und Propagierung eines großen europäischem Arbeitsbeschaffungsprogramms der Internationale Gewerkschaftsbund seine erste große internationale Aufgabe bekommen hatte, erfolgte der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland.

Der Faschismus hat dem Marxismus einen ersten Stoß versetzt. Der Sieg des Nationalsozialismus hingegen hat die Doktrin des internationalen Sozialismus selbst widerlegt. Italien war vor dem Marsch auf Rom ein industriell wenig entwickeltes Land, es bot daher auch nur ungenügende Voraussetzungen für ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein der Arbeiterklasse und für einen Umsturz der Gesellschafts- und Produktionsordnung im Sinne des Marxismus. Deshalb war die Möglichkeit gegeben, den Faschismus als eine Spezialform des Kapitalismus zu erklären und durch ihn all das sich erfüllen zu sehen, was der eigentliche Kapitalismus nicht erreicht hatte: die Industrialisierung Italiens, die im Laufe ihres Wachstums das proletarische Klassenbewußtsein fördern und zur Beschleunigung der Entwicklung des marxistischen Gedankens beitragen würde.

In Deutschland hingegen waren alle Bedingungen für die Verwirklichung des materialistischen „Sozialismus" erfüllt. Hier waren in einem hochindustrialisierten Lande machtvolle Arbeiterorganisationen entstanden, die in das Geschick ihres Landes eingriffen und auf dem internationalen Boden die erste Rolle spielten. Zwar stellten die deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege nicht mehr offiziell die Leitung des I. G. B., da die Freundschaft der politischen Entente sich bis in die internationalen Gewerkschaftskreise hinein fortgesetzt hatte und man aus diesem Grunde einem Engländer als Präsidenten mehr vertraute als einem Deutschen. Aber bis zum Jahre 1931 war der Generalsekretär des I. G. B. ein Deutscher (Sassenbach), und auf dem Kongreß von Stockholm, 1930, hatten die deutschen Vertreter es erreicht, daß der Sitz des I. G. B. von Amsterdam nach Berlin verlegt wurde. Weiter lag dem deutschen Vizepräsidenten des I. G. B., Leipart,

auf den internationalen Tagungen die Berichterstattung über die für die Gewerkschaften bedeutsamste Frage der wirtschaftlichen Entwicklung ob.

Aber auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Organisation hatte innerhalb des I. G. B. unbestritten die Führung. Er stellte mit fast 5 Millionen Mitgliedern im Jahre 1932 ein Drittel des gesamten Mitgliederbestandes, — eine von der marxistischen Doktrin aus nicht zu unterschätzende Tatsache, — und brachte dementsprechend über ein Drittel der einlaufenden Beiträge auf. So kam es, daß diese mit deutscher Organisationskunst errichteten Gewerkschaften, die wegen ihrer Zentralisierung ganz andere Möglichkeiten des Einsatzes besaßen als etwa die französischen, nach dem Urteil des Generalsekretärs des I. G. B., Schevenels,[30] den anderen Ländern als Vorbild hingestellt werden konnten. Nur ein Beispiel dafür: als es galt, die gewerkschaftliche Propaganda und Schulungsarbeit in den spanisch sprechenden Ländern zu fördern, wurde zu Beginn eine Schrift über die deutschen Gewerkschaften[31] ins Spanische übersetzt, um so das Ansehen dieser Organisationen für die anderen Länder unmittelbar nutzbar zu machen.

Mußte nicht aus dieser Geltung auch ein hohes Vertrauen auf die Stoßkraft der deutschen Arbeiterklasse entstehen? Die organisatorischen Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung in Deutschland waren somit weit mehr als in anderen Ländern gegeben, gleichgültig, ob diese Neuformung durch eine Revolution oder durch eine Summe von Reformen ermöglicht werden sollte. Entsprachen ihnen aber auch die Situation und die innere Bereitschaft im Volk, jene beiden anderen Forderungen, die die sozialistischen Theoretiker für den Sieg der Arbeiterklasse erhoben hatten?

Die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung, durch die die Gegensätze der Klassen sich verschärfen sollten, hatte in keinem anderen Lande so weit um sich gegriffen wie in dem durch den Vertrag von Versailles ruinierten Deutschland. Sie hatte keineswegs bei der eigentlichen Arbeiterschaft Halt gemacht, sondern hatte im gleichen Maße den kleineren Mittelstand ergriffen und seine Lebensbedingungen so geändert, daß sie denen der Arbeiterschaft entsprachen und also das gleiche Klassenbewußtsein hätten erzeugen müssen. Dazu kam, daß überall in allen Schichten

die Meinung rege war, daß es sich bei dem herrschenden Wirtschaftssystem um eine Endform des Kapitalismus handele und daß nur eine neue Wirtschaftsordnung und mit ihr eine tiefgreifende Wandlung der Wirtschaftsmethoden imstande sei, die Not zu wenden. Ohne notwendig die Form eines revolutionären Bewußtseins annehmen zu müssen, konnte diese Stimmung der Bevölkerung allein genügen, um die reformistischen Marxisten wie die revolutionären von ihrer Chance zu überzeugen.

Aber die Revolution, die kam und in der das Volk seine Ueberzeugung bestätigt fand, führte zum Zusammenbruch aller in Deutschland bestehenden Arbeiterorganisationen und vollzog sich gegen alle Voraussagen und gegen alle Ideen des internationalen Sozialismus. Auch der I. G. B. wurde in ihrem Verlauf vor eine neue Situation gestellt, und er reagierte darauf in einer Weise, die für die Brüchigkeit des von ihm repräsentierten sozialistischen Gedankens kennzeichnend und für seine Zukunft von Bedeutung ist. —

Schon unmittelbar nach dem Umsturz in Deutschland war es klar, daß die deutschen Gewerkschaften, über deren Schicksal noch nichts entschieden war, doch auf die Dauer nicht in der alten Weise in der sozialistischen Gewerkschaftsinternationale mitarbeiten konnten. Nach den Ereignissen am 2. Mai 1933, die die gewerkschaftliche Freiheit für Deutschland aufhoben, war der I. G. B. dann tatsächlich seiner wichtigsten und tatkräftigsten Landeszentrale beraubt, ein Schlag, dessen Rückwirkung auf das System des internationalen Sozialismus noch nicht abzusehen war.

Schon im April hatte der Generalsekretär des I. G. B. feststellen müssen, daß „Deutschland das erste große indutrielle Land ist, das der Faschismus erobert hat, und zugleich ein Land, das eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besitzt, die Jahrzehnte lang als Muster gedient hat.“ [32]) Und damals schon wurde beschlossen, den Sitz des I. G. B. von Berlin nach Paris zu verlegen, da die weitere Arbeit in Berlin nicht mehr gesichert schien.

Jetzt aber ergab sich durch das Verschwinden der deutschen freien Gewerkschaften, daß schon rein räumlich die Arbeit des I. G. B. unendlich begrenzt wurde. Denn da schon zuvor in Italien die Freiheit der Gewerkschaften beseitigt war, wurde durch das Ausfallen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine

Sperre errichtet, die Europa für den I. G. B. fortan in zwei Hälften teilte: eine westlich-nördliche, in der die Gewerkschaftstätigkeit alten Stils gewährleistet war, und eine östliche, die den baltischen, polnischen und südosteuropäischen Raum umfaßte, in der die Gewerkschaften bedeutungslos und ständig bedroht waren. Die dazwischen liegende Sperre, die durch Deutschland und Italien aufgerichtet war, wurde außer von der Tschechoslowakei nur noch von Oesterreich durchbrochen, dessen „Bund der freien Gewerkschaften mit 582 687 Mitgliedern fast so stark war wie die französische C. G. T. (592 778)[35], also innerhalb der geringen Bevölkerung ein viel stärkeres Gewicht besaß. Heute, da die räumliche Eingrenzung des I. G. B. viel weiter fortgeschritten ist, ist die gewerkschaftliche Tätigkeit fast nur noch im Westen und Norden Europas möglich, was für die innere Entwicklung der Gewerkschaften so wichtig ist wie für das Gesicht des Westens selbst.

Begleitet wurde diese Einschränkung von dem Ausfall eines Drittels der einlaufenden Beiträge, der noch dazu von Umständen verursacht wurde, die keineswegs eine Beschränkung der Tätigkeit zuließen, sondern eher eine gesteigerte Aktivität forderten, um die Verluste wenigstens in den anderen Ländern wieder gut zu machen und ähnliche Katastrophen zu vermeiden. Die sich daraus ergebenden finanziellen Schwierigkeiten wurden noch vermehrt, als der Flüchtlingsstrom aus Deutschland stärker wurde und die Unterstützung der Emigranten die Kassen noch mehr als bisher beanspruchte.

Eine durch die Tatsachen erschütterte Doktrin, eine räumliche Eingrenzung des Tätigkeitsfeldes und innere organisatorisch-finanzielle Schwierigkeiten: dies waren die unmittelbaren Folgen, die das Verschwinden des A. D. G. B. für den I. G. B. mit sich brachte, der seinerseits darauf mit einer fast wissenschaftlichen Exaktheit reagierte.

Es ist erstaunlich, welche Zeit und welche Ueberwindung von Hemmungen die internationale Gewerkschaftsorganisation brauchte, um auf die tief in ihre Existenz eingreifenden Vorgänge mit einer Tat zu antworten, die nach so großem Zeitverlust nicht die Wirkung hatte, die man erwartete.

Zunächst begann man das überraschende Phänomen des nationalsozialistischen Sieges zu „analysieren", nach Ursachen und eige-

nen Fehlern zu forschen, um deutend und lernend die zukünftige Aufgabe nach den neuen Gegebenheiten zu bestimmen. Inzwischen erwartete man geduldig, daß das noch unverstandene neue System von selbst zusammenbrechen würde, und schloß sich den Hoffnungen all jener an, die täglich in Presse und Wort den nahen Sturz der nationalsozialistischen Regierung verkündeten.

Diese Haltung entsprach der Erwartung, die deutschen Marxisten seien selbst noch stark genug, um das herrschende Regime zu beseitigen. Erst als diese Hoffnung sich als aussichtslos erwies, versuchte der I. G. B., die Initiative eines Kampfes gegen das neue Deutschland zu ergreifen und tat dies in einer Reihe von Protestaufrufen, die zwar von Entrüstung und Beteuerungen der internationalen Solidarität überströmten, sachlich jedoch nicht den geringsten Wert besaßen.

Erst ein halbes Jahr nach dem deutschen Umsturz, im August 1933, griff man zur wirtschaftlichen Boykottierung Deutschlands, ein Entschluß, der zwar die Situation des Reiches erschwerte, an der Form der Herrschaft aber nichts mehr ändern konnte.

Trägheit im Entschluß und zögernder Widerstand gegen Kräfte, deren Weitergreifen zur Vernichtung gewerkschaftlichen Zusammenhalts führen mußte, waren die Reaktionsformen einer Organisation, in der als tätigster Bestandteil sich die Erbin des alten französischen Syndikalismus befand, für den die Aktion alles war.

Die Versuche, die von gewerkschaftlicher Seite unternommen wurden, um die deutschen Geschehnisse in ihren Ursachen zu verstehen und ihre Tragweite zu ermessen, konnten von vornherein nur einen kleinen Teil der wirklichen Gründe fassen und mußten auch diese ohne tieferen Zusammenhang falsch deuten. Denn es ist von dieser Seite nie angezweifelt worden, daß der Grund aller Vorgänge in einer bloß wirtschaftlichen Veränderung und in wirtschaftlichen Interessen zu suchen sei, die sich in der Vielfalt politischen Lebens spiegeln, ohne in ihr aufzugehen. Hätte man bei den Deutungsversuchen dieses Vorurteil, das für die Marxisten eine gewisse Voraussetzung ist, fallen lassen, so wäre das gleichbedeutend gewesen mit der Aufgabe der eigenen Existenz, die ganz und gar auf die Ueberlegenheit des wirtschaftlichen Lebens gegründet war. Anders gesprochen: Die Widerlegung des internationalen Sozialismus, die der Nationalsozialismus in Wirklichkeit darstellt,

wäre von den Sozialisten auch als solche empfunden worden und hätte dann weder Kritik noch Kampf ermöglicht, sondern allein noch das Streichen der Segel verlangt. So aber ging das Vorurteil einer achtzigjährigen Tradition, gemischt mit den unzähligen organisatorischen und persönlichen Interessen, die innerhalb der marxistischen Arbeiterbewegung spielen, in die Erklärung eines Geschehens ein, dessen vornehmste Leistung darin besteht, mit diesen Vorurteilen gebrochen zu haben.

Dieser Beurteilung des Nationalsozialismus vom ökonomischen Gesichtspunkt aus entspricht in ideologischer Beziehung seine Gleichsetzung mit dem Faschismus. Das Bedürfnis, die nationalen Bewegungen der einzelnen Länder nicht in ihrer Verschiedenheit und inneren Mannigfaltigkeit zu verstehen, sondern sie als eine einheitliche Reaktionsform zu betrachten, die den Instinkten und Interessen einer Klasse entstammt, hat diese Gleichstellung herbeigeführt. „Der Faschismus stellt die letzte Reaktion eines Kapitalismus dar, der in seiner Existenz bedroht ist und der sich nur noch dadurch aufrecht erhalten kann, daß er die Organisationen der Arbeiterschaft zerschlägt.“ [34]) Es wurde mit allen nur möglichen gedanklichen Sprüngen versucht, in den neuen politischen Bewegungen den alten Gegner zu erkennen, den man mit den alten Waffen bekämpfen konnte.

Dieses Bemühen kam noch deutlich zum Ausdruck in der Begrüssungsansprache, die der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Vandervelde, auf dem Kongreß des I. G. B. 1933 in Brüssel hielt und in der er angesichts der deutschen Ereignisse aufforderte: „Dieser Kongreß muß zeigen, daß wir internationaler eingestellt sind als je. Es gibt gegen den internationalen Kapitalismus nur einen Kampf, jenen, der auf internationalem Boden geführt wird.“ [35])

Zu erklären ist dieses Bestreben der Vereinfachung nur daraus, daß die sozialistischen Arbeiterorganisationen sich von jeher nur im Gegensatz begriffen haben und daß das Verschwinden oder der grundsätzliche Wandel des Gegners auch ihnen die Daseinsberechtigung rauben muß. Deshalb mußte notwendig jede neue Form des Sozialismus geleugnet werden, und die sozialistischen Parolen des jungen Nationalismus wurden als Fallen betrachtet, mit denen man die Arbeiterschaft einfangen wollte, um sie dann allmählich in ein sozialreaktionäres Fahrwasser zu leiten. „Die

Faschisten vermochten ihre Anhänger nur zu gewinnen, indem sie sich als Sozialisten ausgaben.“ [36]) Und die von den Marxisten als kennzeichnend für diesen Faschismus angesehene Staatsform der Diktatur hat für sie keine andere Aufgabe, als in offenbleibenden Widersprüchen und mit haltlosen Versprechen dem gefährdeten Kapitalismus erneut die Massen dienstbar zu machen. „Den Besitzenden wie den Massen, die nichts besitzen, bietet sich der Diktator als Heiland dar. Den einen verspricht er die Ordnung, den anderen die soziale Gerechtigkeit, und seine antikapitalistischen Beteuerungen scheinen ein Unterpfand seiner Aufrichtigkeit zu sein.“ [36]) Er macht sich damit zum Werkzeug eines in den Methoden sehr geschmeidigen, im Prinzip aber unbeirrten Kapitalismus, dessen Taktik darin besteht, den ihm gefährlichen Gegner der proletarischen Arbeiterbewegung zu ersetzen durch einen von ihm selbst geschaffenen Gegner, der sich die sozialistische Sehnsucht der Massen zu nutze macht, um sie im gegebenen Augenblick an den Kapitalismus zu verraten. Dies und nichts anderes ist für die Gewerkschaften der Hintergrund des Nationalismus der Nachkriegszeit in allen Ländern, der gewiß nationale Schattierungen bekommen kann, die der wirtschaftlichen Situation des Landes entsprechen, über dessen internationalen Charakter sie jedoch keinen Zweifel zulassen.

Unklar bleibt bei dieser Erklärung, deren man sich schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme bediente, nur die Frage, wie dieser „Faschismus“, den man der Maske seiner Feindschaft zum Kapitalismus so schnell berauben konnte, dennoch eine so große Macht über die Massen auszuüben vermochte, und wie seine — nach Meinung der Marxisten — so durchsichtigen sozialistischen Phrasen sich als stärker erweisen konnten als der seit Jahrzehnten um seine Anerkennung ringende „Sozialismus“ der Internationale. Es ist eine Frage, von deren Beantwortung für die künftige Taktik der Marxisten sehr viel abhängen mußte, und die tief in die Doktrin ihres Sozialismus selbst eingriff.

Wichtig ist vorerst noch, daß die Gewerkschaften eines einzigen Landes Unterschiede zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus gesehen haben. Der „Schweizerische Gewerkschaftsbund“, der naturgemäß die Entwicklung beider Bewegungen genauer verfolgen konnte, da beide ihren Einfluß bis in die Schweiz hinein geltend machen konnten,

hat diese Unterscheidung vollzogen, die weniger das Wesen als die Art des Auftretens dieser Bewegungen und die Umstände, die sie vorfanden, betrifft.[37]) Nach der Meinung der schweizerischen Gewerkschaften sind Unterschiede in vier Punkten festzustellen:

1. Italien war bei der faschistischen Machtübernahme ein Land, daß durch einen glücklichen Zufall zu den Siegerstaaten des Weltkriegs gehörte, während Deutschland trotz militärischer Siege unterlegen war.
2. Die Italiener waren vor dem Marsch auf Rom ein Volk, das sich nach der Ordnung sehnte und dem der Faschismus die fehlende Organisation gebracht hat. Deutschland hingegen ist ein Land, das so organisiert ist wie kein zweites der Erde und dem der Nationalsozialismus auf diesem Gebiet nichts Neues bringen kann.
3. Italien mußte sich erst industrialisieren und der wirtschaftlichen Rationalisierung anpassen. Der Faschismus, der sich an die Spitze dieser Entwicklung stellte, hat so sein Schicksal mit den wirtschaftlichen Fortschritten verkettet. Deutschland aber ist überindustrialisiert, und die Nationalsozialisten bilden eine Regierung, die den im Todeskampf liegenden Mittelständlern, Handwerkern und Bauern die Wiederherstellung einer vergangenen Zeit verspricht, die also nicht den Fortschritt, sondern den Rückschritt des Volkes will.
4. In Italien war vor dem Aufkommen des Faschismus die Arbeiterklasse schwach organisiert und besaß wenig Rechte. „Objektiv betrachtet, scheint es, daß das neue Regime ihr einen Aufstieg ermöglicht hat."[38]) In Deutschland dagegen stehen auf der Tagesordnung Abschaffung der Sozialversicherung, Verringerung der sozialen Funktionen des Staates, Unterdrückung aller Rechte der Arbeiterklasse, so daß der totale Staat entgegen allen Versprechungen ein Hort der Sozialreaktion wird.

Aus diesen vier Unterschieden wurde die Folgerung gezogen, daß der Nationalsozialismus dem Faschismus wohl äußere Formen entlehnen könne. „Aber in den wichtigen Fragen der Außen- und Innenpolitik ist der deutsche Nationalsozialismus auf sich selbst angewiesen; hier muß er seinen eigenen Weg suchen und wird nicht dem Beispiel der Faschisten folgen können."[39])

Sieht man davon ab, daß manche der in dieser Unterscheidung enthaltenen Urteile über die Möglichkeiten der deutschen Regierung (z. B. über die Organisationsfähigkeit des Volkes) sich sehr bald als irrig erwiesen und daß der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit seinem Versuch einer Unterscheidung zwischen Nationalsozialismus und faschistischer Diktatur ziemlich allein geblieben ist, so ergibt sich dennoch, daß man sich mit dem Faschismus viel besser abgefunden hat und daß man ihn für ungefährlicher hielt als die nationalsozialistische deutsche Regierung, eine Auffassung, die bestätigt wurde durch die verschiedenartige Haltung, die auch der I. G. B. beiden Bewegungen gegenüber gezeigt hat, als er sich nach der faschistischen Machtübernahme mit einem einfachen Aufruf gegen den Faschismus begnügte.“ [40]) Gerechtfertigt mochte die bessere Behandlung des Faschismus vom Standpunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus dadurch werden, daß die innere Entwicklung des Faschismus viel langsamer vor sich ging und daß die Umwandlung der italienischen Gewerkschaften in einer Art erfolgte, die der Internationale zunächst noch einige Hoffnungen ließ.

Auch das Urteil des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über den Nationalsozialismus war bestimmt von jener Ideologie der ökonomischen Entwicklung, durch die nicht die innere Kraft einer Bewegung, sondern nur eine Reihe äußerer Faktoren, die ihren Aufstieg begünstigten, sichtbar werden konnte. In der gleichen Weise richtete sich die Aufmerksamkeit der anderen Marxisten nicht auf die Eigenart des seelischen Vorgangs im Volk, aus dem der Nationalsozialismus wuchs, sondern auf die Umwelt, die ihn möglich machte. Denn dadurch, daß man den Nationalsozialismus als ein wirtschaftlich-soziologisches Phänomen nahm, zog man ihn auf die Ebene hinab, auf der man sich selbst befand, und konnte sich folglich mit ihm mit den alten Argumenten auseinandersetzen. Obendrein erhielt man sich so die Möglichkeit, die eigenen Fehler, die man angesichts des Sieges des Gegners wohl zugeben mußte, aus mangelhafter Beobachtung und überholten taktischen Plänen, nicht aber aus der Fehlanlage des gesamten Systems zu erklären. Man konnte sich also sehr wohl eingestehen, daß im Bereich der Wirtschaft neue Faktoren aufgetaucht seien, nicht aber, daß diese Faktoren außerhalb des ökonomischen Vorgangs in einer dem materialistischen Sozialismus notwendig nicht zugänglichen Sphäre wirkten.

Da durch den nationalsozialistischen Sieg in Deutschland nicht nur die Arbeiterorganisationen, sondern darüber hinaus die ihr Bestehen gewährleistende Staatsform beseitigt wurde, entstand für die Marxisten noch vor der Frage nach den inneren Bedingungen des Nationalsozialismus die weit allgemeinere nach den Gründen der Schwäche der deutschen Republik. Denn hätte die Republik im Lande über eine gefestigte Autorität verfügt, so wäre sie imstande gewesen, ihre Gegner niederzuhalten, und alle Arten nationalistischer Leidenschaft wären über einen kleinen Rahmen nicht hinausgekommen.

Um diesen Mangel an Autorität zu verstehen, ging man zurück bis auf die Umstände, unter denen die Republik zustande kam, und fand hier gleich zu Beginn die enge Verknüpfung ihres Schicksals mit dem Versailler Vertrag. Die Einbuße an Gütern und Ehre, die dem deutschen Volk durch diesen Vertrag auferlegt wurde, war die erste Belastung, die die neue Republik erfuhr. Sie war zurückzuführen auf einen schweren psychologischen Fehler, den die alliierten Mächte begingen, als sie Deutschland gegenüber die härteste Unnachgiebigkeit zeigten, statt alles daran zu setzen, die friedliche Entwicklung der jungen Republik zu fördern. „Sie legten es nicht auf die Bekräftigung eines Friedenswillens beim deutschen Volk an, sondern auf den politischen und wirtschaftlichen Druck.“ [41]) Die beschämenden Friedensbedingungen und die ungeheuren Lasten der Reparationen, deren Erfüllung sich die Republik zur Aufgabe gemacht hatte, mußten von vornherein der nationalistischen Opposition den Trumpf der Wahrung deutscher Interessen in die Hand spielen, während die Republik mit dem moralischen Defekt an die Arbeit ging, nur die grausamen Forderungen des Feindes verwirklichen zu wollen. Dieses Argumentes bedienten sich auch die britischen Gewerkschaften: „Die erdrückende Last der Reparationen, die Abtretung von Gebieten, der Verlust der Kolonien, die immer gegenwärtige Mahnung des polnischen Korridors und die Truppenbesetzung, die in Deutschland so lange dauerte, (aufgehoben 1929 durch die Initiative der britischen Arbeiterbewegung,) all das entflammte das Gefühl und verstärkte den Geist des Nationalismus.“ [42])

Auf diesem Boden war — so erklärten die Marxisten — das Emporwachsen extremer Doktrinen möglich, die das versprachen, was die Republik nicht hergeben konnte: die Befreiung des Volkes

von der Vormundschaft der anderen Mächte. Natürlich konnte man der Republik nicht zum Vorwurf machen, daß sie sich die erwachende nationale Leidenschaft nicht dienstbar gemacht habe, sondern konnte nur erklären, wie es kam, daß „für viele die Zuflucht zur Diktatur irgendeiner Art die einzige Hilfe zu sein schien“ [43]) und daß schließlich „besonders ein Teil der deutschen Jugend für die Ideen der Hitler-Bewegung begeistert war.“ [43]) Der Vorwurf, den man vom Standpunkt des internationalen Sozialismus aus erheben konnte, traf zunächst die Feindmächte, weil sie durch die entehrenden Friedensbedingungen das Aufkommen des Nationalismus, der sich aus Opposition zur demokratischen Republik im Streben nach der Diktatur äußerte, begünstigt hatten. Nur ein Vorwurf kann nach Meinung der Marxisten die Republik treffen: sie hat es nicht verstanden, gegenüber dieser Opposition ihre Autorität auf anderen Gebieten zu stärken und ihren Gegnern die nötige Energie entgegenzusetzen. „Es fehlte ihr an Mut, an Stolz, an Entschiedenheit; weder wußte sie ihren Anhängern Liebe und Begeisterung einzuflößen, noch ihren Gegnern Respekt und Furcht; sie wußte sich nicht zu verteidigen und ihre Feinde unschädlich zu machen; sie hat vielmehr selbst diejenigen bewaffnet und bezahlt, die gegen sie konspirierten. Sie war schwach.“ [44])

Doch hätten diese teils äußeren, teils psychologischen Bedingungen noch nicht den Sturz der Republik herbeigeführt, wenn nicht der Friedensvertrag noch in anderer Art Gegensätze im Volk verschärft hätte. Denn nach Ansicht der Gewerkschaften mußten die Reparationslasten getragen werden von den unteren Schichten des Volks, nicht aber von den Kapitalisten, die man für die eigentlich Schuldigen am Kriege hielt. Mit dieser Belastung der unteren Schichten habe der Vertrag von Versailles direkt in die viel entscheidendere und tiefere Wandlung der sozialen Struktur des Volkes eingegriffen, die mit dem Steigen der Wirtschaftskrise zum wirklichen Grund des Wachsens und des Sieges der nationalsozialistischen Bewegung geworden sei.

Der internationale Sozialismus hatte seine Zukunft und seine Entwicklung abhängig gemacht von gewissen sozialen Umschichtungen. Schon 1931 erkannte H. de Man, dessen Person in der neuesten Phase der Politik der 2. Internationale eine maßgebende Rolle spielte, daß diese Umschichtungen und wirtschaftlichen

Strukturveränderungen, die ein Jahrhundert hindurch den Arbeiterorganisationen stets wachsende Massen zugeführt hatten, sich nunmehr gegen den Marxismus wandten und seinen Gegnern zugute kamen."[45]) Er erklärte sich diese Erscheinung auf folgende Weise: Wohl hat sich nun die Prognose der fortschreitenden Betriebs- und Kapitalskonzentration, die Karl Marx der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt hatte, erfüllt und die zunehmende Proletarisierung des Mittelstandes und der landwirtschaftlichen Produzenten, sowie fortschreitende Ueberproduktionskrisen im Gefolge der wachsenden Produktionsfähigkeit mit sich gebracht. Aber sie hat zugleich zwei neue Erscheinungen hervorgerufen, die Karl Marx noch nicht sehen konnte, die jedoch von so großer Bedeutung sind, daß von ihrer richtigen Wertung das Schicksal der alten Arbeiterbewegungen abhängt.

Marx und all jene, die vor 80 Jahren die proletarische Doktrin geschaffen haben, konnten zur Zeit des noch wenig entwickelten Kapitalismus einen Gleichklang in der wirtschaftlichen Entwicklung, der technischen Vervollkommnung und dem Anwachsen der Arbeitermassen sehen. Aber die Periode der Industrialisierung, in der der Handwerker durch den Arbeiter ersetzt wurde, machte einer Periode der Automatisierung Platz, in der der Arbeiter mehr und mehr überflüssig wurde, ohne daß die grundlegenden Voraussetzungen, unter denen die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterschaft möglich werden sollte, gegeben waren: das unaufhörliche Anwachsen der Arbeitermassen und die fortschreitende Vereinheitlichung ihrer Interessen. Vielmehr trat gerade das Gegenteil ein, und das Neue dieser Periode der Automatisierung bestand darin, daß die Zahl der Arbeiter sich verringerte zugunsten der Zahl der Angestellten und der Arbeitslosen. „Die Sozialstatistik aller Länder, in denen der Hochkapitalismus herrscht, widerlegt die Hypothese, nach der die Klasse der Industriearbeiter durch die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus dazu bestimmt wäre, eine Mehrheit zu bilden."[46]) Vielmehr zeigte es sich, daß diese Klasse aufgerieben wurde und das gemeinsame Interesse, das bewußt werden sollte, so große Aufspaltungen erfuhr, daß die neuen sichtbar gewordenen Gegensätze größer wurden als die, die früher Handwerker und Arbeiter des gleichen Berufszweiges voneinander trennten. Der völlige Umbruch der sozialen Struktur, der dadurch bewirkt wurde,

äußerte sich vom Standpunkt des Proletariats aus nach oben hin als Bildung eines neuen Mittelstandes und nach unten hin als das Auftreten eines fünften Standes der Arbeitslosen. Beide Erscheinungen haben auf ihre Weise zum Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung beigetragen.

Der neue Mittelstand, dessen Existenz der kapitalistischen Entwicklung selbst zuzuschreiben ist, unterscheidet sich wesentlich von den alten Mittelklassen, von deren Proletarisierung die Sozialisten früher die Verstärkung der Arbeiterbewegung erhofft hatten. Denn diese verfügten zum größten Teil über ihre Arbeitsmittel und lebten in sozialer Unabhängigkeit als kleine Handwerker oder Krämer am Rande der kapitalistischen Wirtschaft, selbst noch einem vorkapitalistischen Wirtschaftssystem angehörig. Dieses alte Kleinbürgertum sah sich bedroht durch die Herrschaft der freien Konkurrenz, durch die ihre korporativen Sicherungen aufgehoben wurden; es erstrebte also gegen den Kapitalismus die Aufrechterhaltung bzw. die Wiederherstellung einer älteren Wirtschaftsordnung, der es seine Existenz verdankte, und sein Antikapitalismus war folglich reaktionär.

Im Gegensatz dazu verfügten die Angehörigen des neuen Mittelstandes nicht über ihre Arbeitsmittel, und ihre Existenz ist abhängig vom Kapital anderer. Denn dieser Mittelstand wird gebildet von den kleinen Angestellten, denen die Aufgaben zugewiesen sind, die zwischen denen der Kapitalisten und denen der Arbeiterschaft liegen.

Die Automatisierung der Betriebe hatte ja eine Fülle von Funktionen geschaffen die nicht mehr in der Fabrik, sondern im Büro verrichtet wurden. „Man legt den Finger auf die technischen Ursachen dieser Entwicklung, wenn man bedenkt, was die Rationalisierung bedeutet, die die Automatisierung begleitet: sie ist die größtmögliche Uebertragung der Funktionen des Arbeiters einerseits auf die Maschine und andererseits auf eine geistige Leitung, die draußen, in den Büros, ausgeübt wird.“ [47]) Die Unzahl der technischen und kaufmännischen Angestellten, Verkäufer, Agenten usw., die außerhalb des Industrieproletariats entstand, hat zwar den Mittelstand vergrößert, aber die Interessen dieser neuen Schicht sind anders gelagert.

Zum Mittelstand gehören alle diese Angestellten, weil sie Funktionen ausüben, die zwischen denen der industriellen Arbeiter-

schaft und denen der Kapitalisten liegen, aber sie besitzen keineswegs die soziale Unabhängigkeit, die den alten Mittelstand kennzeichnet. Denn wenn sie auch nicht im eigentlichen Sinn des Wortes Lohnarbeiter sind, so beziehen sie doch Gehälter oder leben von Profiten, die sie im allgemeinen nur mit Hilfe eines Kapitals machen können, das ihnen nicht gehört.

Von dieser Stellung aus wird auch ihre Haltung gegenüber dem Kapitalismus verständlich, der inzwischen aus der Periode der freien Konkurrenz in die der Monopole eingetreten ist, eine Haltung, die ebenso antikapitalistisch ist wie die des alten Mittelstandes, die jedoch nicht von dem Bedürfnis der Sicherung ständischer Monopole gegenüber der freien Konkurrenz, sondern im Gegenteil von dem Streben nach Freiheit gegenüber der Herrschaft der kapitalistischen Monopole bestimmt wird.

Der Monopolkapitalismus bildet nunmehr sowohl eine Bedrohung des alten Mittelstandes, den er weiter zerreibt, wie des neuen, den er in seiner Abhängigkeit hält.

Auf diese Weise gewinnt die marxistische Hoffnung auf die „Proletarisierung des Mittelstandes" einen anderen Sinn; denn diese Proletarisierung besteht nicht mehr darin, daß eine immer größer werdende Zahl von Menschen aus dem Mittelstand in das Proletariat hinüber gleitet, wie es in der alten marxistischen Konzeption vorausgesagt war, sondern an die Stelle der individuellen Proletarisierung ist eine kollektive getreten, die sich in der Situation des Mittelstandes als Gesamtheit auswirkt. Ob es sich um Geschäftsleute handelt, die zu Filialleitern wurden, oder um Techniker, die an irgendeiner unteren Stelle einer Aktiengesellschaft ihren Dienst verrichten müssen, überall zeigt sich die gleiche Tatsache, daß die Angehörigen dieses Mittelstandes nicht mehr über ihre Arbeitsmittel verfügen, sondern bestenfalls fremdes Gut verwalten. Daß sie sich also, abgesehen von geringfügigen Variationen, gegenüber dem Kapitalismus in der gleichen Lage befinden wie die Arbeiterschaft. Es handelt sich um die Proletarisierung einer ganzen Klasse und nicht nur einzelner Personen.

Aber gerade dadurch, daß jetzt die Interessen des Mittelstandes als Klasse sich mit denen der Arbeiterklasse decken, tritt eine Wendung ein, die die alte Konzeption des Proletariats hinfällig macht. Denn dieser „proletarisierte" Mittelstand gibt sich als

Klasse nicht auf. Selbst in dem Augenblick, in dem wirkliche soziale Unterschiede zwischen ihm und der Arbeiterschaft kaum noch bestehen, fühlt er sich noch nicht als Proletariat, sondern will die Trennung, die so lange bestand, aufrecht erhalten.

Dieses ist die neue Erkenntnis, die die materialistischen Sozialisten gewinnen: „daß der Zusammenhalt der Klassen auf etwas ganz anderem beruht als auf der Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen. Was die Klassen gegeneinander stellt, ist nicht nur die Feindschaft der Interessen; sondern es sind auch Gefühle der Ueberlegenheit oder Unterlegenheit, Bedürfnisse nach Geltung, Rang und Achtung.“ [48]) Auch der ärmste Angestellte und der verschuldetste Händler betrachtet sich als Angehöriger einer Klasse, die dem Proletariat überlegen ist.

Die alte marxistische Prognose, nach der die wirtschaftliche Proletarisierung notwendig auch zu einem Fortschritt des proletarischen Klassenbewußtseins führen sollte, erweist sich also als irrig, und mit dem Phänomen dieses von ihm so genannten „Stehkragenproletariats“ taucht für den Sozialismus ein entscheidendes neues Phänomen auf, das Marx noch nicht voraussehen konnte und das allein schon, wenn man es in dieser Form anerkennt, das ganze System des materialistischen Sozialismus erschüttern muß. Denn wenn die alte Theorie der Klassenbildung versagt, gibt es keine Gewißheit mehr, von der aus die Arbeiterklasse ihren Anspruch auf die Herrschaft herleiten kann.

Dieser Widerspruch zwischen Sein und Bewußtsein, der nach Ansicht der Klassenpsychologen auf solche Weise im alten wie im neuen Mittelstand entstehen muß, führt notwendig zu „wirtschaftlich-sozialen Ressentiments“ und in der Folge zum Versuch, diese „soziale Minderwertigkeit“ durch andere Momente auszugleichen, um so eine Steigerung des eigenen Wertes auf anderen Gebieten zu erreichen. Als Mittel zu einer solchen Verdrängung des sozialen Ressentiments bieten sich vor allem der Antisemitismus als Ablenkung des sozialen auf rassenmäßigen Ressentiments und der Nationalismus. „Der Nationalismus ist das seelische Sicherheitsventil für ein soziales Minderwertigkeitsgefühl, die Ausgleichsform par exellence für die bedrohte kollektive Selbstschätzung, das ideologische Mittel der Ablenkung eines wirtschaftlich-so-

zial bedingten Grolls auf einen Gegenstand, der nicht nur ganz anders ist, als die Gegenstände des industrieproletarischen Grolls, sondern darüber hinaus den schroffsten Gegensatz zum proletarisch-sozialistischen Klassenbewußtsein symbolisiert.“ [49])

Aus solchem Gefühl kollektiver Eitelkeit heraus muß sich nach Ansicht der Marxisten der Mittelstand natürlich schnell einer politischen Bewegung zuwenden, die sowohl dem nationalistischen Affekt wie auch dem antikapitalistischen Trieb Recht geben will. Für die Marxisten aller Schattierungen ist es eine ausgemachte Tatsache, daß die nationalsozialistische Wählerschaft sich vor allem aus den Angehörigen des Mittelstandes zusammensetzte, die in dieser Bewegung die einzige Möglichkeit sahen, ihre Selbstschätzung und ihre Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus zu vereinen. Durch das Anwachsen und durch die Sammlung des Mittelstandes wurde der Nationalsozialismus möglich.

Aber sein Möglichwerden erklärt noch nicht seinen Sieg. Denn wenn auch die Arbeiterklasse nicht die vorausgesagte zahlenmäßige Majorität erreichte, so war sie doch immerhin noch groß genug, um den endgültigen Sieg des deutschen „Faschismus“ verhindern zu können.

Aber auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst hat die wirtschaftlich-technische Entwicklung den marxistischen Voraussagen einen Streich gespielt und gerade im Rahmen des Industrieproletariats eine neue Aufspaltung der Interessen bewirkt. „Die Voraussetzung einer unentrinnbar zunehmenden Vereinheitlichung der proletarischen Interessen hat sich gleichfalls als eine Illusion erwiesen.“ [50]) In der aufsteigenden Industrialisierung konnte man allerdings glauben, die Technik forme allmählich die Arbeiter zu einfachen Verlängerungen der Maschine um und verwische langsam jeden Unterschied in der Qualität der Arbeit, so daß schließlich die Arbeiterschaft, unaufhörlich vergrößert durch die proletarisierten Mitglieder des Mittelstandes, fast homogenen Lebens- und Arbeitsbedingungen unterworfen sein würde. Aber der Fortschritt der Technik hat zu anderen Ergebnissen geführt: er teilte die Arbeiterschaft in qualifizierte und nichtqualifizierte Arbeiter, deren Interessen immer mehr auseinandergehen.

Die automatische Maschine erfordert zu ihrer Bedienung einen Arbeiter, der den ganzen komplizierten Apparat dieser Maschine

beherrscht, der sich also der Maschine überlegen fühlt. Das übrige Bedienungspersonal hingegen verrichtet nur Handlangerdienste und bedarf deshalb fast keiner Ausbildung. Während damit der eine Teil der Arbeiterschaft geradezu die Funktionen von Ingenieuren ausfüllt, bildet sich in der Masse der ungelernten Arbeiter ein Industrieproletariat in neuem Sinn, das mit anderen Bedürfnissen und unter anderen Arbeitsbedingungen lebend, auch ein anderes Klassenbewußtsein entwickelt.

Die Bedeutung des Arbeitsvorganges für das Selbstbewußtsein des Arbeiters ist hier mit vollem Recht als Grund einer Spaltung angegeben, die sich in dieser Art weder leugnen noch rückgängig machen läßt. In der Tat muß ein Arbeiter an einer vollautomatischen Maschine eine ganz andere Auffassung von seinem Wert bekommen, als schon die Vielzahl der Arbeiter, die den gleichen Gegenstand am laufenden Band herstellen, die ihrerseits gegenüber der Masse der völlig ungelernten Arbeiter immer noch das Bewußtsein ihrer technischen Ueberlegenheit besitzen können. Und wenn man diese Spaltung lediglich vom technischen Standpunkt und ihren wirtschaftlichen Konsequenzen aus sieht, so muß sie als endgültiges Auseinanderfallen einer früher einheitlichen Arbeiterklasse in einen aufsteigenden und einen absinkenden Teil gewertet werden, da der materialistische Sozialismus den ungelernten Arbeitern nicht die Möglichkeit zugesteht, ihren Wert und den ihrer Arbeit in einer anderen, dem Arbeitsprozeß übergeordneten, Ebene zu erweisen.

Es ist die gleiche mißliche Situation, in der sich dieser „Sozialismus" gegenüber einer anderen Erscheinung befindet, die zwar nicht so unmittelbar aus der technischen Entwicklung entstanden ist, aber immerhin mit ihr zusammenhängt: gegenüber der Arbeitslosigkeit.

Das unmittelbare Interesse des Arbeiters, der im Betrieb steht, richtet sich auf die Erhöhung bzw. Aufrechterhaltung der Löhne und die Erweiterung der Arbeitsgesetzgebung. Zu einer Zeit, in der die Wirtschaftskrise einen hohen Prozentsatz der Arbeiterschaft zu ständiger Arbeitslosigkeit verurteilte, mußten diesen dauernd Arbeitslosen die Sorgen und Belange der Betriebsarbeiter immer gleichgültiger werden, da sie nicht mehr hoffen durften, wieder Arbeit zu bekommen. So entstand unterhalb der Arbeiter-

klasse noch eine Klasse, ein „fünfter Stand", der seinen Anspruch geltend machte, bevor der vierte Stand den seinen durchgesetzt hatte.

Die Arbeitslosen, deren Interessen also nichts mehr gemein hatten mit denen der Arbeitenden und die nichts mehr zu verlieren hatten, konnten getrost die Sicherungen aufgeben, deren die Arbeitenden noch bedurften, und jedes politische Wagnis konnte ihre Chance nur vergrößern. Sie mußten ein Element der Unruhe und der Unsicherheit im Staat werden, da sie noch weniger Voraussetzungen anerkannten als die alte revolutionäre Arbeiterklasse, der man einst gesagt hatte, sie könne nur ihre Fesseln verlieren. Was konnte die Forderung, die Produktionsmittel den Produzenten zu eigen zu geben, denen noch sagen, die auf unabsehbare Zeit aus dem Kreise der Produktion ausgeschlossen waren und die für sich eine Besserung nur erwarten konnten aus dem völligen Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft, aus dem eine ganz andere Wirtschaftsordnung entstehen würde, oder aus der Ueberwindung der Wirtschaftskrise! Im letzten Fall aber kam es ihnen lediglich darauf an, wieder Arbeit zu bekommen, gleichgültig in welcher Produktionsordnung.

Hier erfolgte also eine noch verhängnisvollere Aufspaltung der Arbeiterklasse nach unten hin, durch die die Macht der proletarischen Aktion gemindert und der Aufstieg des Faschismus gefördert wurde. Denn „es ist nicht die Revolution, die — wie manche erwarten — aus der Vergrößerung des Elends im Volk entsteht. In Deutschland ist der Triumph Hitlers vor allem zurückzuführen auf die 6 Millionen intellektuelle und manuelle Erwerbslose, für die die demokratischen Parteien, die die Macht und die Mehrheit im Reichstag besaßen, nichts zu tun verstanden hatten. Diese Millionen Erwerbslose sind in der Mehrzahl zum Nationalsozialismus gestoßen,"[51]) der nunmehr die sozialistischen Organisationen von zwei Seiten aus umklammerte, da er nicht nur den Zustrom des Bürgertums, sondern auch die letzte Hoffnung der Arbeitslosen für sich einzufangen wußte.

Während jedoch die Neubildung des Mittelstandes ein Phänomen darstellte, über dessen Bedeutung sich die Sozialisten wirklich eine Zeit hindurch im unklaren sein konnten und die der „Faschismus" erst in aller Eindeutigkeit gezeigt hat, hätte man

die Gefahr, die von der Seite der Arbeitslosigkeit aus drohte, rechtzeitig bannen können, wenn man sich in Deutschland an die Spitze der Bewegung zur Arbeitsbeschaffung gestellt und die proletarische Solidarität, die so zerbrach, auf eine Weise bekundet hätte, die den Arbeitslosen von vornherein keinen Zweifel an ihrer Macht gelassen hätte. Man hätte vor allem den jugendlichen Erwerbslosen zeigen müssen, daß die Arbeitenden ihre ganze Kraft daran setzten, auch ihnen wieder die Möglichkeit einer Beschäftigung zu schaffen.

Auf diese Weise hätte man vor allem vermieden, daß in vielen Hirnen sich das Bewußtsein der nicht endenden Untätigkeit festsetzte. Da man diese Initiative nicht ergriff, gab man die Arbeitslosen auf und trug damit zur Bildung ihres besonderen Klassenbewußtseins bei, das sich zwar nicht positiv in einer neuen Wirtschaftskonzeption äußerte, das aber bei aller Passivität stark genug war, eine Bresche in die alte sozialistische Ideologie zu schlagen.

Deshalb machte man in den internationalen sozialistischen Kreisen der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf, sie habe „sich nicht für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit interessiert und von diesem Augenblick an begonnen, sich ihr eigenes Grab zu graben,“ [52]) ein Vorwurf, der die deutschen Gewerkschaften in der gleichen Weise trifft, wie er auch gegen die Sozialisten der anderen Länder erhoben werden kann, die auch erst aus den deutschen Vorgängen gelernt haben.

Dies sind — in Kürze dargestellt — die soziologischen Argumente, die als Erklärung und Entschuldigung für den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie angeführt werden.

Die Arbeitslosigkeit hat jedoch nach der Ansicht der Anhänger der 2. Internationale noch in anderer Richtung zum Sieg des Nationalsozialismus beigetragen. Denn die Erwerbslosen, die nicht zur nationalsozialistischen Bewegung stießen, wurden kommunistisch und verstärkten damit den Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Gruppe, der die Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit gelähmt hat. Es war jetzt nicht mehr eine bloße Meinungsverschiedenheit, die beide Gruppen trennte, sondern ihr politischer Zwiespalt war Ausdruck einer Verschiedenheit der Interessen.

Es ist für die internationalen Sozialisten nicht fraglich, daß all die Wirrnisse der Nachkriegszeit in Deutschland sich zurückführen lassen auf eine Umschichtung innerhalb der sozialen Struktur, die sich so äußerte: Der Mittelstand und ein Teil der Arbeitslosen bildeten die Anhängerschaft der nationalsozialistischen Bewegung; die Sozialdemokratie erfaßte die qualifizierten Arbeiter, während die ungelernten Arbeiter und der Rest der Erwerbslosen sich der kommunistischen Partei zuwandten.

Durch diese Aufgliederung erweist es sich, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die „Bürokulis" auf der einen, die „Maschinenkulis" auf der anderen Seite, einander näherstanden als Kommunisten und Sozialisten, die doch den gleichen Ausganspunkt hatten und sich zur gleichen Doktrin bekannten. Deshalb kann man den Kommunisten die Schuld am Zusammenbruch der deutschen proletarischen Arbeiterbewegung zuerkennen. Sie haben mit den Parolen des alten Sozialismus die Einheit der deutschen Arbeiterklasse zerbrochen und dem „Faschismus" somit den einzigen Widerstand aus dem Wege geräumt, der seinen Sieg hätte verhindern können.

Wo auch in den Kreisen der 2. Internationale nach einer Erklärung für die plötzlich sichtbar werdende Haltlosigkeit der deutschen Arbeiterbewegung gesucht wird, immer wird die Abspaltung der Kommunisten und der ihr folgende Bruderkampf als einer der entscheidenden Gründe angeführt; und die Kommunisten lassen ihrerseits keine Gelegenheit vorüber gehen, den bürgerlich gewordenen Reformismus der Mutlosigkeit und des Verrates der Prinzipien der Arbeiterklasse zu bezichtigen, durch den die Widerstandskraft der Klasse gebrochen sei. Die Gegner, die vereint geschlagen wurden, streiten sich auch weiterhin über die Chancen eines Geländes, daß sie längst räumen mußten.

Diese antikommunistische Tendenz in der Auslegung des Umsturzes in Deutschland erfuhr eine interessante Wendung auf der Tagung des Trade Union Congress in Brighton im September 1933, auf der anläßlich des Zusammenbruchs der deutschen Gewerkschaften die Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur Diktatur auf der Tagesordnung stand. In dem Bericht, den der Generalsekretär hierzu dem Kongreß vorlegte, wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Gewerkschaften die Diktatur jeder Art,

auch die russische ablehnen müssen, mit der Begründung, die Gewerkschaften seien die demokratischsten Institutionen der Gesellschaft, die als freie Vereinigungen von Arbeitern ihre Aufgaben einer unabhängigen Schutzorganisation nicht erfüllen könnten in einer Atmosphäre der Diktatur.

Diese Gedanken sind die Fortsetzung eines Referats, das George Hicks auf dem Kongreß des I. G. B. in Stockholm 1930 über das Thema „Die Gewerkschaften in Ländern ohne Demokratie" gehalten hatte, in dem jedoch der russischen Diktatur gegenüber den anderen noch eine gewiße Ausnahmestellung eingeräumt war. Der Bericht von Brighton, dessen Ausarbeitung ausdrücklich auf die Situation in Deutschland zurückgeführt wurde, ließ diese Einschränkung fallen, und aus der Debatte, die sich ihm anschloß und in der kaum noch von Deutschland, sondern nur noch von Rußland gesprochen wurde, wurde es deutlich, daß man die deutschen Ereignisse nur heranzog, um mit ihren Lehren der eigenen kommunistischen Opposition darzutun, welche Gefahr ihr Bestehen für die Sicherheit der Arbeiterbewegung bedeutet.

So stellten sich also den materialistischen Sozialisten die Ursachen für die Bildung und den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung zutiefst als Wandlungen und Umschichtungen der wirtschaftlich-sozialen Struktur dar; sie waren begleitet von politischer Unsicherheit, die ein Volk ohne Erfahrungen in der Demokratie tiefer erschüttern mußte, und von einer Spaltung der Arbeiterbewegung, die zu Kämpfen führte, die an Heftigkeit jene gegen den ursprünglich gemeinsamen Klassengegner weit übertrafen.

Diesen inneren Gründen, die in ähnlicher Weise für eine Reihe anderer Länder zutreffen, gesellt sich die Gefahr des Uebergreifens nationalsozialistischer Gedanken oder der bloßen Nachahmung „faschistischer" Regierungsmethoden in anderen Staaten. Dazu kam für den I. G. B. die Frage, welche Rückschläge das Verschwinden der deutschen Gewerkschaften auf die Arbeiterorganisationen ausüben könne, die in den Nachbarländern unter dem Einfluß der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hatten.

Die Furcht vor einer zunehmenden Depression in diesen gedanklich abhängigen Organisationen erwies sich als unbegründet

in den skandinavischen Gewerkschaften, sie hatte aber weit mehr Berechtigung in Mitteleuropa, wo — nach einem Bericht des Sekretariats des I. G. B. an die Ausschußsitzung in Weymouth [55] — die Position der Arbeiterorganisationen nach dem Zusammenbruch des A. D. G. B. besorgniserregend wurde. Und schließlich hat diese Depression auf den Gang der Geschehnisse in Oesterreich vernichtenden Einfluß gehabt, [56] wo sie die Aktionskraft weiter Kreise der Arbeiterschaft gegenüber der Imitation faschistischer Regierungsmethoden lähmte und zum Mißerfolg der Revolte im Februar 1934 und der daraus folgenden Unterdrückung der Arbeiterorganisationen führte. „Innerhalb eines Jahres sind damit zwei wichtige Gewerkschaftspositionen verloren gegangen: Deutschland und Oesterreich, die Zentren der deutschsprachigen Arbeiterbewegung." [57] Die Sperre zwischen den Gewerkschaften des östlichen und westlichen Europa ist also geschlossen; Es bleiben allein noch die tschechoslowakischen Arbeiterorganisationen übrig, um im Osten die Verbindung mit der Entwicklung des Sozialismus im Westen herzustellen.

Dieser Gesamtbeurteilung der Ursachen und der äußeren Gefahr des Nationalsozialismus entsprach die Art, in der die internationale Gewerkschaftsbewegung sich gegen ihn wehrte. Sie mußte versuchen, ihn zu diskreditieren, um die vermeintliche Gefahr seiner geistigen Expansion zu verhindern; und sie mußte andererseits alles daran setzen, in den einzelnen Ländern die Bedingungen zu beseitigen, denen sie die Heraufkunft des Nationalsozialismus zuschrieb.

Dabei war es natürlich, daß die äußere Abwehraktion schneller erfolgte und sich im internationalen Rahmen vollziehen konnte, während die Bemühungen, den „Faschismus" im eigenen Lande zu vermeiden, in den Rahmen der einzelnen Nationen zurückführen und auf lange Sicht in ständiger Orientierung an den wirtschaftlichen und sozialen Problemen dieser Nationen durchgeführt werden mußten. Die „Aktion gegen den Faschismus", deren Erfolg oder Mißlingen sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zeigen mußte, war also auf den Sturz des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland gerichtet und bildete nur einen — allerdings äußerst wichtigen — Faktor im Zusammenspiel der gegen Deutschland wirkenden Kräfte. Sie war ein rein politisches

Unterfangen, eine Probe der Macht und ein Zeichen des Hasses gegen eine Bewegung, die plötzlich in Deutschland Kräfte freigemacht hatte, die man nicht verstand und deshalb fürchtete und bekämpfte.

Die andere nach innen gerichtete Reaktion des westeuropäischen Sozialismus, die die Bedingunge der Möglichkeit eines dem deutschen ähnlichen Umsturzes in den Ländern mit einer ähnlichen sozialen Struktur beseitigen sollte, wurde zum Versuch, die sozialdemokratische Ideologie und Politik in Einklang zu bringen mit den veränderten mechanistischen Kräften der Gesellschaft und die Mächte für sich zu gewinnen, deren Sonderentwicklung in Deutschland den Marxismus das Leben gekostet hatte. Da sie sich auf dem vom materialistischen Sozialismus als für ihn schicksalhaft anerkannten Schauplatz des Ringens wirtschaftlicher Kräfte auswirkte, wird es sich hier erweisen, wie weit der Nationalsozialismus indirekt zu einer inneren Krise des Sozialismus und zu mannigfaltigen Versuchen einer Neuorientierung geführt hat.

Die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen das neue Deutschland.

Aus den eigenen Reihen heraus ist es dem Internationalen Gewerkschaftsbund zum Vorwurf gemacht worden, daß er mit einer eigenen Aktion gegen den Nationalsozialismus erst in dem Augenblick einsetzte, in dem die deutsche Arbeiterbewegung völlig vernichtet worden und damit der entscheidende Faktor des sozialistischen Gegenstoßes verschwunden sei.

Durch diese abwartende Haltung teilte sich die Organisierung des sozialistischen Widerstandes in zwei Phasen, die mit einander nur wenig zu tun hatten. Die erste bestand in dem Bestreben der deutschen Arbeiterorganisationen, ihr Weiterbestehen unter dem neuen Regime zu sichern und dann den Umständen gemäß langsam zum Gegenstoß anzusetzen; die zweite, die nach dem Mißlingen der ersten begann, sollte der nationalsozialistischen Herrschaft von außen her so große Schwierigkeiten bereiten, daß der Zusammenbruch vor der Fülle der Hindernisse und Fallen, die man ihr in den lebenswichtigen Beziehungen zum Ausland aufrichten wollte, erwartet werden konnte.

So ist der erste Abschnitt der sozialistischen Reaktion gekennzeichnet durch eine ungewöhnliche Zurückhaltung. Die Stellung der deutschen Regierung schien zunächst noch keineswegs gefestigt, und trotz aller Beschränkungen zeigten die großen deutschen Arbeiterorganisationen nach außen hin ein sicheres Bewußtsein: „Die Gewerkschaften aller Richtungen sind mobilisiert in einer unerschütterlichen Front.“[54]) Indes versuchten die freien Gewerkschaften zu erweisen, daß sie als unpolitische Organisationen „ein unerläßliches Element der sozialen Ordnung“[55]) seien, und beteuerten ihre Bereitschaft, mit den Unternehmern in der Klärung sozialer Fragen zusammenarbeiten zu wollen.

Alles war darauf angelegt, den Bestand der Organisationen zu sichern, und der I. G. B., dem diese Situation sichtlich nicht bequem war, mußte sich mit der Taktik der Konzession in programmatischen Fragen zufrieden geben und sich eigener Stellungnahme enthalten, um das Werk seiner deutschen Landeszentrale nicht zu stören. Obendrein befand sich sein Büro ja in Berlin direkt unter den Augen des Gegners, und es war zu erwarten, daß dieser bei jeder Regung entschiedener Feindschaft die Weiterarbeit der gewerkschaftlichen Internationale unterbinden würde. Deshalb opferte man die Konsequenz in der Haltung dem Bedürfnis nach Aufrechterhaltung eines Apparates und seiner Funktionen.

Aus dem gleichen Grunde sandten die deutschen Gewerkschaften Boten an die Landeszentralen in London, Paris, Kopenhagen, Wien usw. und ließen die ausländischen Organisationen bitten, keine Protestaktionen gegen die deutsche Regierung zu unternehmen, weil die Stellung des A.D.G.B. dadurch gefährdet würde.

Im Hintergrund aber wurden die möglichen Maßnahmen der Abwehr erwogen. Hier drängte der I. G. B. im Verein mit den anderen Zentralen auf die Bekämpfung des Regimes, und hier versicherten die deutschen Gewerkschaftler, daß sie nur „auf den günstigen Augenblick warteten, um ihre Verantwortung auf sich zu nehmen.“ [55]) Aus Aeußerungen Citrines, des Präsidenten des I. G. B., auf dem englischen Gewerkschaftskongreß in Brighton geht hervor, daß am 18. Februar 1933 die deutschen Gewerkschaften dem I. G. B. und dem Internationalen Transportarbeiterverband konkrete Zusagen bezüglich des Kampfes gegen die Regierung gemacht haben müssen, die sie nur deshalb noch nicht erfüllen konnten, weil sie durch eine Reihe von Umständen in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt waren.

Denn das einzig wirksame Mittel, das ihnen zur Verfügung stand und dessen Einsatz von ihnen erwartet wurde, war die Verhängung des Generalstreiks. In diesem Augenblick der äußersten Gefahr aber stellte es sich heraus, daß diese gefürchtete alte Waffe des internationalen Proletariats fast wertlos geworden war. Im Fall des Generalstreiks hätten sich die deutschen Sozialdemokraten den gesamten Machtmitteln gegenüber gefunden, die einem Staat überhaupt zur Verfügung stehen, und angesichts einer Zahl von über 6 Millionen Arbeitslosen, die der Staat jederzeit zum Arbeitseinsatz bereitstellen konnte, hätte ein politischer Streik

nichts anderes zur Folge gehabt als die Aussperrung der Streikenden und die Uebernahme der Arbeit durch die bisher Erwerbslosen.

Wieder war es die Macht der Situation, die sich als stärker erwies als die Entschlußkraft der Marxisten, und das Wagnis eines Fehlschlags wurde vermieden in der Erwartung, daß eben die Situation auch den Gegner zu ihrer Anerkennung zwingen würde. Daher wollten sie lieber die Beeinträchtigung ihrer Wirkungsmöglichkeiten hinnehmen als das Risiko eines folgerichtigen Untergangs im Kampfe gegen eine politische Bewegung, deren Herrschaft jede Weiterarbeit im Sinne der freien Gewerkschaften ausschloß.

Zu dieser „Politik des kleineren Uebels" kam als anderer hemmender Gedanke der taktische Grundsatz des Gegenstoßes. Der Feind sollte den ersten Schlag tun und die Unwägbarkeiten des Angriffs auf sich nehmen: aus der gesicherten Stellung, die die soliden alten Organisationen boten, wollte man ihn sodann im Gegenstoß überrennen und aus der Verteidigung heraus den eigenen Angriff vortragen, den man durchstehen wollte bis zum endgültigen Sieg des „Sozialismus".

Die Taktik des Gegenstoßes setzt jedoch voraus, daß die eigenen Truppen in gleichbleibender Stärke bereitstehen, und sie rechnet nicht mit der Macht, die eine voranschreitende Idee auf das Bewußtsein derer ausüben kann, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation gezwungen sein sollen, in der Verteidigung zu stehen.

Wie weit die Positionen des alten „Sozialismus" von innen heraus schon geschwächt waren, ließ erst die Wahl am 5. März 1933 deutlich werden, und als der Nationalsozialismus zum Schlage ausholte, waren die entscheidenden Stellungen des Marxismus schon geräumt.

Auch der I. G. B. hatte auf seiner Ausschußsitzung in Zürich im April beschlossen, das Kampffeld zu verlassen und seinen Sitz nach Paris zu verlegen. Damit war in aller Deutlichkeit dargetan, daß er die weiteren Bemühungen seiner deutschen Landeszentrale, die sich nunmehr sogar zur Teilnahme am Tag der nationalen Arbeit entschloß, um ihre Existenz zu retten, für aussichtslos hielt.

Hatte er sich bislang jeder scharfen Kritik an der nationalsozialistischen Regierung enthalten, um bei ihr nicht die Feind-

schaft gegen den A. D. G. B. noch zu stärken, so änderte er jetzt plötzlich seine Taktik, da er sein eigenes Büro in Sicherheit wußte und auf das Weiterbestehen der deutschen Gewerkschaften nicht mehr zu rechnen brauchte. Jetzt galt es nicht mehr, Rücksicht zu nehmen, sondern zu diskreditieren, um dem Nationalsozialismus in der Welt so viele Feinde zu schaffen, daß schließlich diese Feindschaft aller Welt dem deutschen Volk selbst die Unmöglichkeit seiner Regierung dartun sollte. Dabei mußte das Bewußtsein der erlittenen Niederlage übertönt werden von einer — im Grunde sehr fragwürdigen — Siegeszuversicht, die den Massen im Kampf gegen den „Faschismus" neuen Schwung geben sollte. Diese Taktik nötigte zu der Feststellung, daß der Sieg des Nationalsozialismus „nur die letzte aufzuckende Lebensregung politischer und wirtschaftlicher Kräfte ist, die die Stunde nahen fühlen, in der ihre lange Herrschaft wanken wird." [57])

Der Kampf des I. G. B. gegen Deutschland begann also folgerichtig mit einer Flut von Verleumdungen und Protestaufrufen, in denen dem nationalsozialistischen Regime die Wohltaten der europäischen Demokratie gegenübergestellt wurden, um das „Gewissen der Völker" gegen Deutschland aufzubringen und zugleich die gerechte Sache der Arbeiterorganisationen zu erweisen, in deren Vernichtung das einzige Bestreben des internationalen Faschismus gesehen wurde.

Deshalb mußten auch von vornherein viele Bundesgenossen für den Kampf gegen Deutschland mobilisiert werden, und dies konnte nur geschehen, wenn man den eigenen Kampf als einen Feldzug für die europäischen Werte führte, die durch den Nationalsozialismus bedroht wären. „Alle, die die Freiheit lieben, müssen zum Kampf gegen den Faschismus und seine Gefahren aufgerufen werden. — Die Herrschaft der Gewalt über die Vernunft, der eisernen Faust gegen den freien Willen, muß unsere unerbittliche Gegnerschaft finden." [58])

Die Zerstörung der deutschen Arbeiterorganisationen wurde im Zuge dieser Propaganda deshalb nicht so sehr als ein Schlag gegen den Marxismus, sondern vor allem als eine Unterdrückung der Rechte und Freiheiten des Volkes dargestellt, und die europäische Kultur selbst wurde aufgerufen zum Zeugnis gegen den Nationalsozialismus. „Es ist eine der großen geschichtlichen Tra-

gödien, daß in Deutschland, das zu einem so hohen Stand der Kultur aufgestiegen ist, im Namen der deutschen Nation Gewalttaten begangen werden, die die Welt mit Schrecken erfüllen. Das Recht ist unterdrückt; die Gesinnungsfreiheit ist vernichtet; die Organe der freiheitlich-demokratischen Presse sind verboten; die Gewerkschaften werden angegriffen, ihre Mitglieder verfolgt. — Solche Taten sind eines zivilisierten Landes unwürdig, das einen Platz in der Gemeinschaft der Nationen beansprucht.“ [59]

Die Interessengemeinschaft mit der Demokratie, die die Gewerkschaftsbewegung aus wirtschaftlichen Gründen seit dem Beginn der Krise eingegangen war, wurde nun also von der politischen Seite aus bestätigt und bekräftigt. Der „Faschismus“ als Verneinung der Demokratie bekämpft und vernichtet die freien Gewerkschaften, deren Weiterexistenz nur in einem freiheitlichen demokratischen Staat gesichert erscheint. Was liegt da näher, als daß die Gewerkschaften sich zu Hütern dieser Demokratie machen, die sie einst beseitigen wollten, weil sie die Ausbeutung der Arbeiter zuließ, die jetzt aber als der letzte Hort freier Arbeiterorganisationen inmitten einer sich wandelnden Welt verteidigt werden muß!

Daneben aber bedurfte man auch der demokratischen Argumente, um den Angriff gegen Deutschland auf möglichst breiter Front vortragen zu können und Bundesgenossen zu sammeln, die sich mit sozialistischen Parolen nicht einfangen ließen. Es handelte sich vor allem um gewisse Kreise des Bürgertums, denen man den Kampf gegen den Faschismus als einen Kampf für die Menschenrechte darstellen mußte und denen es jetzt zu beweisen galt, daß alle Institutionen des Nationalsozialismus im Widerspruch zur „Würde des Menschen“ ständen.

Es sei hierbei nur erwähnt, daß die internationalen Gewerkschaftsorganisationen natürlich weitgehend teilnahmen an der gegen Deutschland gerichteten Greuelpropaganda, die — von Juden und Freimaurern organisiert — lediglich der krasse Ausdruck eines tieferliegenden und allgemeineren Hasses war, der im Nationalsozialismus „eine Lebensgefahr für alle moralischen und sozialen Errungenschaften der zivilisierten Welt“ sah.

Denn wichtiger als jene leicht kenntlichen propagandistischen Lügen waren die Angriffe gegen Deutschland, in denen die ideellen

Voraussetzungen nationalsozialistischer Organisationen entstellt und dem Abscheu der „zivilisierten Welt" empfohlen wurden. Von gewerkschaftlicher Seite wurde diese Methode vor allem gegenüber den Organisationen der deutschen Arbeit, dem Arbeitsdienst und der Deutschen Arbeitsfront, angewandt. Beide Einrichtungen wurden verurteilt, weil in ihnen angeblich mit dem Prinzip der Freiheit der Arbeit gebrochen wurde und die Marxisten darin nicht nur einen Verstoß gegen die Rechte des Arbeiters, sondern geradezu ein System der Zwangsarbeit sahen. Da sie die Arbeit als Mittel zum Verdienst betrachten, muß es dem Arbeiter selbst überlassen bleiben, sich zu einer ihm genehmen Zeit eine ihm genehme Beschäftigung zu suchen und sich zur Wahrung seiner Interessen einem ihm genehmen Verband anzuschließen. Und wenn in Deutschland die Arbeit als Dienst gepriesen wurde, so sahen die Gewerkschaften darin nur den Versuch, mit Hilfe einer Ideologie eine Senkung bzw. — wie im Arbeitsdienst — eine fast völlige Abschaffung des Lohnes zu rechtfertigen; — und da die Art der Entlohnung im Arbeitsdienst obendrein dem Artikel 427 des Versailler Vertrages widerspricht, in dem ausdrücklich für die Arbeiter „ohne Unterschied des Geschlechts das Prinzip des gleichen Lohnes für eine Arbeit von gleichem Wert" festgelegt ist, bezeichnete man diese Methoden als Unterjochung der Arbeit.

Eine ähnliche Wertung wie der Arbeitsdienst erfuhr die Deutsche Arbeitsfront, von der es unter allem Umständen zu erweisen galt, daß sie bei weitem nicht die Aufgaben erfüllen könnte, denen die freien Gewerkschaften gerecht wurden. Da eine Arbeiterorganisation nur den Sinn einer freiwilligen Sammlung der Arbeiterschaft gegen den Klassenfeind besitzen kann, die deutschen Arbeiter aber nach Ansicht der Marxisten zum Eintritt in die Arbeitsfront gezwungen werden, so konnte diese Organisation nur den Sinn haben, die Arbeiterschaft von staatswegen zu beaufsichtigen und zu kommandieren. Und die Einwände gipfelten darin: wenn in der Arbeitsfront nicht gewählt werden darf, so hätte man sich nicht die Mühe machen brauchen, sie zu organisieren. Denn befehlen kann der Staat auch der unorganisierten Arbeiterschaft." [60])

Da zudem die Gewerkschaften ihren eigenen Arbeitern versicherten, der Nationalsozialismus, habe wohl die deutschen Ar-

beiter-, nicht aber die Unternehmerorganisationen zerschlagen, die — wenn auch verkleidet — in der alten Form weiter beständen, konnten sie die Abschaffung der Arbeits- und Organisationsfreiheit in Deutschland nach zwei Seiten hin propagandistisch auswerten: einmal ergab sich die Möglichkeit, den eigenen Arbeitern zu zeigen, daß der „Faschismus" nicht den Sozialismus verwirklicht, sondern die Arbeiterschaft unterdrückt; sodann aber konnte diese feststehende Unterjochung der deutschen Arbeiterschaft dazu benutzt werden, Mitleid und Empörung der freiheitlich denkenden Bürger zu erregen, um ihnen sowohl den Kampf gegen Deutschland zur Angelegenheit ihres demokratischen Pflichtgefühls zu machen, wie ihnen auch nebenbei den Wert der Gewerkschaftsorganisationen für die Erhaltung der Menschenwürde bewußt zu machen.

Aber es war nicht nur die Parole der Wiederherstellung der Menschenwürde in Deutschland, unter der die Gegner des Nationalsozialismus mobilisiert werden sollten, sondern die Argumentation griff weiter und brachte den Kampf gegen den Faschismus in unmittelbaren Zusammenhang mit der Aktion gegen die Kriegsgefahr. Die schon lange vor dem Weltkrieg begonnene antimilitaristische Aktion der Gewerkschaften wurde nach 1919 in enger Zusammenarbeit mit der S. A. I. fortgeführt als ein Kampf für die Abrüstung, dessen wichtigste Ziele das Verbot der Offensivwaffen, die Internationalisierung des zivilen Flugwesens und die internationale Kontrolle der Rüstungen waren. Dabei wurde besonders die strenge Durchführung der Rüstungskontrolle gefordert, ohne die Vertragsverletzungen unausbleiblich schienen, besonders in solchen Staaten, in denen nicht demokratische Institutionen irgendwelche Vertragsverletzungen dieser Art sofort im Innern des Landes selbst aufdecken können. Aus der Beobachtung, daß diktatorisch regierte Staaten leichter rüsten und ihre Aufrüstung leichter verdecken könnten und daß weiterhin der den Diktaturen eigene Geist des übersteigerten Nationalismus einer nachhaltigen Abrüstung im Wege stehe, brachte schon 1932 die gemeinsame Abrüstungskonferenz des I. G. B. und der S. A. I. (22.-23. Mai, Zürich) den Kampf gegen die faschistischen Diktaturen in Zusammenhang mit der Aktion für die Abrüstung: „Das Bestehen von faschistischen und halbfaschistischen Regierungen bildet eines der wesentlichsten Hindernisse für die internationale

Verständigung der Völker und die wirksame und kontrollierte Abrüstung.

Die Konferenz gibt der Arbeiterklasse die Losung: ständiger, unermüdlicher und unerbittlicher Kampf für die Wiederherstellung, die Verteidigung und den Ausbau der Demokratie.“[61])

Weiter als dieser allgemeine Aufruf ging die Resolution, die die am 20. Mai 1933 tagende gemeinsame Abrüstungskommission der beiden Internationalen faßte, in der direkt zur Frage der deutschen Wiederaufrüstung Stellung genommen wurde: „Die Tatsache darf niemals vergessen werden, daß das Streben der Regierung Hitler darauf gerichtet ist, die Wiederaufrüstung Deutschlands herbeizuführen.

Wenn wir auch bei unserer Ueberzeugung beharren, die wir immer vertreten haben, daß alle Völker einen Anspruch auf Gleichberechtigung haben, so wollen wir wie bisher erklären, daß diese Gleichberechtigung nur durch fortschreitende, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung verwirklicht werden kann. Wir wenden uns aufs schärfste dagegen, daß eine Diktatur, die auf Gewalt und auf die Leugnung der elementarsten Menschenrechte gegründet ist, die kein anderes Ziel hat, als die militärische Erziehung der Jugend vorzubereiten, eine militärische Arbeitsdienstpflicht einzuführen, ihre sozialreaktionäre Parteimiliz zu bewaffnen, — sich auf einen vieldeutigen internationalen Vertrag berufen kann, der ihr stillschweigend diese Möglichkeit bietet.“[62])

Diese Stellungnahme zur Möglichkeit der deutschen Rüstung wurde sodann in dem Maße erweitert und zu einem propagandistischen Sammelpunkt der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Kräfte ausgestaltet, in dem die Feindschaft der Marxisten gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft wuchs.

Kennzeichnete bisher die sozialistische Propaganda den Faschismus als Hindernis der Abrüstung, so erblickte sie im Nationalsozialismus bald eine ausgesprochene Kriegsgefahr, die aus seinem Expansionswillen resultierte und die anderen Völker bedrohte. Besonders nach Deutschlands Austrittserklärung aus dem Völkerbund erfuhr diese Art der deutschfeindlichen Propaganda eine Steigerung, da es für die Marxisten jetzt ausgemacht war, daß die deutsche Regierung in ihren kriegerischen Absichten sich nur dieser letzten Bindung entledigen wollte, um einen neuen Krieg

vorzubereiten. Deshalb schien die Situation der Gewerkschaften eindeutiger als 1914, denn die Ziele Hitlers standen für sie fest: „1. Deutschland muß sich rüsten für den Krieg; (das ist der wahre Sinn der Rassenpolitik). 2. Deutschland beansprucht die Weltherrschaft.“ [63])

Und da sich Deutschland mit dem Austritt aus dem Völkerbund im Falle eines militärischen Konfliktes dem Spruch eines Schiedsgerichtes entzogen hat, hat es sich selbst auch als Angreifer gekennzeichnet. „Ist der Angreifer nicht festgestellt, da Hitler den Völkerbund verlassen hat, jene Bedingung einer Zuflucht zum Schiedsspruch, und da er sich außerhalb eines jeden Schiedsspruches gestellt hat in der wohlerwogenen Absicht eines Angriffs? Es scheint unmöglich, auf diese Frage anders als bejahend zu antworten.“ [64])

Damit war aber auch die neue Richtung der Antikriegsaktion des Proletariats festgelegt, die sich gegen den angreifenden Staat, auf keinen Fall aber auf die angegriffenen Länder richten sollte. Die Verteidigung des Friedens gegen den Nationalsozialismus wurde die andere Parole, unter der die Sozialisten den Kampf gegen Deutschland organisiert haben und von der man erwarten durfte, daß sie auch die Anerkennung der nichtproletarischen Kreise finden würde, die nach der Absage Deutschlands an die Organisation des Friedens nunmehr einsehen müßten, daß Genf „im Augenblick nur noch e i n e n Sinn haben könnte: Kampf aller gegen Hitler.“ [64])

Mit der Darstellung der von Deutschland drohenden Kriegsgefahr hat die moralische Vergiftung der öffentlichen Meinung des Auslandes durch die sozialistischen Organisationen ihre Vollendung erfahren. Die Linie ist einheitlich und entspricht ganz der ideologischen Argumentation, mit der man vor dem Kriege die Einkreisung Deutschlands rechtfertigen wollte. Zuerst mußte man beweisen, daß in Deutschland ein Regime der Grausamkeit herrscht, das allen Rechten und Freiheiten des Menschen ein Ende gesetzt hat und nur die Verachtung und die Empörung des Auslandes verdient; sodann galt es festzustellen, daß dies Regime sich nicht mit seinem Raume begnügt, sondern sich auf kriegerische Art ausbreiten will und also auch die Menschenrechte in den anderen Ländern bedroht.

Solche Argumentation war zu verführerisch,als daß nicht große Teile des westlichen Bürgertums in ihr ihre eigenen Gedanken bestätigt finden und deshalb den Kampf der Sozialisten gegen Deutschland zumindest unterstützen sollten, wenn ihnen die Initiative eines eigenen Kampfes abging. Auf diese Beteiligung des Bürgertums war die marxistische Propaganda in ihrer planmäßigen Steigerung angelegt. durch sie büßte sie aber auch ihren ausgesprochen klassenkämpferischen Charakter ein und wurde zum Ausdruck einer viel allgemeineren Gedankenwelt, der wohl weitere Kreise zustimmen konnten, die aber gerade dadurch im Innern der sozialistischen Bewegungen selbst die Abgrenzung gegen das Bürgertum aufzuheben drohte.

Denn schon im ersten Beweis der internationalen Solidarität gegen das nationalsozialistische Regime, bei der Unterstüzung der deutschen politschen Flüchtlinge. stellte es sich heraus. daß die Kräfte der Arbeiterklasse allein bei weitem nicht ausreichten. um den Emigranten. die im Gastland nicht über eigenes Geld verfügten. eine wirksame Hilfe zu schaffen. sondern daß die sozialistischen Organisationen diese Hilfsaktion schon im Geist des humanitären Wilsonismus führen mußten. um den Völkerbund für die Unterstützung zu gewinnen.

Die Flüchtlinge wurden folglich von vornherein nicht als sozialistische Kämpfer behandelt. die in einem Ringen für die Herrschaft der Arbeiterklasse unterlegen waren. sondern als die unschuldigen Opfer einer barbarischen Bewegung. deren einzige Sünde darin bestanden hatte. daß sie für die Gerechtigkeit und den Frieden eingetreten waren. Auf diese Weise konnte man hoffen, gleichzeitig die Front der Gerechten gegen Deutschland zu verstärken und dem Bürgertum die Geldsummen zu entlocken, die den Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Genossen fehlten.

In der Hilfsaktion für die Flüchtlinge kündeten sich jedoch schon in einigen Zügen die Folgen an. die der marxistische Kampf gegen Deutschland für die sozialistischen Organisationen bald auf den verschiedensten Gebieten mit sich brachte. Zunächst erwies es sich. daß die internationalen sozialistischen Verbände, und besonders der I. G. B., zu Anfang eine wirksame Hilfe nicht leisten konnten. Denn die einzige Unterstützungskasse. über die sie verfügten. war der Matteotti-Fonds, dessen Verwaltung der

I. G. B. 1930 beigetreten war, um ihm dadurch weitere Zuflüsse zu sichern. Gemeinsam mit der S. A. I., die bisher den Fonds allein verwaltet hatte, erließ damals der I. G. B. einen Aufruf und erreichte damit, daß tatsächlich die Spenden reichlicher einliefen. Die so einsetzende Auffüllung der Kassen konnte jedoch gerade der stärker werdenden Beanspruchung durch italienische und auch polnische Flüchtlinge genügen. So verfügte der Matteotti-Fonds am Ende des Jahres 1932 nur über einen Betrag von 6500 Schweizer Franken, und obwohl ihm im Laufe des Jahres 1933 über 76 000 Schweizer Franken zuflossen, war es doch von vornherein klar, daß dieser Betrag nicht zu einer nachhaltigen Unterstützung der flüchtigen deutschen Sozialisten ausreichte. Deshalb lag das Schwergewicht zunächst bei den Unterstützungskomitees der einzelnen Länder, die Flüchtlinge aufgenommen hatten, und die gewerkschaftlichen Landeszentralen konnten wegen ihres weitreichenden organisatorischen Apparates bei der Sammlung von Spenden eine außerordentlich wichtige Rolle spielen.

Nach Angaben des I. G. B. [65]) wurden so von den größten Landeszentralen im Laufe des Jahres 1933 folgende Beträge aufgebracht:

Belgien —		178 000 Belg. Fr.
Dänemark —		60 000 dän. Kronen
Holland —		40 000 Gulden
Frankreich —	über	100 000 fr. Franken
Schweiz —	„	100 000 schw. Franken
Tschechoslowakei —		450 000 tsch. Kronen

Aber schon 1934 wurde die Lage der Unterstützungskomitees in den einzelnen Ländern äußerst schwierig, da die erforderlichen Mittel kaum aufzubringen waren und bei der Bevölkerung das Interesse für die deutschen Flüchtlinge immer mehr nachließ. Obendrein wurde nach den Ereignissen in Oesterreich die Lage der deutschen Emigranten noch dadurch verschlechtert, daß nunmehr auch die flüchtigen österreichischen Marxisten die Unterstützungskassen beanspruchten. Zwar hatte der Verwaltungsrat des I. G. B. angesichts der kritischen Lage in Oesterreich und gewitzigt durch die deutschen Vorgänge bereits nach seiner Ausschußsitzung in Zürich beschlossen, einen „Hilfsfonds Oesterreich" zu schaffen, dem nach der blutigen Niederschlagung des sozialdemokratischen Aufstandes zu Beginn des Jahres 1934 zahlreiche Spenden zu-

flossen, sodaß der Gesamtbetrag dieses Fonds etwa 3½ Millionen fr. Fr. ausmachte. Trotz dieser Summe, die zum Teil auch den deutschen Emigranten zugute kam, gab man sich in den Gewerkkreisen nicht der Hoffnung hin, auf solche Weise eine dauernde Unterstützung finanzieren zu können. Da es andererseits kaum möglich war, die flüchtigen Arbeiter in den Arbeitsprozeß des Gastlandes einzureihen, wurden die deutschen Flüchtlinge eine mit der Zeit wachsende finanzielle und moralische Belastung, die das erste praktische Ergebnis der internationalen Solidarität gegen Deutschland darstellte.

Da sich ein solcher Ausgang der sozialistischen Unterstützungsaktion leicht voraussehen ließ, hatte der I. G. B. schon frühzeitig nach einer anderen Richtung hin eine Initiative ergriffen, die der Beginn einer weiteren Aktion gegen Deutschland war.

Im Mai 1933 hatte die internationale Gewerkschaftsorganisation dem Internationalen Arbeitsamt eine Entschließung unterbreitet, in der die Forderung erhoben wurde, den deutschen Flüchtlingen auf Grund eines internationalen Vertrages die staatsbürgerlichen Rechte ihrer Gastländer zu geben.[66]) Dieser Entwurf wurde mit geringen Aenderungen 1933 von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen und der Zuständigkeit wegen an den Völkerbund weitergeleitet. Um hier die Bearbeitung zu beschleunigen, richtete der 6. Kongreß des I. G. B. im August 1933 neuerdings einen Aufruf an die beiden internationalen Institutionen in Genf, in dem er gleichzeitig auch seine Landeszentralen aufforderte, bei ihren Regierungen in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden.

Erst im November des gleichen Jahres wurde jedoch vom Völkerbund das Hohe Kommissariat für Flüchtlingsfragen offiziell geschaffen und der Leitung des Amerikaners Macdonald unterstellt. Selbstverständlich hatte der I. G. B. erwartet, daß man ihm im Verwaltungsrat dieses Kommissariats einen Sitz zur Verfügung stellen würde; diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht, da dem Verwaltungsrat nur Regierungsvertreter angehören durften. So schien also der I. G. B. fast aus der Arbeit des Kommissariats ausgeschaltet, dessen Bildung seiner Initiative zu verdanken war, bis er im Dezember 1933 nach vielen Bemühungen eine Vertretung in dem inzwischen geschaffenen Beirat des Kommissars erhielt. Ein entscheidender Einfluß der Gewerkschaften auf die Bearbeitung der Flüchtlingsfragen war unter diesen Umständen

jedoch nicht mehr möglich, und sehr bald endete die Erwartung des I. G. B. in ausgesprochener Resignation. „Der I. G. B. gibt sich über die Auswirkungen der Arbeit des Flüchtlingskommissars keinen übertriebenen optimistischen Hoffnungen hin,“ [67] lautete Mitte 1934 das Urteil seines Generalsekretärs über die Tätigkeit dieser Völkerbundskommission.

Wenn auch diese Aktion schließlich erfolglos verlief, so gewann sie doch Bedeutung im Rahmen der Gesamtaktion, die der I. G. B. im I. A. A. gegen Deutschland führte. Bereits Mitte Mai 1933 war von gewerkschaftlicher Seite auf die völlig veränderte Situation aufmerksam gemacht worden, in der sich die internationale Arbeitsorganisation seit der deutschen Umwälzung befand. „Die Eingliederung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den Staat läßt die direkte Vertretung der Arbeiterklasse im I. A. A. verschwinden. Dieses Verschwinden stellt die Existenz des Internationalen Arbeitsamtes selbst in Frage. — Die Abhängigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung verdammt die internationale Arbeitsorganisation zur Ohnmacht und vermindert den Einfluß der Arbeitergruppe.“ [68])

Nach der Gleichschaltung der deutschen Gewerkschaften konnte der I. G. B. nicht darauf rechnen, vom deutschen Arbeitnehmerdelegierten in seinen Aktionen unterstützt zu werden, vielmehr mußte er erwarten, daß die gesamte deutsche Delegation ihrerseits den Versuch machen würde, die marxistischen Pläne im I. A. A. zu durchkreuzen. Schon das einfache Ausfallen des Arbeitnehmerdelegierten jenes Landes, das in der vom I. A. A. redigierten Liste der acht wichtigsten Industriestaaten unbestritten den ersten Platz einnahm, mußte die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit in der internationalen Arbeitsorganisation lähmen und sie zu einer Stellungnahme gegen den neuen, von ihnen unabhängigen Arbeiterdelegierten herausfordern. Denn „der I. G. B. ist davon abhängig, daß seine Forderungen in Genf unterstützt werden.“ [69]) Darüber hinaus bestand jedoch noch die Gefahr, daß der deutsche Arbeiterdelegierte bei den reaktionären Bestrebungen, die man dem Faschismus zuschrieb, gemeinsam mit dem italienischen Arbeitnehmervertreter sich auf die Seite jener Gruppe der Unternehmer und Regierungsvertreter schlug, die den Arbeiterorganisationen feind waren, und daß dann die „Reaktion“ durch ihr zahlenmäßiges Uebergewicht das I. A. A. zu einem Instrument

seiner Politik machte. Diesen Zusammenschluß zu verhindern und obendrein eine möglichst geschlossene Front gegen Deutschland zu schaffen, war der Sinn der Aktion, die der I. G. B. zur 17. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1933 in Genf begann.

Schon seit einigen Jahren hatte die internationale Gewerkschaftsorganisation in ständiger Wiederholung Einspruch erhoben gegen das Mandat des italienischen Arbeitnehmervertreters zu den alljährlichen Internationalen Arbeitskonferenzen. Dieser Einspruch, der einmal von der Konferenz als nicht stichhaltig abgewiesen war, wurde auf den folgenden Tagungen immer mit der Begründung abgelehnt, daß er den erledigten keine neuen Argumente hinzufügte. Er stützte sich vor allem auf den Einwand, die italienischen Arbeiterorganisationen entsprächen in ihrer Abhängigkeit vom Staat nicht den im Teil XIII des Friedensvertrages als vertretungsberechtigt bezeichneten freien Gewerkschaften. Wie viel mehr mußte sich diese Argumentation nach der Zerstörung der freien Arbeiterorganisationen auf Deutschland anwenden lassen, und welchen Erfolg konnte sie versprechen, wenn man nur die bloß juristische Begründung eingliederte in das umfangreiche System der moralischen Verleumdung Deutschlands, durch das auch die sozialdemokratische Aktion im I.A.A. als ein Kampf für die Zivilisation und Menschenrechte, also als ein Einsatz für die wahren Aufgaben des Amtes erscheinen mußte!

Bereits zu Beginn der Konferenz erhob deshalb der I. G. B. in einem Schreiben an den Generalsekretär der Konferenz Einspruch gegen die Mandate der deutschen Arbeitnehmervertretung, „da die Art und Weise, in der diese Delegation ernannt worden ist, in offenem Widerspruch steht zu dem Buchstaben und dem Geist des Teiles XIII des Versailler Vertrages. — Artikel 389 schreibt vor, daß die Ernennung dieser Delegierten von der Landesregierung im Einvernehmen mit den maßgebenden Berufsverbänden, wo solche bestehen, vorzunehmen ist.“ [70]) Da — wie es weiter hieß — bis zum Mai 1933 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als stärkste deutsche Arbeiterorganisation rechtmäßig den deutschen Arbeiterdelegierten stellte und nur durch den Gewaltakt einer Minderheit zerstört werden konnte, und da weiterhin die Zusammenstellung der deutschen Arbeitnehmerdelegation erfolgte, „ohne die Arbeiter, die übrigens in Deutschland in keiner Weise frei ihre Anschauungen und ihren Willen kundgeben kön-

nen, zu befragen."[70]) standen Entsendung und Zusammensetzung dieser Delegation im Widerspruch zu den Bestimmungen des Teiles XIII und sollten demgemäß von der Konferenz als ungültig bezeichnet werden.

Bekräftigt wurde dieser Antrag des I. G. B. durch eine Denkschrift des Arbeiterdelegierten im Ausschuß für die Prüfung der Vollmachten, Jouhaux, in der er nicht nur die unrechtmäßige Entsendung der deutschen Arbeiterdelegation, sondern auch die gesamte neue soziale Ordnung Deutschlands als einen Verstoß gegen das Völkerrecht der Arbeitskonferenz zur Beurteilung anheimgab. Unter Berufung auf die Artikel 159 und 165 der Deutschen Reichsverfassung, die durch den Artikel 48 nicht aufgehoben werden könnten, und auf den Teil XIII des Friedensvertrages, in denen die besonderen Belange der Arbeiter mit dem Recht einer unabhängigen Vertretung anerkannt seien, erklärte Jouhaux die deutschen Zustände für ungesetzlich, da das Recht der beruflichen Vereinigung nicht gewahrt sei und damit „eine unerläßliche Voraussetzung für . . . die soziale Gerechtigkeit"[71]) zerstört sei. Für die Internationale Arbeitskonferenz und ihre Tätigkeit könne dieser Rechtsbruch nicht bedeutungslos bleiben: denn „die auf den Trümmern der beschlagnahmten oder unterjochten Gewerkschaften errichtete Arbeitsfront könne ihrem Führer nicht die Eigenschaften verleihen, die zu einer Vertretung der Arbeitnehmer auf der Internationalen Arbeitskonferenz erforderlich sind."[72]) da diese Arbeitsfront im Grunde nur ein Anhängsel des Staates bzw. der sich mit ihm identifizierenden Partei sei. Sie stelle nicht mehr eine Gewerkschaft im Sinne des Teiles XIII dar, sondern sei lediglich eine vom Staat geschaffene Organisation, „welche die Arbeitermassen erfassen und polizeilich überwachen soll. Es handelt sich also um nichts anderes, als um ein Polizeisystem."[72]) Folglich kann auch der Vertreter der Arbeitsfront auf der Konferenz nicht als ein Arbeitervertreter, sondern nur als ein Regierungsvertreter betrachtet werden, so daß sich die deutsche Delegation in Wirklichkeit aus drei Regierungsvertretern und einem Vertreter der Unternehmerschaft zusammensetzt, eine Tatsache, die über die Tendenz des deutschen Regimes keinen Zweifel zuließe.

Für Jouhaux ergibt sich damit aber auch eine eindeutige Gefährdung der Arbeitskonferenz und des Gedankens, der ihr zu-

grunde liegt: „Die Konferenz kann das Völkerrecht nicht unbeachtet lassen, wie es in Regeln niedergelegt ist, welche die deutsche Regierung ohne allen Zweifel verletzt hat. Wir richten an sie das Verlangen, daß sie die erfolgte Verletzung dieser völkerrechtlichen Regeln feststellt und infolgedessen die Mandate des Dr. Ley und seiner technischen Ratgeber für ungültig erklärt. — Wenn Sie der These der deutschen Regierung zustimmen und sich damit einverstanden erklären, daß man unter Benutzung eines Zerrbildes von Ideologie die Rechte der Arbeiterschaft, deren Verteidigung Ihnen anvertraut ist, und damit das Völkerrecht, auf dem sich die Organisation aufbaut, ungestraft verletzen kann, so fügen Sie unserer Organisation einen ungeheuren moralischen Schaden zu. Die volle Verantwortung für dieses Vorgehen fällt, was schon heute festgestellt sei, auf Ihre Schultern.“ [73])

Unabhängig von der Entscheidung der Konferenz über diese Frage setzte der I. G. B. seine Schikanen gegen Dr. Ley auf andere Art fort. Der Vorschlagsausschuß hatte für gewisse Ausschüsse als Arbeitnehmervertreter Dr. Ley und den Italiener Razza vorgeschlagen. Die Arbeitnehmergruppe hatte jedoch bei ihrer Aussprache über diese Frage den Wunsch geäußert, beiden Delegierten keinen Sitz zu geben, und als der Vorschlagsausschuß dennoch mit den Stimmen der Arbeitgebergruppe und dreier Regierungsvertreter den beiden Delegierten einen Sitz in verschiedenen Ausschüssen zubilligte, [74]) erklärte die Arbeitnehmergruppe, „daß auch nach Bestätigung der Zusammensetzung der Ausschüsse diese Delegierten, wenn sie das Wort ergreifen sollten, nicht im Namen der Arbeitnehmergruppe, sondern nur in ihrem eigenen Namen sprächen.“ [73]) Diese Erklärung war geeignet, im Falle von Meinungsverschiedenheiten in solchen Ausschüssen das Wort der beiden Arbeiterdelegierten bedeutungslos zu machen.

Zu diesen im Bereich der Verwaltung bleibenden Schikanen kamen die Beleidigungen, die man bei anderen Gelegenheiten dem deutschen Arbeitnehmervertreter gegenüber äußerte. Als eine Rede Dr. Leys vor Pressevertretern in der Emigrantenpresse in entstellter Form wiedergegeben wurde, diente dieser gefälschte Text den Gewerkschaftlern als Vorwand, in den offiziösen Tagungen der Arbeitnehmergruppe diesen Vorfall in einer Art zu besprechen und alsdann öffentlich zu behandeln, daß die dadurch in ihrer Gesamtheit beleidigte Delegation die Konferenz verließ

mit dem Bedauern, „an der sachlichen Arbeit, zu der sie sich wiederholt und eindeutig bereiterklärt habe, solange verhindert zu sein, als den deutschen Forderungen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden nicht abgeholfen sei.“ [75]) Da die geforderte Genugtuung nicht zugestanden wurde, wurden auch die Mandate der deutschen Delegation zurückgezogen.

In der Debatte, die sich nach der Abreise der deutschen Delegation über all diese Vorfälle entspann, wurde vor der gesamten Konferenz Deutschland von den einträchtigen sozialistischen und christlichen Gewerkschaftlern weiter beschimpft, [76]) ohne daß die Leitung der Konferenz gegen die Beleidigung eines Mitgliedstaates des Völkerbundes Einspruch erhob.

Es war zu erwarten, daß der Auszug der deutschen Delegation von den Anhängern der 2. Internationale als ein Erfolg ihrer Taktik und zugleich als ein Eingeständnis der Unzulänglichkeit der deutschen Argumente hingestellt werden würde. In der Gewerkschaftspresse aller Länder wurden die Vorgänge im I. A. A. mit dieser eindeutigen Tendenz propagandistisch ausgewertet. Nach einer längeren Zeit der Niederlagen mußte auch die geringste Selbstbehauptung als Zeichen des Sieges ausgelegt werden, um den Anhängern eine beginnende Wende der Entwicklung aufzuzeigen und das innere Ansehen des Gewerkschaftsbundes wieder zu festigen. Wichtiger als dieser Scheinerfolg, der für das I. A. A. bald genug unangenehme Folgen haben sollte, ist jedoch ein wirklicher Erfolg, der den Gewerkschaften in Genf fast ungewollt zugefallen ist. Denn tatsächlich hätte die deutsche Delegation der Sammelpunkt einer antimarxistischen Gruppe im I.A.A. werden können, durch deren Bildung die Vormachtstellung der 2. Gewerkschaftsinternationale in diesem Institut endgültig erschüttert worden wären und die für die weitere Tätigkeit des Amtes sachlich und personell nicht ohne Rückwirkungen geblieben wären. In welcher Richtung sich der Einfluß einer solchen Gruppe hätte geltend machen können, wurde sichtbar aus dem Verlauf der 18 Internationalen Arbeitskonferenz, bei der zwei Regierungsvertreter sich für eine Aenderung des Teiles XIII des Friedensvertrages einsetzten, „um den seit der Unterzeichnung des Vertrages entstandenen politischen Ordnungen Rechnung zu tragen.“ [77]) Diese Anregung wurde von der Konferenz nicht aufgenommen, obwohl sie gewiß dem Bedürfnis einer Anzahl von

Staaten entsprach, deren soziale Ordnung nicht in Einklang steht mit den im Teil „Arbeit" als Normen der sozialen Gerechtigkeit festgesetzten Bedingungen. Hätte jedoch Deutschland als wichtigster Industriestaat sich an die Spitze einer solchen Erneuerungsbewegung in der internationalen Arbeitsorganisation gestellt, so hätte diese Verwirklichung einer liberalistischen sozialen Idee leicht zur gefährlichen Waffe im Kampf gegen den Liberalismus werden können. Von dem auf Grund des Teiles XIII geschaffenen Institut aus hätte sich eine Revision dieses Teiles des Versailler Vertrages anbahnen lassen, die weder im Interesse der gegenwärtigen Leitung des Amtes noch in dem der internationalen Arbeiterbewegung liegt.

Eine solche Vereinigung antiliberalistischer oder antimarxistischer Kräfte erfolgte auf der 17. I.A.K. nicht, obwohl der Präsident der Konferenz der Vertreter eines Landes war, das an einem Vorstoß gegen die marxistische Gruppe das größte Interesse hätte haben müssen. Unter dem Vorsitz des italienischen Regierungsvertreters de Michelis durften vor allem nach dem Auszug der deutschen Delegation die Beleidigungen gegen Deutschland fallen; mit der von ihm geleiteten Tagung begann jene Periode, in der das Internationale Arbeitsamt zum Hort aller gegen Deutschland gerichteten Kräfte zu werden schien. Innerhalb der deutschen Delegation herrschte leider keine klare Vorstellung über die Aufgabe, die hier vorbereitet werden konnte. Deshalb war die Zersplitterung der antimarxistischen Kräfte gegenüber der sozialdemokratischen Arbeitnehmergruppe in der Tat ein Erfolg für den I.G.B., der dadurch wenigstens eine Stellung behaupten konnte, über deren Sicherheit er sich selber den geringsten Illusionen hingegeben hatte.

Diese Aufspaltung der gegen ihn wirkenden Kräfte zu erreichen, war der Sinn der Taktik und der Argumentation des I. G. B. in seiner Aktion gegen Deutschland. In der Denkschrift Jouhaux's wurde die Methode am deutlichsten. Jede Erwähnung einer geschlossenen Arbeiteraktion im I.A.A. wurde vermieden, um die Möglichkeit einer Gegenaktion von vornherein auszuschalten. Nicht die Front der Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter trat in dieser Aktion auf, nicht das Interesse einer unterdrückten Klasse sollte durch sie verteidigt werden, sondern die Sache des Rechts und der Menschenwürde galt es zu schützen. Gegen die

Verletzer des Völkerrechts sollten sich die Verteidiger dieses Rechts und seiner Institutionen erheben, im Interesse der moralischen Werte der zivilisierten Welt. Auch der Bestand der Arbeiterbewegungen wurde nur soweit in die Debatte gezogen, als bewiesen werden konnte, daß sie wertvolle Arbeit für die Gesamtheit der Kultur leisten und deshalb „allen Menschenfreunden teuer sind.“[78]) Sogar bei der verhältnismäßig ungefährlichen Behandlung der Flüchtlingsfrage, die gegen Ende der Tagung erfolgte und den Arbeiterorganisationen die Möglichkeit gegeben hätte, sich selber in dieser Frage der Humanität herauszustellen, sprach der holländische Gewerkschaftler Kupers „nicht als Arbeitervertreter, sondern als Mensch“ und erbat nicht von Regierungsvertretern oder Unternehmern, sondern von Menschen Hilfe für die Flüchtlinge, die dann so theoretisch ausfiel, daß sie ihm auch als Arbeitervertreter nicht verweigert worden wäre. — Solchen Mitteln und Argumenten, die während der ganzen Konferenz angewandt wurden, konnte sich schlechterdings niemand versagen, ohne in die Gefahr zu geraten, als Feind der Menschenwürde zu gelten.

Während man sich auf solche Weise bemühte, die Existenz und das Ansehen des Internationalen Arbeitsamtes gegen die Feinde des Völkerrechts zu verteidigen, ist das Amt durch das mit der Austrittserklärung Deutschlands aus dem Völkerbund endgültig werdende Ausscheiden der deutschen Delegation in Wirklichkeit in eine kritische Situation geraten, in der die Wirksamkeit seiner Tätigkeit stark vermindert wurde. Denn in einem Institut, das sich die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse zur Aufgabe gemacht hat, mußte der Ausfall des wichtigsten Industriestaates die Bedeutung der Arbeit und ihre Geltung und damit auch das Ansehen des Institutes außerordentlich einschränken. Die Verringerung des Einflusses des Internationalen Arbeitsamtes war die andere Seite des Erfolges der Aktion des I. G. B., ein Verlust, der erst durch den Eintritt Rußlands in den Völkerbund (und mithin ins I. A. A.) und durch die erfolgreichen Bemühungen des Direktors, die Vereinigten Staaten von Nordamerika für den Eintritt ins Amt zu gewinnen, ausgeglichen werden konnte.

Andererseits wagten nach den Vorfällen der 17. I. A. K. einige andere Mitgliedstaaten, deren soziale Ordnung gleichfalls nicht mehr den Bestimmungen des Teiles XIII entsprach, es nicht, zur

folgenden Tagung Arbeitnehmervertreter zu entsenden, so daß zahlreiche Delegationen unvollständig waren.[79]) Die Aktion, durch die der I. G. B. seine eigene Stellung im Amt behauptet hatte, hatte also das Amt selbst unmittelbar geschädigt, den Gewerkschaftsbund aber öffentlich auf eine Argumentation gegen Deutschland festgelegt, die er nicht mehr aufgeben konnte, die jedoch mit der Zeit notwendig an Eindruck verlieren mußte.

Zunächst aber hatte sich die Methode der moralischen Diffamierung Deutschlands zu gut bewährt, als daß man ihre Nachteile schon erkennen konnte. Deshalb wurden auch weiterhin solche Kräfte ins Feld geführt, die bei der Mitwelt Abscheu gegen Deutschland und Mitleid mit den von der „faschistischen Reaktion" Getroffenen erwecken sollten. diesmal waren es die Frauenorganisationen, die man einsetzte, um eine neue Front gegen Deutschland zu mobilisieren.

Vor Beginn des 6. ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongresses tagte am 28. und 29. Juli 1933 in Brüssel die Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, der einige spezielle Vorarbeiten der Gesamtkonferenz übertragen waren und derer Stellungnahme zum Nationalsozialismus die Einleitung zur Behandlung dieser Fragen auf dem großen Kongreß darstellte. Gegenüber den neuen Aktionen, die der Gesamtkongreß plante, sollte die Arbeiterinnenkonferenz eine moralische Rechtfertigung der bedeutungsvollen künftigen Entscheidungen bringen. Sie tat dies in einer langen und sentimentalen Resolution, in der die Situation der deutschen Frau unter der „nationalsozialistischen Tyrannis" den Frauen der Welt als Beispiel für all das hingestellt wurde, was ihnen beim Fortschreiten des „Faschismus" in anderen Ländern drohte, und die die Aufgaben der Frauen im Kampf gegen den „deutschen Faschismus" umriß: „Die Konferenz der arbeitenden Frauen fordert die Frauen aller Länder, die das Recht auf persönliche Freiheit für eine unentbehrliche Lebensbedingung halten, auf, nicht nur ihrem Mitgefühl Ausdruck zu geben, sondern gegen die faschistischen Diktaturen zu wirken durch Erziehungsarbeit in allen Schichten, durch unermüdliche Propaganda- und Organisationstätigkeit, durch Kampf gegen jede Reaktion, die die schwer errungene Gleichberechtigung der Frau bedroht, und insbesondere durch gewissenhafte Erfüllung der Aufgabe, den heute unterdrückten deutschen Frauen beizustehen."[80]) Zu-

grunde lag diesem Aufruf die Berechnung, daß Frauen einem solchen Appel an die Humanität am leichtesten zugänglich sind, selbst wenn sie den marxistischen Organisationen fernstehen. So bot sich dem I. G. B. hier die Gelegenheit, sich wieder als Arbeiterorganisation mit einer Parole in den Vordergrund zu schieben, die auch anderen Kreisen verbindlich sein mußte, und schließlich mit den Phrasen der Menschlichkeit die Brutalität einer neuen Aktion zu verdecken, die man nicht mehr bloß zur Wahrung der Zivilisation, sondern eindeutig zur Vernichtung des nationalsozialistischen Systems durchführen wollte.

Der 6. Ordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß [81]) beschloß die wirtschaftliche und moralische Boykottierung Deutschlands.

Der Boykott war die letzte, dem I. G. B. in seinem Kampf gegen Deutschland zur Verfügung stehende Waffe. Hatten alle politischen Manöver und moralischen Diffamierungen den Sturz des Regimes nicht herbeiführen können, so glaubte man nunmehr, die nationalsozialistische Regierung an ihrer empfindlichsten Stelle treffen zu können. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß auch in Deutschland die Wirtschaft das Schicksal sei, sah man im Boykott die Möglichkeit, die deutsche Regierung an der Erfüllung ihrer Versprechen zu hindern, um im deutschen Volk dann die Meinung zu stärken, der Nationalsozialismus sei eines dauernden wirtschaftlichen Aufbaues nicht fähig. Die innere Unzufriedenheit und der wachsende Druck von außen sollten dann dem nationalsozialistischen Regime die Möglichkeit einer Festigung und einer weiteren Entfaltung nehmen, und eine Regierung, die der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht Herr werden konnte, war bei der verzweifelten wirtschaftlichen Situation des Reiches von vornherein zu baldigem Sturz verurteilt. Da Deutschland ein auf den Export angewiesener Staat war, konnte nach der Rechnung der Sozialdemokraten allein eine Art der Sperrung der fremden Märkte zum erwarteten Resultat führen. — Zudem befand sich der Internationale Gewerkschaftsbund mit dem Boykott wieder auf dem ihm eigenen Boden der wirtschaftlichen Aktion, in der frühere Erfahrungen fruchtbar gemacht werden konnten.

Unter diesen Umständen nimmt es wunder, daß der Boykottbeschluß erst nach einem halben Jahr nationalsozialistischer Re-

gierungsarbeit gefaßt wurde, so daß auf diese Weise viele Chancen nicht mehr ausgenutzt werden konnten, die sich bei einer sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme einsetzenden Aktion noch geboten hätten. Diese Verzögerung, die den Boykott von Anfang an unter ungünstige Bedingungen stellte, erklärt sich einmal aus der langgehegten Erwartung der Marxisten, das nationalsozialistische Regime werde von selbst bald zusammenbrechen. Sodann war dieser Boykott der erste wirklich groß angelegte Warenboykott, den der I. G. B. durchführte, und ein erster weittragender Entschluß fällt keiner demokratisch organisierten Institution leicht. Gegen Italien oder eines jener „halbfaschistischen" Länder wurde früher ein Boykott so wenig durchgeführt, wie in der Folge gegen Oesterreich, Allein gegen Deutschland, den gefährlichsten Gegner, richtete sich diese Maßnahme.

Nur einmal vorher hatte der I. G. B. einen Boykottversuch unternommen, der über einige Ansätze nicht hinauskam. Um die ungarischen Gewerkschaften gegen die Reaktion zu stützen, verhängte der I. G. B. am 20. Juni 1920 gegen Ungarn einen Boykott, der sich jedoch nur auf die Stillegung der nach Ungarn führenden Verkehrsmittel richtete und so unvollständig durchgeführt wurde, daß er schon am 8. August offiziell als beendet erklärt werden mußte.

Wegen der Arbeitslosigkeit und des internationalen Charakters der Transportindustrie war von einem derartigen Boykott gegen Deutschland nichts zu erwarten, lediglich der Warenboykott Deutschlands würde „unweigerlich das Terrorregime an sein Ende führen."[82]) Schon bald nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde an den I.G.B. von einigen seiner Landeszentralen das Ersuchen gerichtet, einen internationalen Warenboykott gegen Deutschland zu verhängen. Auf der Züricher Ausschußsitzung im April 1933 wurden diese Forderungen nach energischen wirtschaftlichen Maßnahmen heftiger, und hinter den Kulissen dieser Sitzung wurde ein erbitterter Kampf um den Boykott geführt. Schließlich gelangte aber doch eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der ganz allgemein von einem Kampf gegen Deutschland „mit jedem geeigneten wirtschaftlichen und politischen Mittel"[83]) gesprochen wurde, so daß die Landeszentralen freie Hand behielten, der I. G. B. selbst aber eine ent-

scheidende Initiative nicht ergriff. Und selbst bei der im Mai nach der Besetzung der deutschen freien Gewerkschaften in Paris abgehaltenen Vorstandssitzung wurde kein Boykottbeschluß gefaßt, sondern die Entscheidung über diese Frage der anschließend stattfindenden gemeinsamen Tagung der Vorstände des I. G. B. und der S.A.I. überlassen. Allein wagte also der I.G.B in dieser bedeutungsvollen Angelegenheit noch keinen Entschluß zu fassen, die S. A. I. aber weigerte sich, der Proklamierung eines internationalen Warenboykotts zuzustimmen.[84]) So enthielt auch die Resolution, die in dieser gemeinsamen Sitzung ausgearbeitet wurde, nur eine offizielle Bestätigung der Aktion der einzelnen Landeszentralen, denen gegenüber „alle Einwände und Skrupel verstummen müßten.“[85]) aber keinen Aufruf zu einer selbständigen Boykottaktion der beiden sozialdemokratischen Internationalen.

Einzelne Landeszentralen gaben sich jedoch mit einer solchen Unentschlossenheit ihrer Internationale nicht zufrieden, sondern organisierten von sich aus und ohne internationalen Zusammenhang Boykottaktionen gegen Deutschland. Am ausgeprägtesten waren diese Bestrebungen in der Schweiz und in den Niederlanden, aber auch von England und Belgien aus machten sich im I. G. B. Strömungen geltend, die auf eine Zusammenfassung der vereinzelten wirtschaftlichen Maßnahmen zielten und denen die zu große Zurückhaltung der Gewerkschaftsinternationale im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefährlich zu werden schien. Diesen stärker werdenden Strömungen endlich nachgebend, entschloß sich der Vorstand des I. G. B., auch ohne die Mitwirkung der S. A. I., gegen Deutschland den Boykott zu verhängen, und ließ auf dem Brüsseler Kongreß diesen Beschluß annehmen und verkünden. In dem Boykottbeschluß des Kongresses gegen Deutschland heißt es: „Die außergewöhnlichen Gefahren, die der deutsche Nationalsozialismus auslöst, fordern außerordentliche Maßnahmen. Deshalb verhängt der Kongreß gegen die deutschen Waren den allgemeinen Boykott. Er begrüßt das Vorgehen jener Landeszentralen, die die hierzu notwendigen Maßnahmen schon vorher getroffen haben. Er fordert nun alle angeschlossenen Organisationen auf, je nach den vorhandenen Möglichkeiten unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, um den Boykott wirkungsvoll zu gestalten.

Der Kongreß appelliert an die organisierte Arbeiterschaft und an alle Menschen, die guten Willens sind, sich dem Boykott anzuschließen und die Opfer des Kampfes gegen den Faschismus durch freigiebige Spenden für den Matteotti-Fonds zu unterstützen.“ [86])

Der neuen Situation Rechnung tragend, schloß sich am 25. Aug. auch die S. A. I. dem Boykott an und setzte ihre Organisationen im Rahmen der Gesamtaktion ein.

Damit war der entscheidende Kampf gegen Deutschland entfesselt. Bei dem großen Zeitverlust, der durch die vielen Verzögerungen entstanden war, kam es nunmehr darauf an, die Aktion schlagartig und im weitesten Ausmaß durchzuführen. Denn es war von Anfang an klar, daß auch hier die Arbeiterorganisationen allein eine solche Maßnahme nicht wirksam durchführen konnten, sondern daß sie der Unterstützung jener Kreise des Bürgertums bedurften, die die wichtigsten Abnehmer deutscher Erzeugnisse waren. Um diese Schichten aber für den Boykott zu gewinnen, mußte man ihm eine Begründung geben, die für das Bürgertum überzeugend und zwingend war, die ihm die Aktion gegen Deutschland also zum Kampf für die eigenen Werte machte. Aus der Lüge von der Versklavung des deutschen Arbeiters, die die Grundlage aller marxistischen Aktionen bildete, ließ sich eine solche Begründung leicht herleiten. Denn schon wenn man die allgemeine Phrase von der Knechtung des Arbeiters zu konkretisieren versuchte, konnte man mit der Fiktion einer Verringerung der Löhne und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen zu einer Anklage gegen Deutschland gelangen, die nicht nur von der Unzulänglichkeit der sozialen Maßnahmen, sondern auch von einer unwürdigen Wirtschaftsgesinnung der deutschen Machthaber überzeugen mußte: man begründete den Boykott damit, daß der Nationalsozialismus den Arbeiter unterdrücke und ausbeute, um durch ein soziales Dumping die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten schlagen zu können.

Damit hatte man in der Tat ein Argument gefunden, das zumindest in Westeuropa Eindruck machen mußte; denn jeder westeuropäische Bürger hat Bedenken, eine Ware zu kaufen, von der er zu wissen meint, daß sie nur deshalb besser oder billiger sein kann, weil sie auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft

hergestellt wurde, und das ganz besonders, wenn es sich um ein ausländisches Erzeugnis handelt. — Das soziale Dumping wurde das gefährlichste Argument, das der I. G. B. gegen Deutschland geltend machte; mit ihm gelang es vor allem in der ersten Zeit des Boykotts, die deutschen Waren in Verruf zu bringen, zumal es im Ausland keine Stelle gab, die ein Interesse daran gehabt hätte, die Unwahrheit solcher Behauptungen zu erweisen.

„Man muß ganz besonders unterstreichen, daß der Faschismus ... mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht, der Abschaffung des Kollektivvertrages usw. einen unerträglichen Druck auf das Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse ausüben will und daß er so die Möglichkeit eines sozialen Dumpings schafft, das für die ganze Welt eine Gefahr bedeutet,“ [87]) — so und ähnlich lauteten die Aufrufe, mit denen man die Notwendigkeit des Boykotts beweisen wollte. [88]) Die ganze Boykottaktion wurde begleitet von solchen Versuchen der Rechtfertigung, sowohl gegenüber der Allgemeinheit, vor der die Gewerkschaftsbewegung als Ausdruck des „Weltgewissens“ zu erscheinen wünschte, wie auch gegenüber dem deutschen Arbeiter. Denn es war eine der heikelsten Fragen dieser Aktion, wie man dem deutschen Arbeiter gegenüber den Boykott mit der internationalen Solidarität in Einklang bringen konnte, und gewiß hat diese Schwierigkeit die Bedenken der S. A. I. hervorgerufen. Denn wenn man das Hitler-Regime durch die wirtschaftliche Ruinierung Deutschlands stürzen wollte, [89]) so führte diese Art des Kampfes bei ihrem Gelingen unweigerlich zur völligen Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, die dem I. G. B. dafür vielleicht nicht Dank wissen würde.

Mit der Proklamierung des Boykotts hat die 2. Gewerkschaftsinternationale gezeigt, daß ihr Hass gegen den Nationalsozialismus größer war als ihre angebliche Sorge um das Wohl der deutschen Arbeiterschaft. Um diese Tatsache zu bemänteln und vor den deutschen Arbeitern den Boykott zu rechtfertigen, war ihr auch die frivolste Argumentation recht: „Der Boykott ist nicht gegen das deutsche Volk gerichtet, sondern bildet ... einen von Erwägungen der Menschlichkeit veranlaßten Protest gegen den Verrat, den die deutsche Regierung an den fundamentalen Prinzipien der Moral und der Zivilisation begangen hat.“ [90]) Und in jenen marxistischen Kreisen, in denen der Haß und das Ressentiment der deutschen Flüchtlinge am stärksten wirkte, erklärte man: „Die deutsche Ar-

beiterklasse wird sich zu diesem Boykott beglückwünschen, denn unter einem faschistischen Regime hat ein Proletariat nichts als seine Ketten zu verlieren.“ [91]) Mit solchen Aeußerungen hofften die Sozialdemokraten zugleich der Gefahr zu begegnen, daß die deutsche Regierung diesen Boykott als Entschuldigung ihres vermeintlichen Unvermögens gebrauchen würde. „Der Boykott ist auf dem Marsch. Diese Feststellung ist wichtiger als die Erwägungen über die Frage, ob Hitler dem Boykott die Verantwortung für die katastrophalen Resultate seiner Wirtschaftspolitik zuschieben wird, die zum Scheitern verurteilt ist, oder ob er den Arbeitern weismachen will, daß die Internationale an ihrem Elend Schuld ist; die deutschen Arbeiter, die ihr Denkvermögen und ihren gesunden Menschenverstand bewahrt haben, werden sich von dieser Demagogie nicht betrügen lassen.“ [92]) Man wollte also mit dem Boykott, der den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands herbeiführen sollte, doch nicht gegenüber dem deutschen Volk die Verantwortung für diesen Zusammenbruch auf sich nehmen und griff zu den durchsichtigsten Ausflüchten, um die Angst vor den Konsequenzen des eigenen Tuns zu verdecken, Konsequenzen, die notwendig auf den I. G. B. zurückfallen mußten, wenn der Boykott sein Ziel nicht erreichte und wenn er wohl eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden deutschen Bevölkerung, nicht aber den Sturz des Regimes zur Folge hatte.

Auch diese Erwägungen haben zu der außerordentlichen Schärfe beigetragen, mit der der Boykott durchgeführt wurde. Dem I.G.B. selbst fiel bei der Aktion nur die Aufgabe der Ueberwachung, der Zusammenfassung und der Werbung zu, die eigentliche Durchführung lag bei den Landeszentralen. Sobald daher auf dem Brüsseler Kongreß die Proklamation des internationalen Boykotts erfolgt war, konnte die planmäßige Zusammenfassung der vereinzelten Aktionen beginnen, durch die die schon laufenden einen neuen Antrieb erfuhren und die eben erst einsetzenden aus den früheren Erfahrungen Nutzen ziehen konnten. Auf diese Weise verliefen die Boykottbewegungen in den einzelnen Ländern vom August 1933 ab fast einheitlich nach einem Schema, das aus gemeinsamer Ueberlegungen und gesammelten Erfahrungen gewonnen war.

Am klarsten wird der Verlauf der gesamten Boykottaktion deshalb an ihrer Durchführung in jenem Lande, dessen Gewerk-

schaften zuerst wirtschaftliche Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen hatten: der Schweiz. Schon Anfang März 1933 hatte der Schweizer Gewerkschaftsbund einen Protestaufruf gegen die nationalsozialistische deutsche Regierung veröffentlicht, in dem der I. G. B. aufgefordert wurde, gegen Deutschland den wirtschaftlichen und moralischen Boykott zu verhängen, und in dem zugleich versichert wurde, daß die Schweizer Arbeiter auf diesen Appell mit Taten antworten würden. Unabhängig vom Entschluß des I.G.B. begann der Schweizer Gewerkschaftsbund sodann die Organisierung des Boykotts, der entsprechend der Reichweite der Gewerkschaften mit einer Agitation unter den Massen der Verbraucher einsetzte. Hatten alle moralischen Verurteilungen Deutschlands bisher den Boden vorbereitet, so mußte sich nun zeigen, wie weit man die eigenen Anhänger und Mitläufer wirklich zu einer Aktion mitreißen konnte, die ganz auf die Leistung des einzelnen Menschen angewiesen war, da man die deutschen Waren nicht durch eine Einfuhrsperre von den Märkten beseitigen konnte, sondern durch die Aufklärung und Ueberredung der Käufer den Absatz sperren mußte. Die Rolle, die die Hausfrau in einer so aufgezogenen Aktion spielen mußte, leuchtet ein, und die propagandistische Arbeit der Gewerkschaften richtete sich vornehmlich auf die Gewinnung der Frauen. Diesem Ziel diente hauptsächlich die Internationale Arbeiterinnenkonferenz und ihre Stellungnahme zur Situation der deutschen Frau; für dieses Ziel wurde auch das Frauenkommitee der S. A. I. eingesetzt, das im September 1933 die Frauen der Welt zum Boykott aufrief. Den Frauen und den Mitgliedern der sozialistischen Organisationen wurde es zur Pflicht gemacht, in den Läden nach deutschen Waren zu fragen und sie zurückzuweisen, um dadurch auch den Händler zu veranlassen, deutsche Erzeugnisse zu meiden. Begleitet wurde diese Einzelarbeit von der dauernden Veröffentlichung großer Listen, in denen die deutschen Produkte gekennzeichnet und entsprechende Produkte Schweizer Fabrikate namhaft gemacht wurden. Ein gemischtes Komitee des Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Partei redigierte diese Listen und sorgte für die Propaganda. Später setzte dieses Komitee sich auch in Verbindung mit den Handwerkerverbänden, den Handelshäusern, den Organisationskomitees der Ausstellungen, der Genossenschaftsbewegung usw., um zu verhindern, daß deutsche Waren überhaupt zum Verkauf gelangen konnten.

In Belgien wurde sogar ein von der Gewerkschaftskommission finanziertes Spezialbüro für den Boykott geschaffen, dem regionale und lokale Büros unterstellt waren, das einen juristischen Beirat besaß und dessen einzige Aufgabe in einer breiten und nachhaltigen Propagierung des Boykottgedankens bestand. Die Propaganda selbst wurde auf mannigfache Weise und mit verschiedenen Motivierungen durchgeführt. Neben der sozialistischen Presse, die in vollem Umfange in den Dienst der Aktion gestellt wurde, sollten vor allem Plakate und Handzettel die Bevölkerung mit dem Sinn des Boykotts vertraut machen. —

Die American Federation of Labor, die dem I. G. B. nicht angeschlossen ist, benutzte auch den Rundfunk, um für die Boykottmaßnahmen zu werben, und während in Europa der Boykott zumeist als ein Mittel zur Wahrung der Menschenwürde hingestellt wurde, führte ihn die amerikanische Gewerkschaftsorganisation ausdrücklich als Protest gegen Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund durch. Gleichwohl war auch in den anderen Ländern die Austrittserklärung Deutschlands aus dem Völkerbund den Gewerkschaften eine willkommene Gelegenheit, der Boykottaktion neue Parolen und einen neuen Elan zu geben. Denn es stellte sich bald genug heraus, daß die Zeit gegen den Boykott arbeitete und daß es schwer, ja auf die Dauer unmöglich war, größere unorganisierte Massen lange Zeit für dasselbe Ziel in Bewegung zu halten, wenn die Erfolge nicht unmittelbar eintraten. Der Schwall der ersten Boykottbegeisterung, die der Wirtschaft des Reiches gewiß außerordentlich geschadet hat, ebbte mehr und mehr ab, als die deutsche Regierung dieser wirtschaftlichen Einengung zum Trotz ihren Aufbau fortsetzen konnte, und die Dauer des Boykotts nahm ihm die Schärfe.

Aber noch andere Mißlichkeiten wurden mit der Zeit sichtbar, vor denen die Sozialdemokraten schon frühzeitig gewarnt worden waren. Die Kommunisten hatten sich nicht am Boykott beteiligt, sondern ihn verurteilt. Und die Argumente, mit denen sie ihre Haltung rechtfertigten, betrafen eben jene Schwierigkeiten, auf die die Boykottaktion stoßen mußte. Abgesehen davon, daß die Kommunisten nur von einer politischen, nicht aber von einer wirtschaftlichen Aktion den Sturz der deutschen Regierung erwarteten und auch darauf hinwiesen, daß die Wirkungen des Boykotts allein vom deutschen Arbeiter getragen werden müßten,

hatten sie den Sozialdemokraten den Vorwurf gemacht, der Boykott sei im Grunde nur ein Werkzeug des einen nationalen Kapitalismus gegen den anderen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften in dem Augenblick, in dem sie die Listen der nationalen Erzeugnisse veröffentlichten, die die deutschen ersetzen sollten, den eigenen Unternehmern im Kampf um den Absatz geholfen und gegen ihren Willen die Autarkiebestrebungen der einzelnen Länder gefördert.[93]) Es ließ sich nicht umgehen, daß die eigene Industrie eines Landes in all die Positionen nachrückte, aus denen die deutsche verdrängt wurde, und daß schließlich mit der Zeit durch den Boykott eine Situation geschaffen wurde, die der I.G.B. durchaus nicht beabsichtigt hatte: der Boykott hatte Deutschland wohl wirtschaftlich geschädigt, aber nicht ruiniert, der Boykottgedanke verlor allmählich seine Anziehungskraft auf die Massen, und endlich hatten die Gewerkschaften durch die aus dem Boykott folgende Begünstigung der nationalen Industrie und die Verstärkung der Autarkiebestrebungen die Stellungen ihrer Gegner im eigenen Land gefestigt. Dazu kam eine gleichfalls von den Kommunisten vorausgesagte Gefahr. Da die deutsche Regierung den Boykott in seiner ersten Schärfe überstanden hatte, bot sich ihr jetzt vielleicht beim Nachlassen der Boykottbewegung die Möglichkeit, das eine oder andere der verlorenen Absatzgebiete wiederzugewinnen, und bei der großen Einengung des deutschen Wirtschaftslebens konnte eine solche Rückeroberung mancher Märkte sich als Belebung der deutschen Wirtschaft und folglich als Stärkung der deutschen Regierung auswirken.

Gleichwohl haben die Sozialdemokraten versucht, den Kommunisten gegenüber den Boykott zu rechtfertigen, und wenn sie auch zugeben mußten, daß er „manchmal das Geschäft einiger Kapitalisten förderte,“[94]) so wollten sie ihn doch als die einzig mögliche Präventivaktion gegen die Weltherrschaftspläne Hitlers gewürdigt wissen und bedienten sich zur Erklärung eines Bildes, das ein bezeichnendes Eingeständnis der eigenen Schwäche am Ausgang der Aktionen gegen Deutschland und zugleich ein Aufschluß über die Positionen des internationalen „Sozialismus“ ist: „Glaubt ihr wirklich, daß ein kommunistischer Seemann in einem fürchterlichen Sturm, wenn es sich um Tod oder Leben handelt, die Arme verschränken wird, weil das gefährdete Schiff einem kapitalistischen Reeder gehört?“[94])

Mit dem erfolglosen Verlauf des Boykotts waren die Mittel erschöpft, über die der I. G. B. in seiner „antifaschistischen Aktion" verfügte. In der Folgezeit wurde zwar der Kampf gegen Deutschland nicht aufgegeben, aber eine neue Initiative erfuhr er nicht. Das Versagen des Boykotts genügte, um die Aussichtslosigkeit der sozialistischen Gesamtaktion gegen Deutschland klar werden zu lassen, und es hätte jener Bestätigung kaum noch bedurft, die das unerwartete Ergebnis der Saarabstimmung den Sozialisten dafür lieferte.

Ohne Besinnen hatte der I. G. B. die freien Gewerkschaften des Saargebietes, die sich nach der Gleichschaltung des A. D. G. B. selbständig gemacht und der 2. Gewerkschaftsinternationale angeschlossen hatten, auch finanziell unterstützt, um den „einzigen demokratischen Vorposten auf deutschem Gebiet"[95]) zu halten und von der Saar aus den Zugang zu einer direkten Agitation unter der deutschen Arbeiterschaft zu haben.[96]) Doch hatten die Saargewerkschaften schon zu Beginn mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie in der Entfaltung ihrer Aktionskraft völlig gehemmt waren; denn die 25 000 deutschen Flüchtlinge, die sich nach Schätzung der Gewerkschaften im Saargebiet aufhielten, hatten die wenigen Mittel der Saargewerkschaften bald aufgezehrt, so daß an eine weitergreifende Aktion von hier aus trotz der Unterstützung durch andere sozialistische Landeszentralen und trotz der Geldsammlung im Ausland, die Max Braun vornahm, nicht zu denken war. Deshalb war der Verlust des Saargebietes nur eine Bestätigung für die Machtlosigkeit des I. G. B., der das Schwergewicht seiner Aktion ganz und gar auf die Durchführung des Boykotts gelegt hatte.

So mußte am Ausgang einer Aktion, die entschieden ist, obwohl sie fortgeführt wird, wieder aus der Enttäuschung die Besinnung auf den Wert der Waffen und auf das eigene Schicksal folgen. Das Aufgebot aller Kräfte der Gewerkschaftsbewegung gegen eine feindliche Welt führte zu keinem Erfolg; der Angegriffene konnte seine Stellungen festigen und ausbauen; im Verlauf eines Jahres ging der deutsche Sprachkreis den Internationalen verloren; und schon stehen allenthalben neue Mächte auf, die die Reichweite des marxistischen Gedankens weiter eingrenzen; ermutigt oder gezwungen durch den aufsteigenden Nationalismus einzelner Länder bilden sich ähnliche Bewegungen in anderen

Ländern oder greifen die Regierungen zu Maßnahmen, die die alten Staaten mit neuem nationalen Elan füllen sollen.

Während der internationale Sozialismus sich noch in vollem Angriff glaubte, sammelte hinter seinem Rücken der gleiche Feind andere Truppen, und angesichts der veränderten Situation mußte dieser „Sozialismus" die Front wechseln, um im Innern seine Stellungen gegen den Gegner zu verteidigen, den er soeben noch von der Ausgangsbasis einer gesicherten und sichernden Demokratie aus schlagen wollte.

Im Kampf gegen die nationalistischen Bewegungen der noch demokratischen Länder wollten die Marxisten aus den deutschen Vorgängen lernen, um nicht voraussetzungslos den Streit aufzunehmen und dann das Schicksal der deutschen Arbeiterorganisationen zu teilen, die die Bedingungen des Nationalsozialismus nicht erkannt und wohl seine Erscheinungen, nicht aber seine Ursachen bekämpft hatten. In der Analyse der Gründe, die in Deutschland zum Sieg des Nationalsozialismus geführt hatten, hatten sich den Sozialisten aber Phänomene offenbart, die ihr System noch nicht einbegriff und denen sie jetzt Rechnung tragen mußten, wenn sie dem Gegner im eigenen Land die Voraussetzungen seines Handelns nehmen wollten. Auf diesem Umwege hat der Nationalsozialismus zu einer Korrektur des marxistischen Systems, zu einer Angleichung an die gewandelte Wirklichkeit beigetragen, die man verspätet begreifen mußte, da sie gefährlich wurde.

Weil diese Angleichung in der Verteidigung vor sich geht, läßt sie einer freien Entscheidung keinen Raum, sondern vollzieht sich unter dem Zwang der Verhältnisse und in der Hast, in der eine versäumte Entwicklung nachgeholt werden muß. Deshalb lassen sich für alle Gebiete, auf denen diese Korrektur des Systems erfolgt, Ursachen und Folgen in ihrem Zusammenhang aufweisen; und das es sich nicht nur um Fragen der täglichen Taktik handelt, weil die korrigierende Wirklichkeit nicht von heut auf morgen wieder eine andere ist, ergibt sich die Möglichkeit, aus den einzelnen Korrekturen einen tiefen Wandel des gesamten Systems zu erkennen.

Außer dem Versuch, der eigenen Politik aus der Kenntnis der Bedingungen des Nationalsozialismus eine neue Beziehung zur

Wirklichkeit zu geben, hat die beginnende Verteidigung der marxistischen Organisationen gegen die „faschistischen" Bewegungen der eigenen Länder zur Folge gehabt, daß die im Kampf gegen Deutschland gewonnene internationale Regelung der Gesamtaktion aufgegeben werden mußte zugunsten einer weitgehenden eigenen Initiative der einzelnen Landeszentralen. Denn wenn man auch den Faschismus als ein im Grunde einheitliches Phänomen ansah, so trat er doch in den verschiedenen Ländern unter besonderen politischen Umständen und mit besonderen Begleiterscheinungen auf, die ein den Verhältnissen des einzelnen Landes angepaßtes Vorgehen der Gewerkschaften notwendig machten. Die Rolle, die der I. G. B. also in der künftigen Entwicklung spielt, ist von sekundärer Bedeutung für die eigentliche Aktivität der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Wichtig für das Schicksal des materialistischen Sozialismus sind zunächst allein noch die Anpassungen und Auseinandersetzungen, die im Rahmen des einzelnen Landes stattfinden. Es ist deshalb wieder möglich, am französischen Syndikalismus und seinen Problemen die kennzeichnenden Wandlungen aufzuhellen, deren Deutung dann vielleicht wieder den Blick auf das Geschick des internationalen Sozialismus freigibt. In den Kreis der Betrachtung sollen aber auch die sozialistischen Organisationen Belgiens gezogen werden, da ihre Tätigkeit auf Grund besonderer Umstände eine für die vorliegende Untersuchung hervorragende Bedeutung gewonnen hat.

Die Krise des internationalen Sozialismus.

Die Art, in der die politischen Bewegungen eines Volkes in einem anderen Volke weiterschwingen, aufgegriffen, bekämpft und gewandelt werden, hängt in nichts ab von dem Willen des gebenden Volkes. Schon die Auswahl der Ideen, die bei der Uebernahme erfolgt, ihre Verknüpfung untereinander und mit den Gegebenheiten des fremden Volks läßt die abhängenden Bewegungen zu anderen Inhalten und Wertungen gelangen, selbst wenn sie nur der ursprünglichen Bewegung des anderen Landes zu folgen meinen.

Der junge französische Nationalismus, in dem die Marxisten ihren nächsten Gegner sahen, befand sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in einer eigenartigen Situation. Allenthalben in Europa waren revolutionäre Neuordnungen vor sich gegangen, in Deutschland und Italien waren der Jugend selbständige Aufgaben im Staatsleben übertragen worden, und der Gegensatz zwischen dem alten Nationalismus und dem alten Sozialismus, der bislang das europäische Leben durchzog, hatte innerhalb der neuen Ordnungen seine Geltung verloren. Doch in Frankreich, das sich als das klassische Land der Revolutionen betrachtet, herrschten weiterhin jene Vertreter eines Staatsgedankens, durch den die Idee der Freiheit in so niedere Sphären gezogen war, daß auch der feilste Trieb in der Politik sich mit ihm rechtfertigen konnte und daß in ihrem Namen jeder Gedanke einer nationalen Revolution als Vergehen gegen die Tradition der Revolution gebrandmarkt werden konnte. Dagegen war die französische Jugend aufgespalten in unzählige Gruppen, die die verschiedensten Sonderinteressen verfolgten, während in anderen Ländern eine geeinte Jugend eine sozialistische Nation formen durfte.

In dieser Lage entstand in weiten Kreisen der französischen Jugend das Bewußtsein der Rückständigkeit, begleitet von dem

Bedürfnis, aus dem Aufbau der anderen Nationen für eine künftige Gestaltung Frankreichs zu lernen. Mit den Erfahrungen der fremden Revolutionen und den Forderungen des eigenen Landes sollte die kommende Revolution in Frankreich als Beginn des moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Nation vorbereitet werden. So kam es, daß bei großen Teilen der nationalistischen Jugend Frankreichs die revolutionäre Strömung von nichtfranzösischen politischen Bewegungen ihren Inhalt empfing, daß jedoch auch außerhalb dieser Kreise die französische Jugend allgemein ein Bedürfnis nach einer Revolution ergriff, deren nächstes Ziel die Wiederherstellung der Sauberkeit und Verantwortlichkeit im Staatsleben sein sollte.

In dieser Stimmung war der Ausbruch des Stavisky-Skandals das Zeichen der Sammlung der nationalen Verbände, und da einige Minister des Kabinetts Chautemps in den Skandal verwickelt waren, ohne daß man deshalb gegen sie vorging, kam es im Januar 1934 zu Demonstrationen auf der Straße, die zur Demission der Regierung führten und die sich wiederholten, als auch das Kabinett Daladier die Klärung der großen Betrugsaffäre nicht vorantrieb. Am Abend des 6. Februar waren alle nationalistischen Verbände auf der Straße, und die Demonstrationen, die schon am folgenden Tag die Demission der Regierung Daladier bewirkten, nahmen einen ausgesprochen revolutionären Charakter an. Das Regime war in Gefahr, die Stunde der nationalen Revolution Frankreichs schien gekommen. Aber die Revolte wurde nicht zur Revolution, und schon nach kurzer Zeit hatte das von Gaston Doumergue geleitete Kabinett der nationalen Sammlung die nationalistische Leidenschaft beschwichtigt.

Die Republik war gerettet; der 6. Februar hatte die ältesten Männer an die Regierung gebracht, über die Frankreich verfügte; aber zum ersten Mal waren die Kräfte des jungen Nationalismus geschlossen aufgetreten und hatten zwei radikalsozialistische Regierungen gestürzt. Zwar hatten sich die verschiedenen Bewegungen der jungen Rechten nur im Gegensatz als Einheit begriffen, aber war es nicht morgen schon möglich, daß sie den zweiten Schritt taten und sich in einer gemeinsamen Aufgabe fanden?

Angesichts dieser Ereignisse konnte die Linke nicht schweigen, und ihr Gegenstoß wurde von den Gewerkschaften geführt. Nach-

dem schon am 9. Februar die Kommunisten Straßendemonstrationen veranstaltet hatten, organisierte die C. G. T. für den 12. Februar einen 24 stündigen Generalstreik „gegen die Drohungen des Faschismus und für die Verteidigung der öffentlichen Freiheiten."[97]) Die sozialistische Partei, die C.G.T.U. und die kommunistische Partei schlossen sich der Parole des Generalstreiks und den von der C.G.T. am gleichen Tag durchgeführten Manifestationen an, und gegenüber dem drohenden Gegner war plötzlich jene Einheit des Proletariats verwirklicht, die man länger als ein Jahrzehnt hindurch erstrebt hatte. Auch das Bündnis der proletarischen Kräfte war nicht dem Aufbau, sondern der Verteidigung gewidmet. aber es schuf eine völlig neue Situation innerhalb der französischen Arbeiterschaft. Was jahrelange Verhandlungen nicht vermocht hatten. schien jetzt durch das Auftreten „faschistischer" Gruppen fast von selbst Wirklichkeit zu werden: die französischen Arbeiterorganisationen konnten wieder gemeinsam handeln.

In Wirklichkeit jedoch waren die Probleme, die in der gemeinsamen Aktion gelöst schienen, mit ihr erst aufgeworfen, und die Schwierigkeiten zeigten sich erst, als man dem Augenblick Dauer verleihen wollte.

Schon in den organisatorisch-taktischen Fragen ließ sich der defensive Charakter der einmaligen gemeinsamen Aktion nicht verleugnen, obwohl von beiden Seiten der Versuch gemacht wurde. diese Begrenzung der Aktion zu durchbrechen. Denn der Kampf gegen den Faschismus in Frankreich stand unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Ereignisse, die gezeigt hatten, wie der Reformismus und der Kommunismus, die getrennt marschierten, vereint geschlagen werden konnten. Weder bei den Kommunisten noch bei den Reformisten in Frankreich herrschten Zweifel darüber, daß der Sieg des Nationalsozialismus vor allem möglich geworden war durch die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung, aber auch jede der beiden Parteien hatte es sogleich unternommen, die eigenen Parteigenossen in Deutschland zu rechtfertigen und die Schuld an der Spaltung der deutschen Organisationen der anderen Internationale beizumessen. Während die Sozialisten den deutschen Kommunisten die Verantwortung für die Zersplitterung der Kräfte zuschoben, sahen die Kommunisten im Sieg des Nationalsozialismus eine Folge der Schwäche

des reformistischen Sozialismus, der mit dem Bürgertum paktierte und so seinerseits die Kräfte des Proletariats vergeudete.

Nun aber, als man sich gegen den Faschismus im eigenen Lande zu wehren hatte, wurde diese Auseinandersetzung brennender, und die ganze Problematik, die die Spaltungen der französischen Arbeiterorganisationen in den Jahren 1920[98]) und 1921 herbeigeführt hatte, wurde erneut lebendig; nur galt es jetzt, unter dem Druck der Situation eine Lösung zu finden, die eine Wiederholung der deutschen Vorgänge in Frankreich unmöglich machte. So wurde die Frage der Einheitsfront des französischen Proletariats von vornherein eine Frage der gegenseitigen Zugeständnisse, nicht aber ein Ausdruck des gemeinsamen Willens der Zukunft.

Die unmittelbare Folge der Ereignisse des 6. Februar für die französischen Marxisten war jedoch die Erkenntnis, daß man den „Faschismus" nur im eigenen Lande schlagen konnte und daß der Wert äußerer Aktionen gegen „faschistische" Länder gering war, solange dem Faschismus die Möglichkeit blieb, in den demokratischen Ländern selbst aufzutreten.

Schon die organisatorischen Hindernisse, die sich der Bildung einer dauerhaften Einheitsfront darboten, waren so groß, daß die ideellen Verschiedenheiten beider Richtungen der französischen Arbeiterbewegung zunächst nur von geringerer Bedeutung waren. Wenn es trotzdem im Juli 1934 zur Proklamierung der Einheit beider Parteien in der Aktion gegen den Faschismus kam, so zeugte das von der Gefahr, die man den nationalistischen Strömungen Frankreichs beimaß, und von der Furcht vor der Ueberraschung, die sich seit dem Januar 1933 der Marxisten bemächtigt hatte. Die Einheitsfront beider Parteien, die nach langen und schon aussichtslos scheinenden Verhandlungen von der Région Parisienne aus zustande kam und deren Aufgabe eben auf den Kampf gegen den Faschismus begrenzt war, hat keines der wirklichen Probleme der Einheit der Arbeiterorganisationen gelöst.[99]) Sie führte ihren Kampf unter einander so widersprechenden Parolen wie: Für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten! und: Für die Diktatur des Proletariats! Es ist auch kein Geheimnis geblieben, daß jede der Parteien in der antifaschistischen Einheitsfront eine Möglichkeit zur Werbung für ihre eigenen Ziele unter den Mitgliedern der anderen Partei sah und daß die alte Feind-

schaft beider Parteien, die nach außen hin gedämpft wurde, im Innern der Einheitsfront in gleichem Ausmaß weiter besteht. Entscheidend war auch von Anfang an, daß der Einheitsfront der Parteien nicht bald die Einheitsfront der Gewerkschaften folgte, die über größere organisierte Massen verfügten, sondern daß hier die Vorbehalte der C. G. T. zunächst größer waren als das Streben nach der Einheit.

In den Verhandlungen der sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften sind die Probleme der Einheit ernster und mit einer weiteren Sicht aufgeworfen worden als in den Besprechungen der Parteien: aus ihnen läßt sich deshalb auch klarer ersehen, wie weit die französischen Arbeiterorganisationen in dieser Hinsicht wirklich aus dem Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften gelernt haben. Denn in diesen Verhandlungen lag das Schwergewicht nicht auf der Erreichung einer vielleicht nur vorübergehenden Einheit der Aktion, die einem Vertrag glich, den jeder der beiden Partner zu gegebener Stunde wieder lösen konnte, sondern auf der organisatorischen Vereinigung beider Gewerkschaftsverbände, durch die eine große, einheitliche Gewerkschaftsorganisation geschaffen werden sollte, die den Nationalisten mit einer anderen Macht gegenübertreten könnte als die lockere Einheitsfront der Parteien.

Da es den Gewerkschaften nicht um ein Bündnis, sondern um eine Verschmelzung ging, hing von Anfang an alles davon ab, ob es gelang, die Voraussetzungen der Spaltung des Jahres 1921 zu beseitigen oder zu erkennen, wie weit sie noch Geltung besaßen. Diese Voraussetzungen aber hatten die ganze fernere Entwicklung beider Verbände bestimmt, und wenn sie 1921 noch bloße Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende Taktik waren, so waren sie jetzt geschichtlich und organisatorisch festgefroren und belasteten die Verhandlungen deshalb außerordentlich, weil nun mit ihrer Prüfung ein Werturteil über die Politik beider Gewerkschaftszentralen gefällt werden mußte. —

In zwei Fragen vor allem hatten sich die politischen Bestrebungen beider Organisationen immer voneinander geschieden, Fragen, deren verschiedene Beantwortung schon 1921 die Spaltung herbeigeführt hatte. Der Reformismus und die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von Parteien und Regierungen spielten

in den Verhandlungen beider Zentralen die entscheidende Rolle, wobei der zweite der beiden Streitpunkte wegen seiner fast nur organisatorischen Bedeutung geringere Schwierigkeiten aufwarf, zumal sich hier beide Organisationen nichts mehr vorzuwerfen hatten. Denn stand auch die C. G. T. U. eindeutig unter dem Befehl der kommunistischen Partei, so hatte sich die C. G. T. doch keineswegs ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen bewahrt, und Jouhaux war unter anderem Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrats der französischen Republik.

Um sich einen taktischen Vorteil in den Verhandlungen zu schaffen, verzichteten die kommunistischen Gewerkschaften auf die Bindung an die Partei; sie erklärten, die gewerkschaftliche Einheit müsse sich in völliger Unabhängigkeit vollziehen, und konnten mit dieser Berufung auf die der C. G. T. teure Formel des alter Syndikalismus von den sozialistischen Gewerkschaftlern auch einen Verzicht auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen verlangen, der ohne weiteres in seiner Konsequenz die Stellung der C. G. T. in der Frage des Reformismus geschwächt hätte. Wollten die Reformisten die Schwächung ihrer Position nicht einfach hinnehmen, so blieb ihnen hier nichts anderes übrig, als den Kommunisten das Recht zur Anwendung dieser Formel zu bestreiten. Dabei kam ihnen eine Aeußerung des Sekretärs der Roten Gewerkschaftsinternationale, Losowski, zustatten, der erklärt hatte, im Kampf gegen die Reformisten habe „jeder gute Kommunist die Pflicht und das Recht, einen Pakt zu unterschreiben und seine Unterschrift später zu verleugnen.“ [100]) Gestützt auf diese Aeußerung konnten sie das kommunistische Bekenntnis zur Unabhängigkeit der geeinten Gewerkschaftsbewegung als taktisches Manöver abtun, hinter dem kein aufrichtiger Wille stand. Die Tatsache, daß die sozialistischen Gewerkschaftler zu diesem Mittel griffen, das sie in jedem anderen Abschnitt der Verhandlungen ebenso gut gebrauchen konnten, ließ über die Schwierigkeit der Einheitsbestrebungen schon zu Beginn wenig Zweifel; denn dieses Argument diente der Verbesserung einer taktischen Position, nicht aber der Bildung der Einheitsgewerkschaft. Im Mißtrauen gegen die Kommunisten kam der alte Groll zum Ausdruck, der in den Kreisen der C. G. T. gegen die Abtrünnigen herrschte und der nicht vergeben konnte, sondern Unterwerfung verlangte.

Dies war auch der Sinn der organisatorischen Bedingungen, die die C.G.T. der gewerkschaftlichen Einheit stellte: „Die Einheit kann nur verwirklicht werden durch die völlige Wiederherstellung der alten C. G. T.“. [101]) Hier wurde es sichtbar: es ging den Reformisten letzten Endes nicht um die bloße Einheit, nicht um die Verstärkung der Stoßkraft des französischen Proletariats, die im Kampf gegen den Feind errungen und im Einsatz für positive Aufgaben bestätigt werden sollte, sondern um die Wahrung des Interesses der eigenen Organisation. Dem die Massen bewegenden Einheitsgedanken mußte Rechnung getragen werden: man griff ihn auf, aber nur um ihn zur Wiederherstellung einer Organisation zu gebrauchen, die auseinandergebrochen war, weil sie keine bindende Idee besaß. Für die Reformisten sollte die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, die von der Sorge der Arbeiterschaft um ihre Zukunft gefordert war, zur Rechtfertigung und Rückkehr einer Vergangenheit führen, über die sie weder gedanklich noch politisch hinausgekommen waren und die sie nur deshalb zurückwünschen konnten, weil ihnen die Kräfte der Gegenwart rätselhaft, unmechanistisch und also gefährlich schienen.

Aber auch solche Eigensucht ließ sich verdecken durch die Behauptung, mit den eigenen organisatorischen Forderungen nur dem wirtschaftlichen Interesse des Proletariats zu dienen. Denn die Einheit konnte nur von Gewinn sein, wenn sie von Dauer war und die Möglichkeit einer neuen Spaltung ausschloß. Sie mußte sich vollziehen, ehe sie offiziell anerkannt werden konnte. Wurden zwei ihrer Entwicklung und ihrer Anschauung nach verschiedene Organisationen durch die Entscheidung ihrer Leiter von oben her verschmolzen, so waren damit unter den Mitgliedern die alten Gegensätze noch nicht überbrückt, und morgen schon konnte die auferlegte Einheit durch auseinanderstrebende Kräfte gesprengt werden. Es blieb also nur der andere Weg der Einigung, der von unten her zur späteren Durchführung eines außerordentlichen Kongresses der schon geeinten Organisation führte, der die Einheit anzuerkennen und zu verstärken hätte; konkret gesprochen: die Unterorganisationen der C. G. T. U. hätten in die entsprechenden Gliederungen der C. G. T. zurückzukehren, wobei die im Rahmen der Gewerkschaftsdemokratie vorgesehenen Freiheiten der Meinungsäußerung und der Verwaltung der einzelnen Gewerkschaften garantiert werden sollten.

Mit diesen Bedingungen widersprach die C. G. T. den Vorschlägen der C. G. T. U., die in der gleichen Weise versuchte, das eigene Interesse zu wahren. Die C. G. T. U. hatte das durch die „faschistische Gefahr" wachsende Einheitsstreben der Arbeitermassen aufgegriffen und war an die C. G. T. des öfteren mit Vorschlägen herangetreten, die aus der besonderen Situation der C.G.T.U. verständlich werden. Denn während es nach der Spaltung den sozialistischen Gewerkschaften bald wieder gelungen war, ihren Mitgliederbestand auf die alte Höhe zu bringen, war die kommunistische Gewerkschaftsorganisation kaum gewachsen und hatte gerade in der letzten Zeit einen eingestandenen Mitgliederverlust zu verzeichnen, der ihre Bedeutung gegenüber der C. G. T. schwächte. Es hing deshalb viel für sie davon ab, rechtzeitig einen Vorwand zu finden, um die C. G. T. gegenüber den Arbeitermassen ins Unrecht zu setzen und sich selbst wieder polär zu machen. Diese Gelegenheit bot sich nach der faschistischen Aktion vom 6. Februar, als die Gegner geschlossen aufgetreten waren und die Arbeitermassen sich besorgt fragten, ob das französische organisierte Proletariat in seiner Zerissenheit auf die Dauer dem geeinten Gegner widerstehen könne. Aus dieser Situation heraus hatte die C. G. T. U. die Initiative ergriffen. Zwar waren schon bald nach der Spaltung Verhandlungen zur Bildung einer neuen Einheit beider Gewerkschaftsrichtungen unternommen worden, die sich mit einiger Regelmäßigkeit wiederholten; aber sie wurden auf beiden Seiten nicht ernst genommen und waren ständig begleitet von den erbittertsten Fehden. Aber seit der Umwälzung in Deutschland und besonders seit den Februarereignissen in Paris konnten die Vorschläge nicht mehr in der gleichen Unverbindlichkeit erfolgen, da die Anhänger jetzt in der Lösung dieses Problems eine für die französische Arbeiterbewegung schicksalhafte Frage erblickten und die Ablehnung der Einheit von Seiten einer der beiden Gewerkschaftsorganisationen als Verstoß gegen die Interessen der gesamten organisierten Arbeiterschaft betrachten mußten. So hatte die C. G. T. U. diesmal mit ihren Vorschlägen nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen. Denn lehnte die C. G. T. die Bildung der gewerkschaftlichen Einheit ab, so schien es den Kommunisten leicht, sie bei den Arbeitermassen zu diffamieren als eine im Dienst der Klassenfeinde stehende Organisation, die die Einheit des Proletariats verhindern

wolle. Zeigte sich andererseits in dieser Zwangslage die C. G. T. den kommunistischen Vorschlägen zugänglich, so galt es nur, sie so zu fassen, daß in dem Kompromiß, der geschlossen werden mußte, möglichst viele der kommunistischen Interessen gewahrt blieben. Aus diesen Gründen konnten die kommunistischen Geschäftler in allen belanglosen Fragen nachgeben, sie vertraten aber nachdrücklich da ihren Standpunkt, wo es um prinzipielle Dinge ging. Zu diesen prinzipiellen Fragen gehörten für die C. G. T. U. vor allem zwei Entscheidungen: die über den organisatorischen Aufbau der gewerkschaftlichen Einheit und die über die Angliederung des geeinten französischen Gewerkschaftsverbandes an eine der Gewerkschaftsinternationalen.

Gab sie sich einfach mit der Rückgliederung der kommunistischen Gewerkschaften in die sozialistischen zufrieden, dann mußte sie nicht nur eingestehen, daß sie 1921 Unrecht hatte, sondern konnte sich leicht auch der Möglichkeit berauben, in der so wiederhergestellten C. G. T. kommunistische Ziele erfolgreich zu vertreten. — Deshalb lief der kommunistische Vorschlag zur Bildung der Gewerkschaftseinheit auf die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft hinaus, in der beide Richtungen mit gleichen Rechten und gleichen Möglichkeiten aufgehen sollten. Diese Vereinigung mußte also von oben her erfolgen und sie bedurfte eines gemeinsamen Kongresses, der die einzelnen Bedingungen der Einheit ausarbeiten und beschließen sollte. Dies war der einzig mögliche Weg, um die C. G. T. U. nicht völlig zu liquidieren und den kommunistischen Interessen denselben Anteil wie den sozialistischen zu sichern. Die Gewerkschaftsdemokratie, in deren Namen auch die Kommunisten ihre Vorschläge einbrachten, besagte hier also nicht so sehr die Gleichberechtigung der einzelnen Mitglieder in der neuen einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, als vielmehr die Gleichberechtigung der beiden bestehenden Organisationen als Einheiten bei der Bildung des Gesamtverbandes, eine Gleichberechtigung, die man von der Spitzenorganisation bis hinab zur untersten Einheit gesichert wissen wollte.

Die andere Frage, in der die Kommunisten nicht nachgeben wollten, betraf die internationale Angliederung der neuen Gewerkschaftsorganisation und war von noch grundsätzlicherer Bedeutung, da von ihrer Lösung die künftige Politik der französischen Gewerkschaften abhing. Die Leiter der C. G. T. U. ver-

langten die Loslösung des geeinten Gewerkschaftsverbandes vom Internationalen Gewerkschaftsbund, dem sie Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse vorwarfen, und die Angliederung an die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Und hier werden die Hintergründe und die geheimen Absichten noch klarer. Das kommunistische Angebot zur Gewerkschaftseinheit war auf Anordnung der 3. Internationale erfolgt, und auch während der Verhandlungen holte sich die C. G. T. U. durch ihren Sekretär Monmousseau aus Moskau Weisungen über die Taktik, die sie einzuschlagen habe. Gab die C. G. T. in der Frage der internationalen Angliederung nach, so gab sie damit zugleich die Ziele preis, die der I. G. B. verfolgte und von deren Verwirklichung sie ihre Existenzberechtigung abhängig gemacht hatte. Mochte sie sich im Innern der neuen Gewerkschaftsorganisation noch so sehr auf ihre Gleichberechtigung berufen und für reformistische Ziele einsetzen: mit der Zugehörigkeit zur 3. Internationale, die ihre Landeszentralen in anderer Weise zu beherrschen weiß als die 2., waren ihr die Hände gebunden und machte sie sich selbst zum Vollstrecker eines Willens, der auf ihre Vernichtung gerichtet war.

Es war deshalb selbstverständlich, daß die C. G. T. diese Vorschläge ablehnte und auf der Tagung ihres Nationalkomitees im Oktober 1934, auf der die Frage der gewerkschaftlichen Einheit den größten Teil der Arbeiten und Debatten in Anspruch nahm, ihre eigene Stellungnahme klärte und bekräftigte. Die folgenden Verhandlungen, die von besonderen Kommissionen beider Zentralen geführt wurden, brachten keine neuen Ergebnisse, sondern wurden nur deshalb fortgeführt, weil keine der beiden Parteien nach außen hin einen Abbruch der Verhandlungen verantworten wollte. In Wirklichkeit waren die Verhandlungen schon in dem Augenblick gescheitert, in dem sowohl die C.G.T.U. wie auch die C.G.T. ihre Bedingungen der Einheit so formuliert hatten, daß sie vom anderen Teil eine völlige Selbstaufgabe verlangten, und über die einzelnen Abschnitte und unbedeutenden Zugeständnisse hinaus zeigte sich hiermit der eigentliche Charakter der Verhandlungen: das Streben nach organisatorischer und ideeller Einheit, das zweifellos in allen Lagern der marxistischen französischen Arbeiterschaft vorhanden ist, wurde von beiden Gewerkschaftsorganisationen mißbraucht, um in seinem

Namen den Schlag gegen die feindliche Zentrale zu führen. Der kommunistische Verband hatte dabei einen leichten taktischen Vorteil errungen, der es ihm nach dem Scheitern der Verhandlungen der Zentralen gestattete, von unten her in die sozialistische Organisation einzudringen und sich in den unteren Einheiten zum Anwalt der Einheit zu machen. Die C. G. T. konnte es nicht verhindern, daß auf Betreiben der C.G.T.U. in vielen Orten „Einheitssyndikate" errichtet wurden und daß eine solche Fusion der kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften schließlich sogar von einem großen Berufsverband beschlossen wurde. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste war es, der sich dem Gedanken anschloß, die Einheit, die die Zentralen nicht verwirklichten, durch den Zusammenschluß der Untergliederungen zu erreichen. Das Nationalkomitee des C. G. T., das im März 1935 tagte, sprach sich gegen die Einheitssyndikate und gegen die Fusion der sozialistischen und kommunistischen Verbände öffentlicher Dienste aus und begab sich damit auch des Einflusses auf diese durch die kommunistische Initiative zustandegekommenen Verwirklichungen des Einheitsstrebens.

Durch den erfolglosen Ausgang der Verhandlungen war eine Situation geschaffen, die kennzeichnend ist für die heutige Position des liberalen Sozialismus und seine Art, auf Vorgänge zu reagieren. Die Verhandlungen hatten, eben weil sie zunächst ohne Resultat blieben, zwischen beiden Zentralen die Gegensätze, die sie beseitigen sollten, heller beleuchtet und verschärft. Die persönlichen und politischen Widerstände, die notwendig auf beiden Seiten durch die verschiedenen Konzeptionen der Einheit und ihrer Hintergedanken noch wachsen mußten, waren jedoch in nichts den Geboten der Selbstverteidigung angemessen, die sich beiden Gewerkschaftsrichtungen durch die Angriffe des Nationalismus auf ihre Organisationen auferlegten[102]), und mußten obendrein den Massen der Anhänger unverständlich bleiben, die nur die gemeinsame Gefahr, nicht aber die hinter den Verhandlungen spielende Eigensucht sehen konnten. Schon auf dem Brüsseler Kongreß war dem I. G. B. der Vorwurf gemacht worden, er habe sich nicht rechtzeitig der Führung der antinationalsozialistischen Strömungen bemächtigt und dadurch auf eine Stärkung seiner Autorität verzichtet. Seine französische Landeszentrale verfiel nunmehr im eigenen Lande dem gleichen Fehler. Von der

französischen Arbeitern wurde der 12. Februar als Versprechen empfunden; schon aber hatte die kommunistische Zentrale den Sozialisten die Initiative aus den Händen genommen und mit dem Angebot der völligen Verschmelzung beider Organisationen die von den Arbeitern erwartete Konsequenz aus der Einheitsfront des 12. Februar gezogen. Sie besaß deshalb alle Freiheiten, die die Initiative gewährt, selbst die Freiheit des Rückzugs, während die Reformisten, die nicht zustimmen konnten, in der Abwehr verharren mußten. Aber sie besaßen nicht die Kraft, der geplanten Einheit einen aufbauenden Gedanken zu geben, sondern wollten ihr nur die Ziele unterschieben, denen sie bislang — auf sich allein gestellt — kein großes Ansehen hatten verschaffen können.

Aber auch über den Rahmen der reformistisch-kommunistischen Streitigkeiten hinaus gaben die Pläne einer gewerkschaftlichen Einheit über die Position des Sozialismus Aufschluß. Denn die Einheit war aus der Verteidigung heraus begriffen und ihr Programm trug alle Merkmale der Abwehr: Verteidigung der Freiheiten der Arbeiterklasse, Verteidigung der bedrohten Gewerkschaftsorganisationen und Auflösung der feindlichen, nationalistischen Gruppen durch die Regierung waren die Ziele. Und da die Einheit zudem gegen die Kräfte des 6. Februar gerichtet sein sollte, lief sie leicht Gefahr, von denen gebilligt zu werden, gegen die sich das Volk in seinem Wunsch nach politischer Sauberkeit empört hatte. Die Rote Einheitsfront der Parteien war dieser Belastung nicht entgangen; konnte die aus demselben Bedürfnis konzipierte Einheit der Gewerkschaften von ihr verschont bleiben?

Und konnte die gewerkschaftliche Einheit ohne positives Programm tatsächlich zu einem Wall gegen einen Nationalismus werden, den, wie die Ereignisse in Deutschland gezeigt hatten, gewisse Veränderungen der sozialen Struktur begünstigten? Da die Sozialisten den aufsteigenden Nationalismus in allen Ländern trotz mancher Besonderheiten für eine internationale, im Grunde einheitliche Erscheinung hielten, mußte die Sorge um ein Programm sie mehr und mehr beschäftigen. Die Einheitsfront konnte unter den günstigsten Bedingungen ein Mittel der Behauptung werden. Da aber die Gegensätze innerhalb der Nationen sich auf eine Weise verschärften, die den Sieg einer Partei zumindest für

längere Zeit zu einem endgültigen machte, und da in allen Ländern der siegende Nationalismus die alten Arbeiterorganisationen vernichtet hatte, war die bloße Behauptung gegenüber einem wachsenden Gegner nur Verzögerung, aber keine Entscheidung.

Es galt vielmehr, ein Mittel der Entwicklung zu finden. In Deutschland hatte es sich als fruchtlos erwiesen, den Nationalismus in seinen Symptomen zu bekämpfen, solange seine Bedingungen fortbestanden, und da die Marxisten nur wirtschaftlich-soziale Bedingungen anerkannten, mußte bei diesen die konstruktive Aktion ansetzen, die der negativen erst ihre Berechtigung geben konnte.

Zwar ist die soziale Struktur Frankreichs eine andere als die Deutschlands, aber diese Verschiedenheit ist für die Marxisten eher ein Nachteil. Denn bei der geringeren Industrialisierung Frankreichs sind die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse an sich schon beschränkter als in Deutschland, und desto mehr Wert mußte man gerade nach den deutschen Erfahrungen darauf legen, den Feind seiner Voraussetzungen zu berauben. Noch bot sich dazu die Gelegenheit, da die nationalistischen Gruppen selbst am 6. Februar ohne ein gemeinsames positives Programm aufgetreten waren und ihre Aktion daher schon unmittelbar danach einen verbindenden Antrieb nicht mehr besaß. Der französische Nationalismus hatte seine einheitlichen sozialen Bedingungen noch nicht erkannt, darum mußten sie ihm entzogen werden, bevor er ein klares Bewußtsein einer sozialen Aufgabe gewinnen konnte.

Die Erfahrungen des internationalen Sozialismus mit Deutschland hatten gezeigt, daß vor allem in der besonderen Situation des städtischen und landwirtschaftlichen Mittelstandes und im Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Ursachen für das Aufsteigen nationalistischer Bewegungen zu suchen waren, die dadurch noch gefährlicher wurden, daß der Marxismus selbst nach der Umwandlung des freihändlerischen in einen monopolistischen Kapitalismus seine Taktik noch nicht geändert hatte und nun ins Leere vorstieß. Dem materialistischen Sozialismus die Beziehung zur Wirklichkeit wiederzugeben und die Strömungen, die bis jetzt seinen Gegnern zugute gekommen waren, nunmehr für ihn fruchtbar zu machen, mußte für die Syndikalisten zu einer Aufgabe werden, die über die Bildung der sozialistisch-kommunistischen

Einheit hinausführte und durch deren Lösung es vielleicht gelang, die Massen, die durch die Gewerkschaftseinheit gesammelt werden sollten, auch ohne das Zutun der Kommunisten allein unter sozialistischer Führung zu einen.

Dazu war allerdings eine Korrektur des Systems notwendig. Es mußte der Versuch unternommen werden, die Kräfte, die gegen diesen „Sozialismus" wirkten, in den ökonomischen Plan mit einzubeziehen, dieses System folglich so zu erweitern, daß die zahlreichen neuen Strömungen in ihm Platz fanden. — Schon einmal hatte der internationale Sozialismus eine solche Erweiterung vorgenommen, als er in der ersten Nachkriegszeit die wilsonistischen Ideen aufnahm, in deren Namen er die Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland zu führen vorgab. Auch jetzt, als ihn Bewegungen angriffen, die er zum Nationalsozialismus in Beziehung setzte, vermochte er nicht, aus dem eigenen Bestand heraus Widerstand zu leisten, sondern mußte zu einer Erweiterung des Systems seine Zuflucht nehmen, die in dieser Art eine Schwächung, wenn nicht sogar eine Aufgabe des marxistischen Gedankens werden mußte.

Ueberall wirkte das deutsche Beispiel. Wenn in Deutschland die Arbeiterklasse nicht den von Marx vorausgesagten Aufstieg nehmen konnte, sondern durch die Entwicklung der industriellen Technik in ihrer Zahl begrenzt blieb, so galt diese Erfahrung für die anderen Länder mit noch größerer Gewißheit. Obendrein war in Frankreich die Organisierung des Proletariats nicht erheblich fortgeschritten; die beiden roten Gewerkschaftsverbände umfaßten nicht einmal $^1/_{10}$ der gesamten arbeitenden Bevölkerung. So konnte im Ernstfall der Widerstand gegen den Faschismus gefährdet sein durch die geringe Zahl der organisierten Arbeiter und — wie in Deutschland — durch die vielen Arbeitslosen, die der Staat bei einem revolutionären Generalstreik in die Betriebe schicken konnte. Da also mit einem weiteren Anwachsen der Arbeitermassen nicht zu rechnen war, mußten die vorhandenen anderen Schichten für eine — wie auch immer geartete — „sozialistische Aktion" gewonnen werden.

Das Grundübel, das nach Ansicht der Marxisten den Aufstieg des „Faschismus" ermöglichte, war die Wirtschaftskrise. Sie galt es daher zu beseitigen, um dem Faschismus die Voraussetzungen zu

nehmen und zugleich mit der Propagierung des Kampfes gegen die Krise die verelendeten Massen unter der „sozialistischen" Fahne zu sammeln. Als günstigster Ansatzpunkt bot sich der marxistischen Werbung zweifellos die Aktion unter den Arbeitslosen. Denn bei ihnen mußten nur die alten Klasseninteressen am Leben erhalten werden durch die Aussicht auf baldige Wiedereinstellung. Der Fehler der deutschen Sozialdemokraten, die dem Problem der Arbeitslosigkeit hilflos gegenüber gestanden hatten, mußte vermieden werden, da die Verelendung der Erwerbslosen erfahrungsgemäß nicht zur proletarischen Revolution, sondern zum Triumph des Faschismus führte; und die Notwendigkeit, „geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, um die augenblickliche Arbeitslosigkeit dadurch aufzusaugen, daß zahlreichen Industrie- und Handelsunternehmungen eine gewisse Aktivität wiedergegeben wird," [103]) mußte die Propagierung großer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach sich ziehen, denen sowohl ein wirtschaftlicher wie ein propagandistischer Wert eigen war.

In ähnlicher Weise hoffte man durch den Kampf gegen die Krise den Mittelstand gewinnen zu können, dessen Angehörige sich wie die Arbeiter in einer Frontstellung gegen den Kapitalismus befanden, und denen man nur zeigen mußte, daß allein das Programm des Marxismus fähig sei, die wirtschaftliche Not zu wenden. Auf diese Weise wollte man der sogenannten pseudosozialistischen Propaganda des Faschismus unter dem Mittelstand begegnen, ihr die Argumente nehmen und sie schließlich sogar als Dienerin des Kapitalismus entlarven. Das Ziel, den antikapitalistischen Trieb des Mittelstandes für den proletarischen „Sozialismus" einzufangen, ließ sich jedoch nur erreichen, wenn man den Handwerkern, Technikern usw. konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Krise aufweisen konnte, die ihrer Situation angepaßt waren und von ihrer Situation aus verstanden werden konnten.

Es blieben die kleinen Bauern. Der Zugang zu ihnen fiel den Syndikalisten naturgemäß am schwersten, da sie der industriellen Arbeit am fernsten standen. Den Kommunisten war durch Lenin der Wert der Agitation unter den kleinen Landwirten bekannt; und auch die Gewerkschaften hatten durch die Syndikate der Landarbeiter Fühlung bekommen mit den Problemen des Landes, aber die eigentliche Bauernfrage hatten sie nicht beachtet. Gerade in Frankreich aber konnte Zustimmung oder Ablehnung der

Bauern entscheidend sein in einem Ringen, das um die zahlenmäßige Majorität im Volke ging. Und unter ihnen war die Agitation des Nationalismus am weitesten fortgeschritten! Die nationale Bauernbewegung, die in Frankreich eine offene Gefahr für das Regime bildet und die durch die Getreide- und Weinkrise einen revolutionären Schwung bekommen hatte, mußte die Besorgnis der Marxisten erregen. „Die Fortschritte, die ... die profaschistischen Demagogen der Agrarpartei machen, sind auch weiterhin beunruhigend und enthüllen eine wirkliche Gefahr Wir dürfen nicht vergessen, daß Frankreich wesentlich ein Agrarland bleibt und daß, wenn der Faschismus nichts gegen die Massen der Bauern vermag, er doch morgen schon alles mit ihrer Hilfe oder bloß mit ihrer Neutralität vermag.“ [104])

Wieweit diese Gefahr fortschritt, zeigten noch im März 1935 die Wahlen in Blois, bei denen der Leiter der nationalen Bauernopposition, Dorgères, den radikalsozialistischen Kandidaten im ersten Wahlgang mit rund 7000 : 5000 Stimmen schlug, während noch 1932 der Kandidat der vereinten Rechten im gleichen Bezirk nicht einmal 6000 Stimmen erhalten hatte. Und die Niederlage, die Dogères im zweiten Wahlgang erlitt, war zu knapp um von seinen Gegnern als Sieg gefeiert zu werden. Aber bestätigte sich nicht auch hier wieder, daß die Wirtschaftskrise und das Wachsen der nationalistischen Strömungen in einem ursächlichen Zusammenhang standen und daß der materialistische Sozialismus die politische Gefahr der faschistischen Gruppen nur dadurch für immer beseitigen konnte, daß er alle Kraft an die Wiederbelebung der Wirtschaft setzte und alle Bedingungen schuf oder erhielt, die den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und damit die Wiederkehr des normalen und entspannten Lebens des Volkes herbeiführen konnten? — Der Sozialismus konnte die Bauernfrage nicht mehr umgehen.

All die einzelnen Probleme führten zur zentralen Frage: konnte der Marxismus alten Stils die Fülle der neu aufgetauchten Probleme noch bewältigen? Hatten nicht in Deutschland alle marxistischen Richtungen versagt, sowohl in den revolutionären wie in den reformistischen Organisationen? Und konnte man denn vom alten Sozialismus verlangen, daß er Probleme löste, deren Existenz er nicht voraussah? Andererseits mußte der materialistische Sozialismus alles Utopische und Theoretisierende abstreifen,

wenn er nicht der Gewalt der Realitäten unterliegen wollte, und in die konstruktive Phase seiner Entwicklung eintreten, deren Beginn sich in der Notwendigkeit ankündigte, gegenüber dem in der Wirtschaftskrise sich offenbarenden Versagen des Kapitalismus die konkreten Maßnahmen zu erwägen und zu propagieren, mit denen dieser „Sozialismus" die zerstörte Wirtschaft alsbald beleben wollte. Denn bisher hatte die marxistische Doktrin in all ihren Auslegungen wohl die Bedingungen aufgezeigt, unter denen die Arbeiterklasse die Macht übernehmen könnte, sie gab aber kaum Auskunft über die Frage, was denn die Arbeiterklasse mit der Macht nun wirklich anfangen sollte und wie ihr „sozialistischer" Aufbau aussehen, der das kapitalistische Wirtschaftssystem ablösen sollte. — Es bedurfte also eines klaren und einleuchtenden Plans des „sozialistischen Fortschritts", der imstande war, den Interessen aller von der Krise betroffenen Schichten Rechnung zu tragen, und der neben seiner propagandistischen Seite zugleich ein Regierungsprogramm darstellte, mit dem die Marxisten nach der Machtübernahme an die Arbeit gehen konnten.

Aber der Gedanke eines solchen Plans ist nicht in Frankreich entstanden, sondern in Deutschland, und die erste sozialdemokratische Landeszentrale, die einen Plan adoptierte, die belgische, tat dies unter dem Eindruck des deutschen Umsturzes und auf die Initiative eines Mannes hin, der in Deutschland die Ursachen des marxistischen Zusammenbruchs an Ort und Stelle gesehen hatte. So wirkt im „Planismus", der als „konstruktiver Sozialismus" einen völlig neuen Abschnitt der sozialistischen Entwicklung darzustellen beansprucht, der Nationalsozialismus dadurch auf eine eigene Art weiter, daß er unmittelbar den Anstoß zu einer weitgreifenden Korrektur des marxistischen Systems gegeben hat, die für den materialistischen Sozialismus schicksalhaft sein kann in einer Zeit, in der die Entscheidungen sich nicht mehr rückgängig machen lassen.

Der für den März 1933 geplante Kongreß der deutschen Sozialdemokratie sollte sich mit dem Entwurf eines Plans befassen, der die Aktion des internationalen Sozialismus in Deutschland wiederbeleben und damit ein wirksames Gegengewicht gegen den Aufstieg des Nationalsozialismus schaffen wollte. Der Urheber des Plans, der in der deutschen Sozialdemokratie und auf einer deutschen Hochschule tätige Flame Hendrik de Man, der die

Entwicklung in Deutschland lange genug beobachtet hatte, ging nach dem endgültigen Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie nach Belgien zurück, um hier der Belgischen Arbeiterpartei und der von ihr abhängenden Belgischen Gewerkschaftskommission seinen in den Grundzügen gleichgebliebenen und nur in Einzelheiten den belgischen Verhältnissen angepaßten Plan anzutragen. Die belgischen Sozialdemokraten sahen in diesem Plan eine Möglichkeit der Aktivierung ihrer Organisationen, und auf dem zu Weihnacht 1933 abgehaltenen Kongreß der Belgischen Arbeiterpartei wurde der „Arbeitsplan" angenommen und seine Bestimmungen zur Grundlage der künftigen sozialistischen Politik gemacht. Da diesem Arbeitsplan in vielen Ländern ähnliche Pläne gefolgt sind, darunter der der C. G. T., deren Inhalt bei allen nationalen Variationen auf die Grundgedanken des originalen Plans zurückgeführt wird,[105]) läßt sich die wahre Bedeutung des Planismus in der Entwicklung des internationalen Sozialismus am besten aus der Aufgabenstellung des belgischen Plans erkennen, die gewiß nicht in allem neu ist und die sich in manchen älteren, inneren Bewegungen des Sozialismus ankündigt, deren Leistung jedoch darin besteht, mannigfache Strömungen zusammengefaßt und zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Aktion gemacht zu haben.

Denn die neuartigen Probleme, denen sich der materialistische Sozialismus gegenüber fand und die ihm ungelöst zum Verhängnis werden konnten, machten ihm auch eine neue Orientierung in der politischen Umwelt zur Pflicht. Die Gegensätze zwischen reformistischer und revolutionärer Taktik und zwischen wirtschaftlicher und politischer Organisation des Proletariats einerseits, die in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus entstandenen Forderungen einer in der Sozialisierung der Produktionsmittel sich äußernden reinen Arbeiterrevolution andererseits, entsprachen nicht mehr den Gegebenheiten der Stunde. Reformistische und revolutionäre Organisationen waren in Deutschland gleichzeitig geschlagen worden, und zwar durch die Mitwirkung solcher Schichten der Bevölkerung, in denen durch die Krise ein klarer antikapitalistischer und revolutionärer Instinkt aufgebrochen war. Und der Monopolkapitalismus hatte mit seiner nationalen Restriktion Bedingungen geschaffen, auf die die alte sozialistische Kritik nicht mehr zutraf.

Angesichts solcher Wandlungen in der sozialen und wirtschaftlichen Situation hält der Arbeitsplan eine „neue Strategie des Sozialismus" für notwendig. Die Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder hatten bisher alle den Fehler begangen, ihre Forderungen zu eng oder zu weit zu spannen: sie waren steckengeblieben im täglichen Kleinkampf der Industriearbeiterschaft und hatten dabei die umfassende Entwicklung aus den Augen verloren; oder sie hatten von vornherein so utopische Forderungen aufgestellt, daß ihnen das Empfinden für das Erreichbare verlorengehen mußte.

Hier setzte der Plan an. Er sollte nach einer genauen Analyse der wirtschaftlichen Strukturveränderungen festlegen, in welchen Grenzen und mit welchen Mitteln die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems noch möglich war, und sollte gleichzeitig die Arbeiten dazu in Angriff nehmen. „Der Plan, soweit er Ausdruck und Symbol der neuen Phase der sozialistischen Aktion ist, besagt, daß der Umsturz des Produktionssystems selbst von nun an eine unmittelbare und direkte Forderung sein muß." [106]) Diese Bestimmung entsprach sowohl der antikapitalistischen und revolutionären Strömung in weiten Kreisen der Bevölkerung, wie auch der wirtschaftlichen Situation und der Bedrohung der sozialen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen durch die Wirtschaftskrise, die zu beseitigen der Kapitalismus nicht imstande war. In der Beseitigung dieser Krise soll sich der Sozialismus durchsetzen, also unter Bedingungen, die gerade das Gegenteil jener Umstände darstellten, unter denen der alte Sozialismus sich die Machtübernahme der Arbeiterklasse vollziehen lassen wollte. So müßte die Aktion des Tages zugleich eine beginnende Verwirklichung des Aufbaues der Zukunft werden, denn „infolge der andauernden Wirtschaftskrise kann der Kampf der Arbeiterbewegung für die Entwicklung der früher erworbenen Freiheiten und Reformen und sogar für die bloße Aufrechterhaltung eines erträglichen Lebensniveaus nur erfolgreich sein, wenn er eine tiefgreifende Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur des Landes verfolgt." [107]) Deshalb entstanden der neuen sozialistischen Strategie, die der Plan in dieser Lage einleitete, aus dem Kampf gegen die vom Kapitalismus verschuldete Krise zwei zusammenhängende Aufgaben: die propagandistische und die sachliche, politische.

In der alten sozialistischen Strategie hatten diese beiden Arten der Taktik zueinander in keiner sinnvollen Beziehung gestanden: während das politische Ringen um sehr eingeschränkte, von der Tagespolitik bestimmte Ziele ging, erfolgte die Werbung, soweit sie nicht als bloße Wahlpropaganda einer Klärung oder Mischung der bestehenden Fronten diente, im Namen eines reinen „Sozialismus", dessen Verwirklichung nicht abzusehen war. So mußte die Werbung der politischen Arbeit, auf die sie nicht zugeschnitten war, eher hinderlich als förderlich sein, da mancher Arbeiter, der durch die Propaganda dem unverfälschten Sozialismus gewonnen war, durch die politische Tätigkeit der Marxisten an ihm verzweifeln mußte. Die Beseitigung der Wirtschaftskrise durch sozialistische Maßnahmen bot als Programm nunmehr die Möglichkeit, der Propaganda einen sichbaren Inhalt und der Aktion eine auf sie ausgerichtete Propaganda zu verleihen. Mit einer solchen Parole wollte der Plan aber auch die Reichweite der Werbung wesentlich erweitern: all die Kräfte, die in Deutschland dem Nationalsozialismus zugeströmt waren, weil der Marxismus mit ihnen nichts anzufangen wußte, sollten unter dieser Parole für die sozialistischen Ziele gewonnen werden, weil sie ein unmittelbares Interesse an der Erreichung dieser Ziele hatten.

Die propagandistische Absicht des Plans war zunächst auf die Situation der Arbeitslosen zugeschnitten. In Deutschland war der Zusammenhang zwischen dem arbeitenden und dem arbeitslosen Teil der Arbeiterklasse verloren gegangen und die Erwerbslosen, die von den Marxisten keine Initiative zur Aenderung ihres Zustandes erwarten konnten, sahen im nationalsozialistischen Experiment die letzte Hoffnung. Der Plan aber konnte die Einheit zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen dadurch wieder herstellen, daß er aufwies wie beider Interesse im Kampf gegen die Wirtschaftskrise das gleiche war und wie er es unternahm, „das Ringen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit umzuwandeln in ein Ringen gegen die Arbeitslosigkeit selbst, in einem Aufstand gegen die Arbeitslosigkeit."[108]) Die Arbeitslosen mußten in die marxistische Aktion wieder einbezogen werden, es mußte ihnen gezeigt werden, wie sie selbst durch den Plan wieder in die Lage versetzt wurden, wirksam gegen ihr Schicksal zu kämpfen, und wie die beschäftigten Arbeiter durch den gleichen Einsatz für den Plan ihnen beistanden. Dieser Einsatz der Erwerbslosen schloß ein

„die Organisation von Kundgebungen der Arbeitslosen gegen die Arbeitslosigkeit und für den Plan. Man muß die Arbeitslosen dem Land und ihnen selbst zeigen.“[109]) So allein konnte die Werbekraft die dem Plan innewohnte, seiner Verwirklichung zugute kommen. Und der gegen den Kapitalismus in einer marxistischen Front mobilisierte Wille der Arbeitslosen sollte die erste Voraussetzung zur Aufrichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems schaffen, das allein imstande sein konnte, die Arbeitslosigkeit aufzusaugen. Propaganda und Aktion waren aufeinander abgestimmt.

In gleicher Weise wollte der Plan den wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes, jener anderen Kraftquelle des Faschismus Rechnung tragen. Der Mittelstand war dem Sozialismus besonders gefährlich, weil er aus einem ausgeprägten antikapitalistischen Bewußtsein heraus handelte, im alten sozialistischen System aber keinen Raum gefunden und sich deshalb pseudosozialistischen Bewegungen verschrieben hatte. Der Plan erkannte die Existenz des Mittelstandes als einer besonderen Klasse mit einem eigenen, vom proletarischen sich unterscheidenden Bewußtsein einfach an. Da er jedoch nicht einen im engen Sinn proletarischen Sozialismus, der sich als zukunftslos erwiesen hatte, verwirklichen, sondern in der Sammlung der antikapitalistischen Kräfte zu einer neuen sozialistischen Konzeption fortschreiten wollte, war er auf die Mitwirkung des Mittelstandes angewiesen. Auch hier schien es sich zu erweisen, daß man nur beim Kern der wirtschaftlichen Problematik, bei der Wirtschaftskrise, anzusetzen brauchte, um all die Schwierigkeiten zu überbrücken, die sich bisher dem Marxismus entgegengestellt hatten, und um eine Abgrenzung der wirklichen Fronten zu erreichen. Die Wirtschaftskrise betraf alle, Arbeiter, Arbeitslose und Angehörige des Mittelstandes mit der gleichen Härte, und durch sie wurde es klar, „daß der Mittelstand ebenso wie die Arbeiterklasse kein anderes Mittel besitzt, um aus seiner augenblicklichen Not herauszukommen, als eine radikale Reform der wirtschaftlichen Struktur selbst zu betreiben.“[110]) In dieser Notwendigkeit aber mußte er sich mit der Arbeiterklasse treffen, die auch nicht mehr um eine möglichst große Beteiligung am Nationaleinkommen kämpfen konnte, sondern die zur Zeit eines regressiven Kapitalismus, der nicht mehr unbegrenzt Reichtümer produzierte, ebenfalls nur noch in einem Ringen für die Aenderung des Wirtschaftsregimes Erfolge er-

zielen konnte. Wo also die Arbeiterklasse und der Mittelstand über die Ziele des täglichen Kampfes, die sie trennten, hinausschritten und zur Bestimmung ihrer eigentlichen Aufgabe in der allgemeinen Wirtschaftsnot gelangen wollten, erwies es sich alsbald, daß diese Aufgabe — zunächst wenigstens in der Form — beiden Klassen gemeinsam war.

Diesen Tatbestand aufzuhellen und aus ihm die Konsequenzen zu ziehen, war das nächste Ziel des Plans. Und wieder mußten die Folgerungen sowohl für die Propaganda wie für die Aktion und die inhaltliche Klärung des Kampfziels gezogen werden. Die sozialistische Propaganda hatte sich fortan auch auf die Gewinnung des Mittelstandes zu richten; sie hatte ihm zu zeigen, daß der Kampf gegen den Kapitalismus in all seinen Verkleidungen und damit gegen die Wirtschaftsnot wirkungsvoll nur geführt werden konnte, wenn alle antikapitalistischen Kräfte sich einten, um mit einer Veränderung des Wirtschaftssystems auch die Voraussetzungen der Krise zu beseitigen, und zwar nicht durch die Rückkehr zu einer vorkapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern durch einen Schritt über den Kapitalismus hinaus.

Wollte man aber den Mittelstand ernsthaft für eine gemeinsame Aktion gewinnen, so mußte man seine besonderen Bedingungen berücksichtigen und ein Arbeitsprogramm aufstellen, das für ihn annehmbar war und dennoch so weitgehende Forderungen erhob, daß eine wirkliche Veränderung der wirtschaftlichen Struktur dabei herauskam. Das heißt: man mußte die gemeinsame Aktion gegen die Macht des Monopolkapitalismus führen, ohne die anderen Formen des Eigentums anzugreifen, und bei dieser Respektierung des Privateigentums gleichwohl zu einer sozialistischen Lösung gelangen.

Aus all solchen Betrachtungen über die Situation des Kapitalismus und des Sozialismus und über die notwendige Gewinnung der Arbeitslosen und des Mittelstandes für eine gemeinsame sozialistische Aktion ergaben sich für die neue Strategie drei Bedingungen für ihren Erfolg:

1. Sie mußte auf eine wirkliche Veränderung der wirtschaftlichen Struktur ausgehen und auf eine bloße Reform der Verteilung des Nationaleinkommens verzichten. 2. Die Reform der Struktur mußte tief genug greifen, um die wesentlichen Voraussetzungen

der Krise zu beseitigen, d. h. die Kaufkraft auf dem inneren Markt zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu heben. 3. Die Reform mußte von der großen Mehrzahl des Volkes zugunsten der Mehrzahl und gegen eine verschwindend geringe Minderheit angenommen werden können.

So war es möglich, die Position dieses neuen „Sozialismus" mit den militärischen Positionen der Gegner im Weltkrieg zu vergleichen um aus dem Vergleich zu lernen: man durfte sich nicht, wie die Alliierten, die den deutschen Angriff zum Stehen gebracht und den Gegner in die Gräben hineingezwungen hatten, selbst vom Feinde in die Gräben zwingen lassen, bis er sich stark genug fühlte, den Angriff wieder vorzutragen, sondern der „Sozialismus" mußte selbst zum Angriff übergehen, um den Kapitalismus völlig zurückzuschlagen. Damit unterwarf er sich dem Gesetz des Angriffs. „Die erste Aufgabe besteht von jetzt an darin, das Ziel des Angriffs festzusetzen. Wählt man es zu umfangreich und zu weit, so riskiert man, nicht über die nötigen Streitkräfte zu verfügen; das führt zum erzwungenen Rückzug und vielleicht zum Zusammenbruch. Aber dieselbe Gefahr bedroht eine Strategie, die den Fehler beginge, ein zu beschränktes Ziel zu wählen. Denn selbst wenn der Angriff glückt, besteht dann die Gefahr, daß er in eine wilde Flucht verwandelt wird durch die schweren Batterien, die er nicht erreicht hat, und durch das Seitenfeuer der nahen und unversehrt gebliebenen Flankenstellungen." [111])

Als Maßnahme des Angriffs wollen also die folgenden konkreten Vorschläge des Plans gewertet werden, und deshalb besitzen sie auch in ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung eine rein politische Bedeutung.

Die aktuelle Situation des Kapitalismus und das erstrebte Bündnis mit dem Mittelstand, das, wie jedes Bündnis, Zugeständnisse erforderte, bestimmten inhaltlich das neue Programm, das die Wirtschaftskrise durch eine sozialistische Methode beseitigen wollte, die, ohne das Eigentumsrecht zu verletzen, doch dem Kapitalismus den entscheidenden Stoß versetzen wollte. Das Mittel, von dem der Plan die Erfüllung dieser Aufgabe erhoffte, bestand in der Nationalisierung des Kredits, die zwar nicht der Forderung des reinen Sozialismus nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel gerecht wurde, die aber dennoch beim gegebenen Ausmaß der Kräfte die weiteste Möglichkeit einer solchen „sozialis-

tischen" Verwirklichung darstellte. Im einzelnen handelte es sich nur darum, „das Finanzkapital und — daraus folgend — die monopolistischen Formen des Industriekapitals zu verstaatlichen, die im Bereich der Produktion, der Energiewirtschaft und der wesentlichen Rohstoffe ihre Macht der Unterdrückung auf die Macht des Finanzkapitals gründen."[112]) Der nationalisierte Sektor würde also die Produktion der Kohle, der Elektrizität und einen Teil der großen Metallindustrie erfassen. Daneben aber würden in einem privaten Sektor all die Industriezweige in der alten Form weiterbestehen, in denen die freie Konkurrenz vorherrscht, und ebenso alle Zweige der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks usw. Gleichwohl dürfte diese gemischte Wirtschaft keine freie mehr sein, sondern müßte vom Staat geleitet werden, der auf den nationalisierten Sektor ja unmittelbar wirken könnte und dem zur Leitung des privaten Sektors folgende Mittel zur Verfügung ständen: Regelung der Verteilung des Kredits, staatliche Handels- und Steuerpolitik, Eingriff des Staates bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Durch eine solche Art der Wirtschaftsplanung sei der Staat imstande, Verbrauch und Produktion auf dem Binnenmarkt wieder in Beziehung zu setzen und beide gleichmäßig zu entwickeln, eine Möglichkeit, die der Kapitalismus nicht besitzt und deren Fehlen die eigentliche Ursache der seit 1929 herrschenden Wirtschaftskrise ist, die sich somit als eine wirkliche Krise des Regimes erweist.

Ohne diese technisch-wirtschaftlichen Vorschläge im einzelnen darzulegen, sei nur auf die politische Bedeutung hingewiesen, die ihnen zukommt. Der Plan beansprucht nur noch eine Geltung im Rahmen eines Staates. Er widerspricht also den Gedankengängen, die der I. G. B. noch auf dem Kongreß von Brüssel zur Bekämpfung der Krise geäußert hatte, die er nur durch internationale Maßnahmen und auf internationalem Boden garantiert sah, da die Ursachen der Krise internationaler Art seien. Er widerspricht jedoch noch vielmehr den bisher in der 2. Internationale herrschenden Auffassungen von der Art und der Aufgabe der sozialistischen Aktion. Daß die Sozialisierung des Finanzkapitals wichtiger sei als die Sozialisierung der Industrieproduktion, war ein Gedanke, der in marxistischen Kreisen in den letzten Jahren schon zuweilen gefaßt wurde. Er entsprach der modernen Entwicklung des Kapitalismus. In dem Augenblick jedoch,

in dem der Plan es unternahm, konkrete Auslegungen des Gedankens und Methoden seiner Realisierung zu verkünden, stieß er auf eine Macht, die in den großen Systemen des Sozialismus mit entschiedener Ablehnung und mit einer auffälligen Leichtfertigkeit behandelt worden war: den Staat. In die Hände des Staates legte der Plan die Leitung der Wirtschaft, unter seiner Mitwirkung sollte sich die „Sozialisierung" vollziehen, die allerdings nur als ein Zwischenreich betrachtet wird, das den endgültigen, reinen Sozialismus vorbereiten soll, ohne daß jedoch eine nähere Erklärung über die Art gegeben wird, in der dann die Umwandlung des Zwischenreichs in ein rein sozialistisches Regime erfolgen kann. Die politische Reform, die de Man zur Realisierung des Plans für notwendig hält, erstrebt eine Verstärkung der Grundlagen der Demokratie. Gerade eine Demokratie aber stellt einer Verwirklichung des ökonomischen Sozialismus die größten Hindernisse entgegen, da in ihr mit wachsender Freiheit auch die Gegenkräfte sich ungehinderter entfalten können. Es ist kein Zufall, daß der Marxismus — wenngleich in einer anderen Form — in Rußland siegen konnte und in Deutschland zusammenbrach.

In der Behandlung des Staates wird die Schwäche des Plans sichtbar. In ihr zeigt es sich, — und die Entwicklung in Belgien bestätigt diese Behauptung, — daß dieser „Sozialismus" niemals ein Verhältnis zur Macht gehabt hat und daß er sie deshalb nicht endgültig erobern konnte. Auch de Man glaubt, daß eine einfache parlamentarische Mehrheit, die sich für die Bestimmungen des Plans entscheidet, genügt, um die Gedanken des Plans auch in die Wirklichkeit umzusetzen, und daß man mit der gleichen parlamentarischen Mehrheit eine Verwirklichung jenes Sozialismus erreichen kann. Gesetzt selbst, diese Mehrheit vermag es, gegen die widerstrebenden Mächte die Realisierung des Planes durchzusetzen, so müßten doch schon beim nächsten Schritt einer weiteren Sozialisierung die Interessen wieder auseinandergehen, die sich trotz aller Verschiedenheiten im Einsatz für den Plan zusammengefunden hatten. Und gesetzt auch, es gelänge dem Plan, die Wirtschaftskrise zu beseitigen, so wird gerade dieser Erfolg am wenigsten die Aussichten für den integralen Sozialismus steigern, denn in geordneten und gesunden Wirtschaftsverhältnissen machen sich die Belange des Eigentums am stärksten geltend. Es bleibt also die Möglichkeit, daß sich die Marxisten mit

dem vom Plan erstrebten Zustand zufrieden geben und ihn als die zeitgemäße Form des Sozialismus bezeichnen. Dann aber entsteht die Frage, ob dieser Sozialismus wirklich noch etwas gemein hat mit dem, für den man acht Jahrzehnte lang die Arbeiterschaft mobilisierte, ja, ob er denn aus der alten Frontstellung Sozialismus — Kapitalismus heraus noch als ein — wie auch immer gearteter — Erfolg des Sozialismus betrachtet werden kann.

Zweifellos ist die Nationalisierung des Kredits und vor allem die Wirtschaftsplanung kein Kriterium für ein sozialistisches Regime. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß eine solche Wirtschaftsplanung unter verschiedenen nationalen Bedingungen auch in Staaten durchgeführt werden konnte, die die Sozialisten ohne Bedenken als kapitalistische Staaten bezeichnen würden: Deutschland, Italien, die Vereinigten Staaten usw. eine solche Leitung der Wirtschaft durch den Staat erweist sich vielmehr als die — jenseits von Kapitalismus und „Sozialismus" stehende — einzige Möglichkeit, durch Zusammenfassung aller Kräfte einer Nation der internationalen Wirtschaftskrise zu begegnen. Wo aber steckt dann der sozialistische Gehalt des Plans? Kommt die Nationalisierung der Monopolindustrie unmittelbar der belgischen Arbeiterschaft zugute? Nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft ist in Industrien beschäftigt, die nach dem Plan verstaatlicht werden müßten, die überwältigende Mehrheit würde weiter unter der Herrschaft privater Kapitalisten bleiben.[113])

Die Frage jedoch, von der alles abhängt, ist die, ob die Kräfte, die der Plan sammeln will, tatsächlich zu seiner Realisierung ausreichen, d. h. ob eine parlamentarische Mehrheit schlechtweg genügt, um einem Staat einen anderen Inhalt zu geben, ohne daß dabei die Form dieses Staates in Frage gestellt werden soll. Der Plan erkennt das Königreich Belgien als den ihm und dem „Sozialismus" gemäßen Staat an. Er zieht aber nicht einen Augenblick die Mächte in Erwägung, die als Träger dieses Staates Gegner des Sozialismus sein können: Hof, Armee und Beamtenschaft. Sträuben sich diese Mächte gegen den im Plan verkündeten Sozialismus, so ist zumindest die Methode seiner Verwirklichung in Frage gestellt. Nehmen sie ihn an, so kann man mit Gewißheit sagen, daß dieser Sozialismus mit einem noch so gemilderten proletarischen Sozialismus nichts mehr zu tun hat, sondern selbst bei der Erfüllung seiner Aufgaben bestenfalls die Wirtschafts-

krise behebt, ohne an der Struktur der Gesellschaft etwas zu ändern.

Bestätigt wurde diese sonderbare Position des Sozialismus durch die Ereignisse, die in Belgien der Aufstellung des Plans folgten. Die Leitung der Belgischen Arbeiterpartei, in der für de Man das besondere Amt eines Vizepräsidenten geschaffen wurde, hatte nach dem Kongreß von 1933 beschlossen, sich an keiner Regierung zu beteiligen, die nicht den Arbeitsplan als Regierungsprogramm annähme. Fortan also blieben die Sozialisten in der Opposition und bekämpften insbesondere zu Beginn des Jahres 1935 das Kabinett Theunis, das im März zurücktrat, — inmitten einer äußerst verwickelten finanziellen Situation. Bei den sehr schwierigen Verhandlungen zur Neubildung der Regierung stellte es sich heraus, daß nur ein Kabinett Aussicht haben konnte, die Krise zu meistern, das bei möglichst geringen Widerständen möglichst viele der politischen Gruppen zur Mitarbeit heranzog. Van Zeeland, der diese Aufgabe löste, gehörte zu dem sozial fortschrittlichen, volksdemokratischen Flügel der Katholiken und war inspiriert von den Reformplänen und Experimenten Roosevelts. Ihm gelang es, die Sozialisten zur Teilnahme am Kabinett zu bewegen, und unter den neuen sozialistischen Ministern befanden sich die beiden Repräsentanten des linken Flügels der Partei, de Man und Spaak. Das neue Kabinett konstituierte sich als Regierung der nationalen Einigung, und tatsächlich stellte es sich heraus, daß die Pläne der von van Zeeland repräsentierten jungen Rechten auffallende Berührungspunkte mit dem Arbeitsplan der belgischen Sozialisten besaßen. So vertrat auch van Zeeland die Gedanken einer Kontrolle der Banken durch ein vom Staat beaufsichtigtes Zentralinstitut und einer Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sodaß die Vorbehalte, die die junge Rechte und die junge Linke einander entgegenbrachten, geringer waren als die, die sie gemeinsam von seiten der alten Liberalen erfuhren. Diese Gemeinsamkeit wurde auch von den Sozialisten empfunden, und obwohl sie zugaben, daß das Regierungsprogramm nicht mit dem Plan schlechthin identisch sei und daß durch den Eintritt der Sozialisten in das Kabinett van Zeeland die Bestimmung des Kongreßbeschlusses von 1933 verletzt sei, so konnten sie sich doch darauf berufen, daß unter den bestehenden Umständen

der Geist dieses Beschlusses den Eintritt in die Regierung sogar verlangt habe. Denn „der Ausgangspunkt ist der gleiche.“ [141]) An dieser Situation hat auch die auf Grund der Neuwahlen im Juni 1936 vollzogene neue Regierungsbildung durch van Zeeland nichts geändert; denn die Versuche der belgischen Sozialdemokraten, als stärkste Kammerfraktion eine vorwiegend sozialdemokratische Regierung zu bilden, schlugen fehl. Plan und Regierungsprogramm verkünden „dieselbe Eroberung der Befehlsposten, die den Beginn der Durchführung des Plans ermöglicht.“ [114]) Und „was wesentlich ist, ist der Beginn der Verwirklichung des Plans, die selbst mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Die Frage ist, in welchem Maße das Regierungsprogramm uns gestatten wird, unseren Kampf für den Plan fortzusetzen, auch wenn wir in der Regierung sitzen.“ [114]) Zweifellos war diese Aussicht schon weniger günstig: Denn wenn die Sozialdemokraten auch im zweiten Kabinett van Zeeland wichtigere Ministerien verwalten als im ersten, so sind doch alle wesentlichen Entscheidungen dem Ministerpräsidenten vorbehalten. Obendrein zeigt sich gerade bei Spaak und de Man neuerdings eine weitere Entwicklung ihrer politischen Anschauung, die in der Betonung der nationalen Aufgabe des Sozialismus den Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften schon näher steht als den Tendenzen der Volksfront, in der einige orthodoxe Marxisten nach französischem Vorbild eine — bisher bedeutungslose — neue Lösung erblicken.

Dazu kam, daß die neue Regierung ihre Arbeiten mit einer Entwertung des Franken begann, eine Maßnahme, die, sachlich vielleicht gerechtfertigt oder notwendig, doch zu Lasten des kleinen Sparers und Arbeiters ging. Die von der Regierung gewollte Erhöhung der Preise bei sinkenden Löhnen, deren Auswirkung auf die Wirtschaftslage sich naturgemäß erst später zeigen konnte, mußte die Arbeiter zunächst am härtesten treffen, und die daraus wachsende Stimmung der belgischen Arbeiterschaft wurde sehr bald beleuchtet durch den Streik der Bergarbeiter im Borinagebecken im Mai 1935 und durch die Umstände unter denen dieser Streik vor sich ging. Der Streik, der einen Protest gegen die Verteuerung der Lebenshaltung darstellte, wurde von den sozialistischen Gewerkschaften nicht gebilligt, nahm aber dennoch solche Ausmaße an, daß von den 30 Gruben des belgischen Kohlenreviers 28 stillagen und von den 25 000

Arbeitern 20 000 sich dem Streik anschlossen. Die Gewerkschaftsdisziplin wurde nicht mehr gewahrt, die Funktionäre der Gewerkschaften wurden aus den Streikrevieren entfernt. Mitten im Streik aber bildete sich eine unerwartete Einheitsfront von Mittelstand und Arbeiterschaft, und die Händler verpflegten die Streikenden unentgeltlich. In der Regierung jedoch, die sich mit der Revolte befassen mußte, stießen die Vorschläge des sozialistischen Arbeitsministers Delattre auf die Ablehnung van Zeelands.[115])

Dies war die erste deutliche Antwort der sozialistischen belgischen Arbeiterschaft auf den Eintritt ihrer Parteiführer in ein bürgerliches Kabinett und auf die Maßnahmen der Regierung, für die auch die sozialistischen Minister verantwortlich zeichneten. Die Wahrung der Regierungsdisziplin durch die sozialistischen Minister hatte die Aufgabe der Parteidisziplin durch die sozialistische Arbeiterschaft zur Folge, und so wurde von unten her den Parteiführern die Frage gestellt, wieweit sie im Rahmen der Verwirklichung des Plans auch eine Verwirklichung des Sozialismus erreichten. Fast die gleiche Situation herrschte bei und nach der Regierungsbildung im Juni 1936. Der zu dieser Zeit einsetzende und noch umfangreichere Streik stellte, wenn er auch andere Ursachen hatte, erneut unter Beweis, daß der zunehmenden ideologischen und politischen Konzilianz der sozialdemokratischen Parteiführer eine wachsende Bevorzugung der direkten Aktion bei ihren Anhängern entspricht.

Beide Streiks lassen die Problematik des sozialistischen Standorts sichtbar werden. Was hat der Plan aus dem Sozialismus gemacht? Statt tiefgreifender Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur verkündete er eine Reihe finanzpolitischer Manöver, zu deren Durchführung er sogar einer Verstärkung des Staates bedarf, der kein sozialistischer Staat ist, sondern alle Formen eines bourgeoisen Staates trägt. Weiterhin ist der Plan angewiesen auf die Mitwirkung nichtproletarischer Schichten, deren Interessen sich nur teilweise mit denen der Industriearbeiterschaft decken, und um die reellen Ausgangsbedingungen des Plans zu schaffen, mußten die Sozialdemokraten ein Regierungsbündnis eingehen, in dem ganz plötzlich deutlich wurde, daß die Ausgangsbedingungen des „sozialistischen" Plans fast die gleichen waren wie die eines Regierungsprogramms, das von einem jungen Vertreter der Gegenseite ausgearbeitet war. Wo sind da noch

deutliche Grenzen zwischen einem sozial weitherzigen Bürgertum und einem „Sozialismus", der sich mit einer Verstaatlichung (nicht Vergesellschaftung!) kleiner Teile der Industrie zufrieden gibt? Und wo liegt ein neuer zukunftsreicher Gedanke dieses Sozialismus, wenn der einst revolutionäre Spaak sich zum Verteidiger der autoritären Demokratie aufwirft? Der Plan sollte ein Angriff auf den Kapitalismus und eine fortschreitende Realisierung des Sozialismus sein. In Wirklichkeit ist er die Konsequenz einer langen Entwicklung des Sozialismus, die eine stetige Anpassung an die Wirklichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens war, eine Konsequenz, die den ursprünglichen sozialistischen Gedanken aufhebt. Denn das präzise Ziel des Plans ist nur die Beseitigung der Wirtschaftskrise, die man theoretisch durch eine Veränderung des Wirtschaftsregimes erreichen will, an der man praktisch jedoch durch die Beteiligung an einem Regierungsprogramm mitwirkt, das ohne sozialistische Absichten lediglich aus sachlichen Erwägungen konzipiert wurde. Wenn also im Plan die wirklichen Erfordernisse der Situation und die Idee des „Sozialismus" sich decken, so gibt nicht die Situation dem Sozialismus recht, sondern dieser Sozialismus fügt sich der Situation und geht in ihr auf.

Der übernationale Gehalt des Plans lag vor allem in den Bedingungen, die ihn notwendig gemacht hatten. Denn unabhängig von kleineren Unterschieden der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder, waren die marxistischen Bewegungen durch das Auftreten „faschistischer Gruppen, deren Bedeutung nach den Ereignissen in Deutschland zumeist überschätzt wurde, vor fast die gleiche Situation gestellt. Deshalb bestätigte auch der Plan der C. G. T., der in seinen Forderungen nicht einmal so weit ging wie der Arbeitsplan der belgischen Sozialisten, jene Restriktion, die der internationale Sozialismus dadurch erfährt, daß er seinen faschistischen Gegner mit einer Reihe ökonomischer Faktoren gleichsetzt, deren Verschwinden auch den Zusammenbruch der faschistischen Organisationen zur Folge haben müßte.

Schon die Methode, von der die französischen Gewerkschaftler die Realisierung ihres im April beschlossenen Planes erhofften, und die Ziele, die dieser Plan der C. G. T. sich setzte, ließen den Verzicht auf den Sozialismus noch deutlicher werden als der belgische Arbeitsplan. Während die belgischen Sozialisten ihren

Plan noch selbst verwirklichen wollten, ließ das Büro der C. G. T. den Text des französischen Plans der Regierung, den Abgeordneten und den Senatoren zugehen und bot dem bestehenden Regime dies Rezept gegen die Krise an, das eine Anzahl unmittelbar durchführbarer Maßnahmen enthielt, „um ohne Verzug die Leiden und Besorgnisse aller Arbeiter zu mindern und einen ersten Abschnitt unerläßlicher wirtschaftlicher Umwandlungen zu erreichen.“ [116] Und auch das allgemeine Ziel, das sich der Plan steckte, entsprach nicht mehr der Ideologie, der die französischen Gewerkschaften als proletarische Organisationen ihr Entstehen verdanken. „Der Arbeitsplan kann die Grundlage einer Sammlung all jener Menschen werden, die für die Freiheit und gegen die Diktatur, für das Recht auf Arbeit und gegen das Elend, für den Frieden und gegen den Krieg sind, und weiterhin all jener, die handeln wollen, um der Demokratie die nötigen Mittel zu verschaffen, um die neuen Probleme zu lösen, die das Leben der Völker beherrschen.“ [116]) Und der Gegensatz, in dessen Spannung der Plan seinen Ort finden sollte, war nicht mehr der zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer sozialistischen Zukunftsordnung, sondern lediglich die Alternative: Chaos oder ein geregeltes, von Parasiten befreites Wirtschaftsleben. Notwendig verschwindet dabei das Klasseninteresse des Arbeiters hinter dem allgemeinen Interesse, und die geforderte Wirtschaftsplanung soll vorgenommen werden von einem zu schaffenden Obersten Wirtschaftsrat, indem sogar den alten Klassengegnern, den Unternehmerverbänden, ein Platz eingeräumt wird. „Der Wirtschaftsrat wird zusammengesetzt sein aus geeigneten Vertretern der repräsentativen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft“ [117]) und wird die gesetzgebenden Instanzen in den Fragen der Wirtschaft beraten, um dadurch ein direktes Eingreifen der staatlichen Gewalten in die Wirtschaft überflüssig zu machen.

Die dem Interesse aller gerecht werdende Wirtschaftsdemokratie, die hier von der C. G. T. angestrebt wird und deren Organisation an die des Internationalen Arbeitsamtes erinnert, bedeutet auch für Frankreich die Aufgabe der traditionellen marxistischen Ansprüche zum Zwecke der Vermeidung „faschistischer Abenteuer“. Die reine sozialistische Idee des französischen Syndikalismus wird im Kampf gegen den Faschismus nicht bestätigt,

sondern verlassen zugunsten der älteren Demokratie, die wenigstens die Existenz der Arbeiterorganisationen garantiert.

Am Ausmaß solcher Zugeständnisse ändern auch die Versuche der Syndikalisten nichts, mit dem Plan der französischen Arbeiterschaft einen neuen Antrieb und ein neues, freilich anderes, revolutionäres Bewußtsein zu geben. Für sie kommt es darauf an, die Tatsache, daß der Sozialismus in einen völlig neuen Abschnitt seiner Entwicklung eingetreten ist, nicht zur Vernichtung, sondern zur Erfüllung des Sozialismus werden zu lassen, und schon mehren sich die Argumente, mit denen die absolute Sicherheit der sozialistischen Zukunft erwiesen werden soll. Wenn auch dieser Sozialismus selbst etwas völlig anderes geworden ist, so darf im Interesse des Weiterbestehens der Arbeiterorganisationen diese Veränderung nicht als ein Bruch, sondern nur als eine notwendige innere Fortentwicklung angesehen werden, sodaß der Einsatz der Arbeiterschaft für den neuen Sozialismus mit derselben Kraft erfolgen kann, durch die der alte materialistische Sozialismus und seine Organisationen groß wurden. Wie es früher der „Mythus" des Generalstreiks war, der die Arbeiterschaft zur Aktion fortriß, so soll heute ein gleicher Mythus den Plan umweben und in der Mystik des Plans die Tradition des revolutionären Syndikalismus in anderer Form und für andere Ziele fruchtbar gemacht werden.

Daneben ist man bemüht, aus der inhaltlichen Abgrenzung gegen den alten Sozialismus das Wesen des neuen zu erweisen, die bloße Abgrenzung aber auch zu überwinden und sie durch den Blick auf einen größeren Zusammenhang der Entwicklung als einen Aufstieg darzustellen. „Die wirtschaftliche Revolution, die sich am Horizont erhebt, seit die kapitalistische Welt in ihre unheilbare Krise eingetreten ist, wird nicht eine „marxistische Revolution" sein, die zu einer „marxistischen Wirtschaft" führt. Der eine und der andere dieser Ausdrücke verbergen einen Unsinn. Die Aufgabe des Marxismus ist eine ganz andere. Zu unserer Zeit, wo die Pleite des kapitalistischen Systems nicht mehr bewiesen zu werden braucht, muß der Marxismus, wenn er nicht verknöchern und unfruchtbar werden will, ein konstruktiver Sozialismus werden. Ein konstruktiver, aber kein utopischer Sozialismus." [118]) Wie aber ergibt sich die Möglichkeit, den konstruktiven Sozialismus tatsächlich als eine Entwicklung des marxis-

tischen zu erweisen? Durch nichts besser als durch die Anwendung eben jener Dialektik, aus der Marx selbst die Notwendigkeit seines „Sozialismus" hergeleitet hatte. Wie diese Dialektik für den Sozialismus und seine Stellung in der Außenwelt im Verlauf eines geschichtlichen Prozeßes galt, so soll sie auch für die innere Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung selbst gelten.

In drei Perioden teilt sich demnach die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. In der ersten befand sich der erst keimende Sozialismus auf dem extremen Flügel der Demokratie und lebte unter dem ideologischen Einfluß der anderen Klassen. In der zweiten Periode befreite er sich von den fremden Einflüssen und versicherte, „daß er sich allein genügt und daß er allem genügt."[119] Dies war die Periode des „Mythus" des Generalstreiks. In der letzten Periode aber „erweist sich die Arbeiterbewegung als die einzige Kraft, die imstande ist, die Welt aus dem Chaos zu erretten und eine neue Gesellschaft zu schaffen, und um sie und unter ihrer Leitung müssen sich alle gesunden Elemente der Demokratie gruppieren. Der Mythus des Plans mit seinem zugleich kritischen und konstruktiven Aspekt wird zur großen treibenden Idee der Arbeiterbewegung und drückt der Epoche, in der wir leben, seinen Stempel auf."[120] So fügen sich Anfang und Ende zusammen, und der Sozialismus wird zur ausstrahlenden Kraft, die die vom Untergang bedrohte Welt mit neuem Inhalt und mit neuen Hoffnungen erfüllt.

Im unromantischen Bereich der politischen Wirklichkeit ist diese großzügige Argumentation jedoch nichts anderes, als die Bemäntelung des sehr unrühmlichen und in der Zwangslage der Verteidigung geschlossenen Bündnisses des proletarischen Sozialismus mit der Demokratie. Nicht die notwendige innere Entwicklung dieses Sozialismus hat zu seinem Aufgehen im demokratischen Gedanken geführt, sondern die Bindung an die Demokratie ist das letzte Mittel einer beschränkten Sicherung für einen Sozialismus, dem von außen her, durch einen von ihm unabhängigen wirtschaftlichen Vorgang, die Voraussetzungen entzogen wurden, und für die sozialistischen Organisationen, deren Existenz durch die Heraufkunft antidemokratischer Bewegungen gefährdet zu sein scheint. Beweis dafür ist die Art, in der der neue Sozialismus entdeckt wurde. Nicht aus einer lebensnahen, umfassenden sozialistischen Konzeption wollte man den städ-

tischen und bäuerlichen Mittelstand für die plötzlich auftauchenden gemeinsamen sozialistischen Ziele gewinnen, sondern die Werbung um den Mittelstand begann erst in dem Augenblick, in dem man sah, daß er sich mit seinem antikapitalistischen Elan anderen Bewegungen anschloß, deren Sieg die Existenz der alten sozialistischen Organisationen vernichtete. Die Erfahrung, daß sich in anderen Ländern Arbeiter, Arbeitslose und Mittelständler unter einer gemeinsamen sozialistischen Parole zusammenfinden konnten, die ebenso gegen den alten proletarischen Sozialismus gerichtet war, wie sie sich gegen den Kapitalismus wandte, und die Sorge, dieser Vorgang könne sich in Frankreich wiederholen, haben die französischen Sozialisten bewogen, nach einer Formel zu suchen, mit der sie die gefährlichen anderen sozialistischen Schichten der Bevölkerung den alten sozialistischen Organisationen verpflichten könnten. Und da sie die Ansicht vertreten mußten, der feindliche Sozialismus sei ohne aufbauendes Programm ein bloßes Symptom der Wirtschaftskrise, mußten sie auch am meisten der Werbekraft einer solchen sozialistischen Konzeption trauen, die die Bekämpfung der Krise zum vornehmsten Ziel der sozialistischen Aktion machte. Denn auf diese Weise hoffte man zu gleicher Zeit drei Aufgaben zu lösen: es konnte gelingen, der faschistischen Propaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen, den Zulauf zu den faschistischen Organisationen zu unterbinden durch die Sammlung der zum Faschismus neigenden Schichten unter der sozialistischen Fahne, und — im Fall der wirklichen Beseitigung der Krise — dem Faschismus seine Voraussetzungen zu nehmen. Zum Gelingen dieser letzten Aktion aber bedurften die Sozialisten der Mitarbeit aller Kräfte, die im Wirtschaftsleben tätig sind, ohne Profit aus der Krise zu schlagen: also auch der Unternehmer. Deshalb mußte der Sozialismus, für den man den Mittelstand gewinnen wollte, auch den Bedürfnissen anderer Schichten Rechnung tragen, in denen der Sozialismus von gestern noch den Erbfeind der Arbeiterschaft gesehen hatte. Er konnte dies nur mit den allgemeinsten Formeln der Demokratie und des Wohlergehens der Gesamtheit.

Daß die internationalen Sozialisten dann aus der Not eine Tugend machten und das Bündnis mit der Demokratie, zu dem die Verhältnisse sie gezwungen hatten, als einen entscheidenden Vorstoß aus dem Bereich des Gedankens in den der Wirklichkeit

priesen, war ein einfaches Gebot der Taktik gegenüber ihren Anhängern, die schließlich ihren Kampf nicht für einen Verzicht geführt haben wollten. Wo aber liegt für eine politische Bewegung, die nach einem Jahrzehnte währenden erbitterten, aber erfolglosen Kampf leichten Herzens alle alten Kampfziele und alle Ausschließlichkeit preisgibt, noch das Kriterium des Siegs? Sie wird zu einer der vielen Kräfte, die in der Demokratie spielen, bei der sie Schutz suchen mußte, um ihre Organisationen zu retten. Gewiß kann sie noch andere Bewegungen beeinflussen, die im gleichen Raum wirken, so wie sie selbst von solchen Bewegungen beeinflußt wird; sie kann sogar der Demokratie, die sie erhalten will, eine bestimmte Färbung geben, aber siegen kann sie nicht mehr.

So läuft die Entwicklung, die mit so großen Ansprüchen begonnen hatte, damit aus, daß die Arbeiterklasse in dem Augenblick, in dem ihr die politische Befähigung zuerkannt wird, ihre politische Bestimmung von ganz anderen Kräften empfängt.

Denn schon wird sie in den Bereich der demokratischen Mächte als Bundesgenosse aufgenommen, wie sie zuvor als Opposition im gleichen Bereich bekämpft worden war. Demokratie und Arbeiterbewegung fühlen sich von denselben Gegnern bedroht, in der gemeinsamen Abwehr werden die Arbeiterorganisationen zu einem wesentlichen Bestandteil des bürgerlichen demokratischen Staates.

Zwar war schon früher, gegen Ende des Krieges, der demokratische Gedanke in Form des Wilsonismus in den Sozialismus eingebrochen; aber er hatte nur die Stellung des Arbeiters als Mensch berührt, also eine in der proletarischen Ideologie weniger wesentliche Seite. Die Verbindung des sozialistischen mit dem demokratischen Gedankensystem, die aus der im Nationalsozialismus unabweisbar gewordenen faschistischen Gefahr erwuchs, griff jedoch an die Wurzeln der proletarischen Ideologie, denn sie ging die soziale Stellung des Arbeiters an und erfolgte in Anerkennung eines Wandels der wirtschaftlichen Situation.

Aus dieser wachsenden Uebereinstimmung von Demokratie und Sozialismus haben die Repräsentanten der Demokratie schneller ihre Folgerungen gezogen als die Leiter der Gewerkschaften. Sie reihen die Gewerkschaften in einer ungewissen und vielfach ver-

derbten Zeit unter die „lebendigen Kräfte der Nation“ und beabsichtigen, auf diese Weise der Demokratie, die besonders in Frankreich nicht immer von den schöpferichsten und charakterlich saubersten Menschen repräsentiert wird, von innen her durch unverbrauchte und nach Erfüllung strebende Kräfte zu erneuern und gegen die Angriffe jener Gruppen zu festigen, die im Rahmen der Demokratie und zum Teil mit demokratischen Mitteln nach der Errichtung der Diktatur streben, gleichgültig, ob diese Gruppen auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken stehen.

Besonders in den Kreisen der französischen Jugend, die das Vertrauen zum reinen Parlamentarismus verloren haben, ohne auf die republikanische Form der Demokratie verzichten zu wollen, werden die Gewerkschaften und ihr Arbeitsplan als ein Ausgangspunkt der demokratischen Erneuerung begrüßt und ihre direkte Einbeziehung in die Organisation des französischen Wirtschaftslebens, die nach dem Plan durch die Bildung eines mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Obersten Nationalen Wirtschaftsrats erfolgen sollte, erscheint dieser Jugend als eine dringend notwendige Maßnahme zur Durchführung einer Verfassungsreform. Ueberall da, wo es der Jugend um gemeinsame Ansatzpunkte geht und die gemeinsame Handlungsbasis der gesamten Generation gesucht wird, tauchen die Gewerkschaften ohne Unterschied ihrer politschen Richtung unter den lebendigen Kräften der Nation auf, die die innere Erneuerung der Demokratie bewirken sollen.

Im „Plan vom 9. Juli“, der auf Grund der Februarereignisse von einer Gruppe von Vertretern der Jugend aus allen Lagern unter der geistigen Leitung von Jules Romains ausgearbeitet wurde, um ein Programm zu schaffen, durch dessen Annahme der Bürgerkrieg vermieden werden sollte, erscheinen so die Gewerkschaften neben den Frontkämpfern und der Jugend als eine der moralischen Kräfte des Landes: „Wenn wir alle geistigen Kräfte dieses Landes aufrufen, rechnen wir besonders auf drei unter ihnen, deren Vereinigung notwendig ist und schon heut möglich scheint: die gewerkschaftlichen Formationen der Arbeiter, Bauern oder Unternehmer, die Gruppen der Produzenten oder Techniker, die ihren Egoismus abschütteln können; die Frontkämpfer, in denen der Geist der politischen Verantwortlichkeit erwacht; die

Jugend, die das Ringen der Parteien noch nicht gespalten hat.“[121]) Dieser Plan der Jugend aber ist, obwohl er eine Erneuerung des Regimes verfolgt, keineswegs innerlich revolutionär oder undemokratisch, sondern er erstrebt gerade die Erhaltung der Demokratie, die durch manchen Mißbrauch und manchen kleinen Fehler der Konstruktion auch von innen her gefährdet scheint, und er verkündet nur, daß „die Reform des Staates wesentlich dahin streben muß, Ordnung in die politschen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen der Nation zu bringen.“[122]) Die Gewerkschaften, die einst diese bürgerliche Ordnung vernichten wollten, erscheinen hier als ihre besten Garanten.

In konkreter Weise werden die Vorschläge des Arbeitsplans der C. G. T. aufgegriffen und bewilligt von den Generalständen der französischen Jugend, die im Gegensatz zur Gruppe des 9. Juli antikapitalistisch und „revolutionär aus Notwendigkeit“[123]) sind. Jedoch versteht jede der ihnen angeschlossenen Gruppen unter Revolution und unter Kapitalismus etwas anderes, und in den Generalständen befinden sich die Organisationen, die den 6. Februar inszeniert haben und die, gegen die er gerichtet war. Wenn hier inmitten anderer Kompromisse den Vorschlägen des Plans des C. G. T. zugestimmt wird, so geschieht es, weil man die Demokratie von der Diktatur des Geldes befreien will und weil man glaubt, „daß man durch die Organisierung der Wirtschaft die wahre Demokratie und die individuelle Freiheit wird verwirklichen können.“[124]) Um diese Gestaltung der wirklichen Demokratie zu erreichen, erheben die Generalstände die Forderung, daß die politische Vertretung des Volkes auf rein politische Aufgaben beschränkt und neben ihr eine wirtschaftliche Vertretung geschaffen werde, mit der Aufgabe, „vernünftig die Beziehungen der Produktion, der Verteilung und des Verbrauchs zu überwachen.“[124])

Ueberall also, wo die Demokratie verteidigt werden soll, sei es gegen äußere Gefahren, sei es gegen ihre innere Zersetzung, erscheinen die Gewerkschaften als Garanten der demokratischen Zukunft und bilden somit einen für den Aufbau der Demokratie unerläßlichen Bestandteil. Und die Anerkennung der Demokratie durch die Gewerkschaften, die damit begann, daß die sozialistischen Gewerkschaftler unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Sieges in ihr die Voraussetzung einer freien Betätigung

der Syndikate erblickten, endet folgerichtig damit, daß die sozialistische Gewerkschaftsbewegung selbst zum Hort der Demokratie wird. Endgültig aber wird diese Entwicklung, wenn sie von den Gewerkschaften bejaht und ihre Folgen als neue Aufgabe des Syndikalismus begriffen werden: „Eine der besten Garantien für Freiheit, Frieden und Demokratie ist eine unabhängige und ungehinderte Gewerkschaftsbewegung.“ [125]) Hier wird der französische Sozialismus auf seine Ausgangsstellung zurückgeworfen, in der er sich als Fortsetzung der französischen Revolution begriff, nur mit dem Unterschied, daß es ihm jetzt nicht mehr so sehr auf den Fortgang der Revolution als auf die Fortsetzung der Tradition dieser Revolution ankommt. Aus solcher Tradition will er den revolutionären Bewegungen der Rechten in allmählicher Erneuerung der demokratischen Institutionen die Voraussetzungen nehmen, wird dabei aber zwangsläufig zum Hüter der bedrohten Demokratie gegenüber einer undemokratischen Gegenwelt. In der Aktion gegen Deutschland und in der Begründung, die sie erfuhr, hatten die sozialistischen Gewerkschaften diese Mission in einer Art auf sich genommen, die sie noch nicht endgültig verpflichtete; in der Reaktion auf die dem Nationalsozialismus voraussetzungsgleichen Bewegungen des eigenen Landes wurde den französischen Gewerkschaften die „demokratische Mission“ auferlegt durch den Zwang zur Selbsterhaltung.

So schließt sich der Ring. Der materialistische Sozialismus, dessen Erfüllung der Aufbruch eines neuen Zeitalters werden sollte, kehrt als erhaltendes Element zurück in die einst feindliche Ordnung und bindet sein Schicksal an ihren Bestand. Unerfüllt gibt die sozialistische Bewegung sich der Demokratie anheim, von der sie weiter geformt wird, oder sie wird zerschlagen. Noch nicht zwei Jahrzehnte sind seit dem Ausgang des Weltkriegs vergangen, durch den ihr aus der Erschöpfung aller Kräfte noch einmal eine Hoffnung auf ein sozialistisches Europa erstanden war; und schon haben sich allenthalben jene Kräfte gesammelt, die das Schicksal ihrer Völker nicht vom Ablauf eines wirtschaftlichen Prozesses, sondern von der ursprünglichen, schöpferischen Tat ihrer Besten abhängig machen wollen. Der Ueberwindung des wirtschaftlichen Prinzips fallen der alte Kapitalismus und der alte Sozialismus in gleicher Weise zum Opfer, und am Ende dieser Entwicklung wird ganz überschaubar, was

am Beginn sich ankündigte: das Geschick des materialistischen Sozialismus war gekettet an das Geschick des materialistischen Kapitalismus; zwar war der Sozialismus der dem Kapitalismus feindliche Pol, aber eben deshalb blieb er unter gleichen Bedingungen im gleichen Raum und stand unter demselben Gesetz. Aus dem Aufstieg des Gegners wuchs auch ihm die Kraft der Verneinung, der kapitalistischen Restriktion auf den Bereich wirtschaftlich sich abschließender Staaten folgte die nationale Eingrenzung des internationalen Sozialismus, und wo die Lebensbedingungen der einen Macht beseitigt werden, erfolgt mit Fug auch der Zusammenbruch der anderen. Dieser Prozeß aber vollzieht sich so geschwind und mit solcher Gewalt, daß den Sozialisten keine Möglichkeit bleibt als die Zuflucht zur Demokratie, in der sie wenigstens ihre Organisationen und damit ihre eigene Existenz retten können, wenn sie auch den sozialistischen Gedanken in ihr preisgeben müssen. Denn schon ist dieser Prozeß in Deutschland, Italien, Oesterreich und Portugal abgeschlossen. Die Länder des nördlichen und südlichen Ostens, Ungarn und Jugoslavien vor allem, scheinen zur gleichen Lösung entschlossen. Ueberall wurden die 2. und die 3. Internationale gemeinsam geschlagen, in Rußland selbst aber, in dem die Gewalt alle Widerstände zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft beseitigt hatte, führte die Entwicklung von der Ausschließlichkeit einer staatsfeindlichen Doktrin zur Anerkennung der Gesetze staatlichen Lebens und zur fast künstlichen Bildung eines ausgeprägten nationalen Bewußtseins. Die Landeszentralen der 3. Internationale aber sind angesichts dieser Entwicklung zu bloßen Organen der Vertretung sowjetrussischer Interessen im Ausland geworden, mit denen Rußland zur Politik der anderen Länder in einer eigenartigen Weise Stellung nehmen kann.

Zerschlagung der sozialistischen Organisationen und Preisgabe des sozialistischen Gedankens zur Rettung der Organisationen bestätigen gemeinsam, daß der materialistische Sozialismus, selbst wenn er sich zum letzten Hort der europäischen Demokratie aufwirft, vergeht vor der Wirklichkeit neuer Ordnungen, so daß er in Wahrheit nicht Beginn eines neuen, sondern Ende eines alten Zeitalters ist.

Volksfront und Gewerkschaftseinheit.

Wie tief der aus dem Antifaschismus gespeiste demokratische Gedanke in die Struktur und in die politische Aktion der marxistischen Arbeiterbewegungen Frankreichs eingegriffen hat, wird schließlich aus der Bildung der „Volksfront" sichtbar, in der sich demokratische Tendenzen mit einer neuen Taktik der kommunistischen Internationale begegnen.

Es hatte sich schnell genug herausgestellt, daß die sozialistisch-kommunistische Einheitsfront allein weder im Parlament noch auf der Straße ihr Ziel erreichen konnte. Zwar wurden alle Regierungen, die unter dem Zeichen der nationalen Einigung standen, schließlich von den Radikalsozialisten gesprengt; sie machten aber immer nur einem Kabinett gleicher Tendenz Platz, in das die radikalsozialistische Partei mehrere Minister entsandte. An der politischen Situation änderte sich nichts.

Andererseits wurde auch der Plan der C. G. T., nachdem die Verhandlungen mit den kommunistischen Gewerkschaften fehlgeschlagen waren, nicht zum Sammelpunkt größerer Massen. Sollte also überhaupt eine Bewegung von links her begonnen werden, so bedurfte es einer breiteren Basis und einer allgemeineren Formel. Beiden Ansprüchen genügte erst die Volksfront, die nicht nur eine neue Gruppierung parlamentarischer Parteien blieb, sondern auch die Gewerkschaften einschloß und dadurch das Problem der Gewerkschaftseinheit erneut und unter anderen Voraussetzungen aufrollte.

Diese Erweiterung der Einheitsfront zu einer Volksfront wurde durch eine neue Orientierung der radikalsozialistischen Partei ermöglicht. Seit den Februarereignissen des Jahres 1934 hatte diese Partei durch das Zusammenspiel des loyalen und des oppositionellen Flügels an allen Regierungen teilnehmen und sich im Augenblick ernsterer Verantwortung zurückziehen können.

Je unpopulärer jedoch die Maßnahmen der nationalen Regierungen wurden, desto stärker machte sich auch im Rahmen der radikalsozialistischen Partei eine antifaschistische Strömung geltend, die — von Daladier geführt — die Erhaltung jener demokratischen Freiheiten erstrebte, die durch die Notmaßnahmen der Regierung gefährdet schienen. Im Grunde war es der soziale Instinkt, der sich gegen die bloß von wirtschafts- oder finanzpolitischen Erwägungen bestimmte Tätigkeit der Regierungen empörte und in der antifaschistischen Parole einen ersten Ausdruck für eine innere Bewegung fand, deren positive Formel er noch suchte. Deshalb war dieser Antifaschismus auch nicht das Resultat eines internationalen Ressentiments; die Feindschaft gegen die Regierungsformen anderer Länder spielte hier keine entscheidende Rolle, wenn auch die Sympathie gegenüber den demokratischen Staaten Europas oft genug Ausdruck fand.

Sowohl die soziale Tendenz wie die politische Feindschaft gegen die nationalistischen Verbände veranlaßten die Radikalsozialisten, Anschluß bei den Gruppen zu suchen, die mit ähnlichen Bestrebungen sich um neue Bündnisse bemühten.

Gleichwohl wäre die Bildung der Volksfront unmöglich gewesen, wenn nicht die Kommunisten zu gleicher Zeit ihre ausschließliche, revolutionäre Taktik preisgegeben und im Bündnis mit den demokratischen Mächten einen neuen Ausgangspunkt für ihre politische Aktion gesucht hätten. Da die kommunistische Agitation bisher nur einen festen und sehr begrenzten Teil der Bevölkerung erfaßt hatte, waren auch die Aussichten auf eine von der kommunistischen Partei entfesselte proletarische Revolution immer gleichmäßig gering geblieben. Angesichts einer Situation aber, in der die Staatsgewalt mehr als bloße Anerkennung und Vollzug eines parlamentarischen Mehrheitsbeschlusses zu werden drohte, konnte jede bewußte, eigene Ausschaltung aus der Sphäre der politischen Macht zu einer endgültigen Isolierung und Verkümmerung der Partei führen. Deshalb kam es den Kommunisten darauf an, die politische Initiative in Frankreich den ausgesprochenen Feinden zu entreißen und vom linken Flügel her die Situation wieder in Bewegung zu bringen. Plötzlich wurden sie sich wieder des russischen Beispiels bewußt: es galt, einen französischen Kerenski an die Macht zu bringen, um im Verlauf der damit begonnenen Entwicklung durch immer weitergreifende

Forderungen und durch verstärkte Agitation zu einer bürgerlich proletarischen und schließlich zu einer rein proletarischen Revolution zu gelangen.

Diesem kommunistischen Bedürfnis, die alten Rahmen zu sprengen und durch lockere Bündnisse neue Möglichkeiten für eine Durchdringung anderer Organisationen mit kommunistischen Geist zu schaffen entsprach die Bildung der Volksfront.

So führten die Manifestationen die am 14. Juli 1935 die Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten vereinten und die der erste sichtbare Ausdruck der neuen Volksfront waren, zu keiner neuen, einheitlichen Organisation. Das Bündnis blieb vielmehr eine — inhaltlich und zeitlich notwendig befristete — Gemeinsamkeit der Tendenz.

Eben deshalb aber konnten sich die Kommunisten, deren Absicht es schließlich war, feste, geschlossene Organisationen für ihre Pläne einzusetzen, nicht mit der Volksfront begnügen. Ihre Initiative griff vielmehr auf die Gewerkschaften über.

Am 2. August 1935 behandelte Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß der kommunistischen Internationale die Frage der Gewerkschaftseinheit in den westeuropäischen Ländern. Er wiederholte hier jedoch nur Anschauungen und Weisungen, die Stalin schon 1925 vor den Moskauer Parteifunktionären entwickelt hatte, und die die Einstellung der kommunistischen Parteien zu den Gewerkschaften ändern sollte.[126]) Denn bislang wurde der Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit von den Parteiorganen verkannt. In Rußland selbst hatten die Gewerkschaften vor und während der Revolution nur eine unbedeutende Rolle gespielt; sie entwickelten sich erst unter dem bolchewistischen Regime In Westeuropa aber hatten die Gewerkschaften zwar eine längere Tradition als die Parteien, aber die dauernden Streitigkeiten zwischen beiden Organisationen hatten zu einer gegenseitigen Unterschätzung geführt.

Unabhängig von der russischen Entwicklung und den bestehenden Spannungen wollte Stalin in Uebereinstimmung mit den einfachen Interessen des Arbeiters, der die Gewerkschaften als seine „Festungen" betrachtete,den gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb der kommunistischen Aktion die Stellung einräumen, die sie im Rahmen der sozialdemokratischen Parteipolitik schon

besaßen. Innerhalb der geeinten Gewerkschaften sollten die Kommunisten eine Aktion entfalten, um die sozialdemokratischen Mitglieder zu radikalisieren und dadurch das der geplanten Revolution günstige psychologische Klima zu schaffen. „Daher besteht die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien des Westens im gegebenen Moment darin, die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung weiter zu entwickeln und zu Ende zu führen: daß jeder Kommunist ausnahmslos in die Gewerkschaft eintritt, dort eine systematische, geduldige Arbeit im Interesse des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen das Kapital leistet und dadurch durchsetzt, daß die kommunistischen Parteien sich auf die Gewerkschaften stützen können. Das ist der Sinn unserer Kampagne für die Gewerkschaftseinheit." [127])

Wenn Dimitroff nun auf diese Weisung Stalins die so lange nicht befolgt worden war, zurückgriff, so tat er es unter ausdrücklicher Berufung auf die Lehren, die die Kommunistische Internationale aus dem Zusammenbruch des Marxismus in Deutschland gezogen hatte. „Wenn die deutschen Kameraden die Aufgaben der gewerkschaftlichen Arbeit besser begriffen hätten, — — so wäre die Situation in den Gewerkschaften auch besser gewesen, als sie im Augenblick der Heraufkunft der faschistischen Diktatur war." [128])

Deshalb war es auch hier nur der geplante Kampf gegen den Faschismus, der die französischen Kommunisten im September 1935 veranlaßte, sich in den entscheidenden Fragen der Struktur des Zusammenschlusses den Bedingungen der C. G. T. zu fügen — mit der sicheren Gewißheit, auf dem Einheitskongreß auch in den anderen Fragen überstimmt zu werden. Nicht als gleichberechtigter Partner, sondern als Minderheit kehrte die C. G. T. U. dann im März 1936 auf dem Kongreß von Toulouse in die C. G. T. zurück. Mit einer Zweidrittelmehrheit sprach sich dieser Kongreß in den Fragen des Aufbaues des neuen Verbandes, der Unvereinbarkeit politischer und gewerkschaftlicher Mandate und der internationalen Angliederung für die Anträge der alten C. G. T. aus.

Die völlige Preisgabe der kommunistischen Bedingungen wird nur dadurch verständlich, daß die Kommunisten so die Manöver Jouhaux', der sich gegen die Vereinigung sträubte, durchkreuzten und der C. G. T. die Einheit aufzwangen. Innerhalb der revisionistischen Kreise konnte natürlich kein Zweifel über die Gefahr be-

stehen, von der die nun wieder geeinte C. G. T. dadurch bedroht wurde, daß durch die Aufgabe der kommunistischen Einheitsbedingungen die alten Gegensätze nicht bereinigt wurden, sondern unausgeglichen die Tätigkeit des neuen Verbandes von vornherein belasteten. Zunächst aber gab die wiedergewonnene Einheit der syndikalistischen Aktion ein größeres Gewicht in den kommenden politischen Entscheidungen, und erst allmählich machte sich der kommunistische Einfluß stärker geltend.

Die durch die gewerkschaftliche Einheit wesentlich geförderte Volksfront stellte nunmehr einen großen Abwehrblock dar, dessen Bedeutung in dem Maße wuchs, in dem die Stimmung des Volkes sich gegen die Deflationspolitik der herrschenden Regierungen wandte. Durch diesen Unwillen des Volkes wurde die Volksfront mehr und mehr zu positiven Vorschlägen gezwungen. Unter dem Druck des Mißtrauens, das sie selbst entfacht hatte, mußte sie nach einem Mindestprogramm suchen, dem alle beteiligten Parteien zustimmen konnten. Vor allem die sozialistische Partei erkannte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Regierungsprogramms, während die Radikalsozialisten in der Volksfront eher die Erneuerung und Erweiterung des alten Linkskartels sahen und dem Programm weniger Bedeutung beimaßen als der parlamentarischen Konstellation. Diese Einstellung der radikalsozialistischen Partei, deren neuer Präsident Daladier inzwischen der unbestrittene Lenker der Volksfront geworden war, entsprach der Erwartung, daß auch bei einer künftigen Regierungsbildung die Führung in den Händen Daladiers läge. Unter radikalsozialistischer Leitung wäre die Volksfront so zu einem Hindernis für jene Entscheidungen geworden, die das Volk von ihr erwartete.

Aus den Parlamentswahlen vom 26. April und 3. Mai 1936 ging jedoch die sozialistische Fraktion als stärkste Gruppe hervor, und ihr Präsident Léon Blum war entschlossen, in der ihm dadurch zugefallenen Position eine eigene Initiative zu entwickeln.

Dieser Mann, der geistig ganz jener „vieille France“ zugehört, und dessen Klugheit zu subtil ist, um dem eigenen Wollen gegenüber nicht noch einen Rest von Skepsis zu bewahren, erklärte sich bereit, eine Regierung zu führen, die nur mit unbedenklicher Aktivität ans Werk gehen konnte. Bisher hatte Blum viele Regierungen gestützt, aber er hatte niemals ihre Verantwortungen

geteilt und hatte bewußt sich und seine Partei aus jeder positiven Mitarbeit herausgehalten. Die sorgfältig gehütete Unabhängigkeit, die alle Nuancen der Opposition annehmen konnte, entsprach ganz den geistigen Bedürfnissen Blums, an dem durch die politische Betätigung ein großer Kritiker verlorengegangen war.

Deshalb schien niemand ungeeigneter als er, um zu einer Zeit unwiderruflicher Entscheidungen Frankreichs politisches Schicksal zu bestimmen. Und Ueberraschung, Zweifel und Sorgen herrschten allenthalben, als er mit der Uebernahme der Regierungsbildung auch eine beginnende Wandlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur seines Landes ankündigte. Aber bedurfte Frankreich in einer Situation, in der viele Gruppen das Monopol der Rettung des Vaterlandes beanspruchten, nicht eines Geistes, dessen Kraft in der Distanzierung lag und der als Chef der Regierung jene Forderungen preisgeben konnte, die er zu gleicher Zeit als Chef seiner Partei vertrat?

Léon Blum war durch die Kraft seines Intellektes, der seinen Willen beherrschte, Leiter der sozialdemokratischen Partei geworden. Denn von Herkunft, Neigung und Stand war er Bürger; allein mit Hilfe seines durchschauenden Verstandes hatte er sich zu sozialistischen Ueberzeugungen gezwungen. Deshalb war es die Zwiespältigkeit einer Person, von deren Entwicklung in diesem Augenblick das Schicksal der dritten Republik abhing. Nahm die staatliche Aufgabe Léon Blum so gefangen, daß er ihr seine parteimäßige Bindung unterordnete, so konnte er zu einem der vielen Opfer werden, die die oppositionellen Gruppen der Republik von jeher darbringen mußten. Er würde wie Viviani, Millerand oder Clémenceau im Augenblick der Gefahr vielleicht das Vaterland retten, diese Tat aber mit der Loslösung von der Partei und mit einer endgültigen politischen Einsamkeit büßen.

Versuchte er andererseits, durch staatliche Maßnahmen den Widerspruch zwischen dem Respekt vor der Ordnung und den Gesetzen, den sein Amt als Ministerpräsident von ihm forderte, und seiner sozialistischen Ideologie zugunsten der Parteidoktrin aufzuheben, so war das Gefüge der dritten Republik bedroht.

Zwischen die radikalsozialistische Planlosigkeit und die kommunistischen Tendenzprogramme gestellt, wünschte Léon Blum ein Regierungsprogramm, das im Rahmen der Demokratie eine so-

ziale Neuordnung vorbereiten sollte, ohne die Forderungen des Tages außer acht zu lassen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß er unmittelbar nach dem Wahlsieg die Absicht hatte, alle in der Volksfront zusammengefaßten Verbände in seiner Regierung zu vereinen, um allen schaffenden Kräfte des Landes allmählich zu einer aktiven Beteiligung an der politischen Führung zu verhelfen. Um eine Demokratie der produktiven Kräfte allmählich aus der gefährdeten gegenwärtigen Form der Demokratie zu entwickeln, bedurfte er einer weitgehenden Sicherung für eine Arbeit auf lange Sicht. Es lag gewiß in seiner Absicht, mit der Machtübernahme die Verwirklichung des sozialen Elans zu beginnen, der ohne Zweifel die Volksfront erfüllte.

Aber schon bei den ersten Bemühungen um die Regierungsbildung zeigt es sich, daß diese Volksfront wirklich nur ein Wahlbündnis war. Daß die Kommunisten sich der Beteiligung versagten, war nicht überraschend. Von entscheidender Bedeutung für die Pläne Léon Blums war es jedoch, daß auch die C. G. T. eine Beteiligung an der geplanten Volksfrontregierung ablehnte. Sie dokumentierte damit, daß sie gar nicht ernsthaft gewillt war, einer neuen sozialen Ordnung zum Leben zu verhelfen, sondern daß sie eine unabhängige und zu nichts verpflichtete Organisation im Rahmen des bestehenden Staates bleiben wollte.

Der Augenblick der Ablehnung war deshalb auch für die Gewerkschaften selbst ein entscheidender Moment. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß sie ohne Schwierigkeiten die staatliche Macht mit den Zielen ihrer Organisation hätten erfüllen können, — wenn sie aufrichtig an die selbständige Lebenskraft ihrer Ideen geglaubt hätten. So aber war der Verzicht auf die Regierungsbeteiligung zugleich ein neuer Verzicht auf jene so oft proklamierte Umgestaltung der Gesellschaftsordnung durch die Gewerkschaften. Wer sich unter Berufung auf ein Statut der Verantwortlichkeit für ein Werk entzieht, das er selbst mitbegonnen hat, gibt nur den Gegenkräften neuen Raum.

Die Absage der C. G. T. hat jede geschlossene Aktion der Volksfront unterbunden. Da die Gewerkschaften die Revolution nicht wollen und sich der Stunde einer möglichen Reformation versagen, ohne die Wiederholung einer so günstigen Situation erwarten zu dürfen, kann die syndikalistische Aktion auch nur von Tag zu Tag und ohne bestimmtes Endziel geführt werden.

Alle Ereignisse seit den Wahlen zeigen, daß die Gewerkschaften durch ihre Absage an Blum nur die Pläne der Kommunisten gefördert haben. Die Streiks, die schon während der Verhandlungen zur Regierungsbildung einsetzten und sich dann so oft wiederholten, brachen ohne die Initiative der Gewerkschaften aus. Der große Mitgliederzuwachs, den die C. G. T. zu gleicher Zeit erfuhr, hat die Möglichkeit einer disziplinierten Leitung der Massen nur erschwert. Die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter machte eine Autorität der Regierung unmöglich und stellte die C. G. T. vor die Notwendigkeit, den Druck der Masse anzuerkennen und die Fabrikbesetzung als eine neue Art der gewerkschaftlichen Aktion auszugeben.

Die schließlich von Sozialisten und Radikalsozialisten gebildete Volksfrontregierung betrachtete sich nicht als Organ einer neuen Ordnung und traf im großen und ganzen nur Maßnahmen, die die Regierungen anderer Länder schon in ähnlicher Form ergriffen hatten. Die übergroße Eile, in der sie eine Reihe sozialer Gesetze von der Kammer beschließen ließ, offenbarte darüber hinaus, wie wenig sie an ihre eigene Dauer glaubte. Denn statt durch einen großen wirtschaftlichen Aufbau die Voraussetzung für soziale Maßnahmen zu schaffen, belastete sie die Wirtschaft mit einer umfangreichen Sozialgesetzgebung, die — so notwendig sie war — durch die Hast der Einführung wieder gefährdet wurde. Wo aber — wie in der Frage der Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg und der Abwertung des Franken — eine Entscheidung zwischen der Parteidoktrin und der Staatsraison notwendig wurde, mußte die Regierung gegen ihre Neigungen und gegen die Interesse der von ihr vertretenen Parteien handeln. Sie betrachtete sich lediglich als Hüterin der Demokratie und entsprach hier allerdings den Parolen, die die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften Frankreichs im Kampf gegen den Faschismus zu den Prinzipien ihrer Aktion erhoben hatten. Aber die Grundsätze der Demokratie gegen ihre Gegner zu verteidigen, ist leichter, als den „demokratischen Freiheiten" in einem eigenen Regierungssystem Raum zu geben. Es ist bezeichnend, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Frankreich um so häufiger Akte bloßer Gewalt anwandten, je mehr sich die Leitung der C. G. T. auf die Formeln der liberalen Demokratie festlegte. Und es bleibt bei aller Eigenwilligkeit

dieser Arbeiter bedeutsam, daß sie mit den Gewaltakten gerade unter einer Regierung einsetzten, deren Mitglieder sie doch zu ihren politischen Repräsentanten bestellt hatten.

Bezeugt diese Bevorzugung der Gewalt durch die Arbeiter nicht den Mangel politischer Führung? Zeigt es sich hier nicht, daß die bloße Verteidigung demokratischer Freiheiten nicht ausreicht, um einer Massenaktion einen Sinn zu geben? Die Besetzungen der Fabriken offenbaren den Zwiespalt, der sich zwischen dem Tatendrang der französischen Arbeiterschaft und der Ziellosigkeit ihrer Führung auftut, die es nicht versteht, den sozialen Elan für eine große nationale Aufgabe einzusetzen.

Sie zeigen aber auch, in welcher Situation sich die durch den Antifaschismus gespeiste demokratische Ideologie befindet. Denn die liberale Demokratie bedarf zu ihrer Existenz des Widerstreits der Kräfte. Sie schließt ihre eigene Verneinung ein und hebt sich selbst auf, wenn sie ihren Gegnern die Möglichkeit des Handelns nimmt. Bedroht durch die Freiheiten, in denen sie ihr wesentliches Prinzip erkennt, muß sie in einer Zeit, die bestimmte Aufgaben fordert, auch vor der Lösung der ihr inhaltlich gestellten Probleme versagen. Die lebendigen Kräfte des Landes aber, die sich an Aufgaben bewähren wollen, müssen sich ohne Führung mit der bloßen Manifestation ihrer Macht begnügen. Sie, die für den Kampf für die Demokratie mobilisiert wurden, sprengen mit den Maßnahmen der Gewalt doch schon wieder den Rahmen der Demokratie. Liegt nicht vielleicht in diesem Suchen und in dieser Darstellung der Kraft, die zutiefst irrational und undemokratisch ist, die größere Gefahr? Die liberale Demokratie und der materialistische Sozialismus werden also in Frankreich gerade von den Kräften bedroht, die sie einsetzten, um sich gemeinsam zu erhalten.

Anhang.

1) 17, S. 90—91.
2) 17, S. 90.
3) 17, S. 91,92.
4) 8, S. 11.
5) 8, S. 14.
6) zit. in 1, S. 105.
7) zit. in 1, S. 106.
8) zit. in 1, S. 107.
9) vgl. 8, S. 6.
10) 10, S. 33.
11) 8, S. 39.
12) 10, S. 34.
12a) vgl. zu diesem Gedanken den Aufsatz von O. Lorenz: „Karl Marx als Schrittmacher des Kapitalismus." Süddeutsche Monatshefte. Februar 1928.
13) 17, S. 111.
14) 10, S. 47.
15) 10, S. 58.
16) 10, S. 21.
17) 31. Okt. 1914, s. 20, S. 45.
18) 20, S. 69.
19) 20, S. 70.
20) Art. 389 des Vertrages von Versailles.
21) vgl. 31.
22) 13, S. 466.
23) 31.
24) 45, S. 184.
25) 45, S. 114.
26) 45, S. 113.
27) 45, S. 134.
28) 45, S. 121.
29) 45, S. 115.
30) Auf der Ausschußsitzung des J. G. B. im April 1933 in Zürich. Vgl. 38, Mai 1933.
31) Seidel, Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.
32) 38, Mai 1933.
33) Angaben aus dem Jahre 1931. Vgl. 45, S. 143.

34) 41, S. 79.
35) 45, S. 355.
36) 41, S. 82.
37) Vgl. 44, Mai 1933.
38) 44, Mai 1933.
39) 44, Mai 1933.
40) Im Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien 1924 heißt es nur: „Die Delegierten ermächtigen den Vorstand, in allen notwendigen Fällen den italienischen Klassengenossen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu Hilfe zu kommen und das Vordringen des Faschismus in den übrigen Ländern mit aller Kraft zu verhindern." zit. aus 33.
41) 21, S. 5.
42) 46, Bericht, Abs. 5.
43) 46, Bericht, Abs. 6.
44) 21, S. 10.
45) 11.
46) 13, S. 474.
47) 12, S. 11.
48) 12, S. 15.
49) 11, S. 16/17.
50) 13, S. 474.
51) 41, S. 16—17.
52) 12, S. 14.
53) August 1934, vgl. 38.
54) 32, 8. Februar.
55) 32, 29. März.
56) 45, S. 386.
57) 32, 12. April.
58) 45, S. 107.
59) 45, S. 106.
60) 45, 32, 28. Juni.
61) vgl. S. 92.
62) 45, S. 95/96.
63) 32, 29. November.
64) 32, 29. November.
65) Bericht des Sekretariats an die Ausschußsitzung in Weymouth, vgl. 38.
66) Der Entwurf schloß wörtlich: „Die Konferenz ersucht den Verwaltungsrat, das Internationale Arbeitsamt zu beauftragen, die notwendigen Untersuchungen durchzuführen, ohne sich indessen in die innerren Angelegenheiten der deutschen Staatshoheit einzumischen, um die in Rede stehenden Flüchtlinge in den verschiedenen Ländern unterzubringen, ohne Schaden für die Volkswirtschaft der betreffenden Länder. Die Konferenz beschließt ferner, diese Entschließung dem Völkerbunde zu unterbreiten." vgl. 35.

67) Bericht an die Auschußsitzung in Weymouth, 38.
68) 40, 17. Mai 1933. (Art. von Digat)
69) 45, S. 401.
70) 35, Schreiben des 6. 9. 13. vom 8. Juni 1933.
71) 35, Denkschrift Jounaux, Abs. I.
72) 35, Denkschrift Jouhaux, Abs. IV.
73) 35, Denkschrift Jouhaux, Abs. V.
74) Dr. Ley erhielt einen Sitz im Ausschuß für die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung.
75) Erklärung der deutschen Delegation vom 19. Juni. vgl. 35.
76) Außer den persönlichen Angriffen Jouhaux's gegen Dr. Ley zählte der Engländer Hayday Deutschland zu jenen Völkern, „von denen es heißt, daß die Götter diejenigen, welche sie vernichten wollen, zuerst mit Blindheit schlagen". vgl. 35.
77) Internationale Rundschau der Arbeit, Oktober 1934, S. 911.
78) Hayday, 16. Sitzung, 35.
79) Fehlt in einer Delegation einer der Nichtregierungsvertreter, so ist auch der andere nicht stimmberechtigt.
80) 45. S. 330.
81) Der Kongress tagte vom 30. Juli — 3. August 1933 in Brüssel.
82) Der Sozialdemokrat, Organ der tschechischen Sozialdemokratie, 3. August 1934.
83) 45, S. 107.
84) Diese Zusammenhänge wurden vom Generalsekretär des I. G. B., Schevenels, auf dem Kogreß in Brüssel dargelegt, als dem I. G. B. in heftiger Art der Vorwurf zu großer Unentschlossenheit gemacht wurde.
85) 32, 24. Mai.
86) 45, S. 437.
87) 32, 24. Mai.
88) Noch im Januar 1935 erklärte ein Abkommen zwischen den britischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, in dem die Arbeiter erneut zum Boykott aufgerufen wurden, wörtlich: „Vergeßt nicht, daß die deutschen Waren von deutschen Arbeitern hergestellt werden, die Hungerlöhne beziehen und die man des elementaren Rechtes beraubt hat, sich zu vereinigen für die Besserung ihrer Arbeitsbedingungen. Der internationale Boykott ist die Waffe der Arbeiter. Alle Arbeiter müssen gegen Deutschland zu dieser Waffe greifen." 32, 16. Januar 1935.
89) „Das Hitler-Regime kann nur gestürzt werden, wenn Deutschland wirtschaftlich ruiniert ist." (Aus einer Erklärung des Internationalen Angestellten- und Technikerbundes. 32, 14. Juni.)
90) 32. 16. August.
91) Der Sozialdemokrat, 3. August.
92) 32, 14. Juni.
93) Im Mai 1933 hatten der I. G. B. und die S. A. I. in einem Memorandum an die Weltwirtschaftskonferenz jede Politik, die die bestehenden Tendenzen zur

Autarkie zu stärken oder aufrecht zu erhalten geeignet sei, als eine Politik des Selbstmordes bezeichnet.

94) 32, 29. November.

95) 45, S. 389.

96) Als einziger Zugang zum deutschen Kulturkreis blieben dem I. G. B. nach der Saarabstimmung die tschechischen Gewerkschaften deutscher Sprache; und auch deren Position wurde nach den letzten Wahlen erschüttert.

97) 28, S. 167.

98) Im Jahre 1920 hatte sich auf dem Kongress von Tours die Sozialistische Partei Frankreichs gespalten in eine Mehrheit, die die Angliederung an die kommunistiche Internationale beschloß, und eine Minderheit, die der sozialistischen Internationale treu blieb. Die Partei der Minderheit nahm aber bald einen großen Aufschwung und überflügelte die kommunistische Partei Frankreichs.

99) Im „Pakt zur Einheit der Aktion" heißt es: „Die Kundgebungen der gemeinsamen Aktion müssen ausschließlich dem gemeinsamen Ziel gewidmet sein und dürfen nicht zu Diskussionen werden, die die Doktrin und die Taktik beider Parteien berühren." 28, S. 183.

100) 37, No. 389, S. 8.

101) 39, 7. Oktober 1934.

102) Besonders bedrohlich waren die Pläne der Regierung Doumergue gegen die Beamtengewerkschaften. Doumergue sprach den Beamten das Recht der freien Vereinigung ab und wollte sie vom Staat aus in einem besonderen „Beamtenstatut" erfassen.

103) 41, S. 16.

104) 30, No. 18, S. 1.

105) Zeugnis dafür sind die Gespräche sozialdemokratischer Theoretiker vieler Länder in Pontigny im September 1934. Hier wurde anschließend an einen Vortrag de Mans und unter dessen Leitung die Möglichkeit entsprechender Pläne in anderen Ländern erörtert.

106) 13, S. 505/506.

107) 12, S. 33.

108) 12, S. 13.

109) 12, S. 14.

110) 12, S. 12.

111) 12, S. 17.

112) 12, S. 18.

113) In seinem Pamphlet „Henri de Man et son Plan" beziffert der Kommunist Varga auf Grund der Veröffentlichungen der Belgischen Nationalbank die Zahl der Arbeiter, die in der nach dem Plan zu verstaatlichenden Industrie beschäftigt sind, auf 209000, während etwa 2 Millionen in der dem privaten Sektor angehörenden Industrie arbeiten müßten.

114) 30, S. 6.

115) vgl. Völkischer Beobachter und Le Temps vom 23. 5.

116) 39, 23. Oktober 1934.
117) 39, 22. Oktober 1934.
118) 41, S. 26/27.
119) 41, S. 13.
120) 41, S. 14.
121) 19, S. 20.
122) 19, S. 21.
123) 29, No. 2.
124) 29, No. 2.
125) 45, S. 106.
126) 26. Die nächsten Aufgaben der komunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern.
127) 26. S. 177/178.
128) 5. S. 48.

Literaturverzeichnis.

1. E. Bernstein: Der Sozialismus einst und jetzt. 2. Aufl., Berlin 1923.
2. B. Buozzi und V. Nitti: Fascisme et Syndicalisme. Paris 1930.
3. B. Braatoy: Labour and War. London 1934.
4. W. M. Citrine: The Trade Union Movement of Great Britain. Amsterdam 1926.
5. Georges Dimitrov: L' Unité de la classe ouvrière dans la lutte contre le fascisme. Paris 1935.
6. René Garmy: Histoire du Mouvement Syndical en France. Bd. I Paris 1933. Bd. II Paris 1934.
7. N. F. Grube: Die Theorie des französischen revolutionären Syndikalismus. Diss. Freiburg 1927.
8. V. Griffuelhes: L'Action Syndicaliste. Paris 1908.
9. Internationales Arbeitsamt: Das Recht der beruflichen Vereinigung. Bd. III, Genf 1928.
10. L. Jouhaux: Le Syndicalisme français. — Contre la Guerre. Paris 1913.
11. H. de Man: Sozialismus und Nationalfaschismus. Potsdam 1931.
12. H. de Man: Pour un Plan d'Action. Paris 1934.
13. H. de Man: L'Idée Socialiste. Paris 1935.
14. W. Mautner: Der Bolschewismus. Stuttgart 1920.
15. C. Mertens: Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Amsterdam 1925.
16. S. Nestriepke: Die Gewerkschaftsbewegung. Bd. III, Stuttgart 1921.
17. P.—J. Proudhon: De la Capacité politique des Classes ouvrières. Paris 1924, Rivière.
18. P.—J. Proudhon: Qu' est ce que la Propriété? Paris 1926.
19. J. Romains: Plan du 9 Juillet. Paris 1934.
20. J. Sassenbach: Fünfundzwanzig Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung. Amsterdam 1926.
21. Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste: Pourquoi Hitler est-il arrivé au pouvoir? 1933.
22. E. Schröder: Das Ende der Gewerkschaften. Leipzig 1933.
23. P. J. S. Serrarens: Die Revolution des Hakenkreuzes. Utrecht 1933.
24. C. Servet et P. Bouton: La Trahison Socialiste de 1914. Paris 1931.
25. G. Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus. Wien 1924.
26. J. Stalin: Probleme des Leninismus. Berlin 1931.
27. E. Varga: Henri de Man et son Plan. Paris 1934.
28. A. Zévaès: Le Socialisme en France depuis 1904. Paris 1934.

Zeitschriften, Zeitungen und Dokumente.

29. Cahiers des Etats Généraux de la Jeunesse. Paris 1934.
30. Le Combat Marxiste, Revue Mensuelle, Troisième année, 1935, Paris.
31. Comité National d'Etudes Sociales et Politiques: L'évolution de la mentalité patronale et de la mentalité ouvrière. Paris 1930.
32. Communiqués de presse de la Fédération Syndicale Internationale. Berlin, Paris 1933.
33. G. Hicks: Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie (Referat, gehalten auf dem 5. ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm 1930.)
34. Internationale Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie: Dokumente vom 6. Kongress in Amsterdam 1934.
35. Internationales Arbeitsamt. Auszug aus dem Verhandlungsbericht der 17. Internationalen Arbeitskonferenz.
36. La Vie Ouvrière, Organe de la Confédération Générale du Travail Unitaire 1933.
37. La Vie Socialiste, Organe Officiel du Parti Socialiste de France. Paris 1934, 1935.
38. Le Mouvement Syndical International. (Organe de la Fédération Syndicale Internationale) 1933, 1934.
39. Le Peuple, Quotidien du Syndicalisme. 1934, 1935, 1936.
40. Le Populaire, herausgegeben von Léon Blum. 1933—1935.
41. L'Homme Réel, Revue Mensuelle du Syndicalisme et de l'Humanisme: Le Syndicalisme et le Plan. Paris 1934.
42. L'Humanité, herausgegeben von Marcel Cachin. 1934, 1935.
43. Rapports et Documents du 22e Congrès National de la Confédération Générale du Travail. Paris 26 au 29 Sept. 1933.
44. Revue Syndicale Suisse. 1933.
45. Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1930—1932 und Bericht über den 6. Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel vom 30. Juli — 3. August 1933. Paris 1934.
46. Trades Union Congress: The Menace of Dictatorship. (The Debate at the Brighton Trades Union Congress, 1933).

Lebenslauf.

Ich bin am 3. Juli 1913 in Berlin als Sohn des Schriftsetzers Max Liebe geboren und bin evangelisch. Nach dem Kriege besuchte ich drei Jahre lang in Berlin die Volksschule und kam im Herbst 1923 auf das Askanische Gymnasium; dort bestand ich im Herbst 1931 die Reifeprüfung und studierte sodann bis zum Sommersemester 1934 in Berlin und Tübingen Philosophie und Geschichte.

Während des Studiums war ich in der N. S. D. A. P. und seit 1933 auch in der studentischen Selbstverwaltung tätig.

Im September 1934 begab ich mich ins Ausland und schrieb in Paris und Genf die vorliegende Arbeit.

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Prof. Dr. Baeumler und Herrn Prof. Dr. Jecht verpflichtet.